RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

05 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Aus dem Inhalt:

Verdienststrukturerhebung

Allgemein- und berufsbildende Schulen

Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten

Statistik nutzen

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Wanderagentur InMotion, Cochem mit Reichsburg

Im Jahr 2008 verbuchten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe mit 7,8 Mill. Gästen einen neuen Rekord. Die Zahl der Übernachtungen erreichte mit 21,7 Mill. den dritthöchsten Wert aller Zeiten.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

05 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE

62. Jahrgang

kurz + aktuell 321

Industrie ■ Außenhandel ■ Bildung ■ Verkehr

Verbraucherpreise 330

Rheinland-Pfalz in Karten: Allgemeinmediziner 2008 331

Frauen verdienen durchschnittlich 21% weniger als Männer 332

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09 340

Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten 2008 352

Daten zur Konjunktur 358

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 383

Neuerscheinungen 393

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Konjunkturentwicklung im Februar

Auftragseingänge in der Industrie rutschen immer tiefer ins Minus

Die Frühindikatoren verheißen für die Industriekonjunktur in Rheinland-Pfalz weiterhin nichts Gutes. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe brach gegenüber dem Januar um 18% ein. Im Vergleich zum Februar 2008 haben sich die Bestellungen mehr als halbiert (–51%). Wie schon in den Vormonaten fielen die Rückgänge bei den Auslandsbestellungen (–22% gegenüber Januar 2009) wesentlich stärker aus als bei den Inlandsbestellungen (–14%). Besonders betroffen war erneut der Fahrzeugbau, der im Februar im Vergleich zum Vormonat einen Orderrückgang um rund 44% hinnehmen musste. In Rheinland-Pfalz umfasst dieser Wirtschaftsbereich vor allem den Nutzfahrzeugbau, der besonders stark unter der weltweiten Krise leidet. Einziger Lichtblick war im Februar der Maschinenbau, der im Vergleich zum Januar einen Auftragszuwachs um 11% erzielen konnte. Hier legten vor allem die Bestellungen für Baumaschinen kräftig zu.

Erfreulich ist die Entwicklung im Bauhauptgewerbe. Dieser Wirtschaftsbereich bekam im Februar knapp 20% mehr Aufträge als im Januar. Auch im Vorjahresvergleich ergab sich ein Plus von 16%. Besonders kräftig legte der öffentliche Hochbau zu. Neben saisonalen Effekten dürften hierfür die Konjunkturpakete ursächlich sein.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Veränderung Februar 2009		Monatswerte
	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	Februar 2009
	in %		2005=100
Auftragseingänge (real)			
Industrie	-51,4 ↓	-18,0 ↓	64,1
Inland	-42,9 ↓	-14,0 ↓	71,3
Ausland	-57,5 ↓	-21,5 ↓	58,5
Chemie	-52,4 ↓	-28,8 ↓	58,0
Fahrzeugbau	-80,3 ↓	-43,7 ↓	28,5
Maschinenbau	-49,0 ↓	11,1 ↑	79,6
Metallerzeugnisse	-44,0 ↓	-9,4 ↓	65,5
Bauhauptgewerbe	16,2 ↑	19,7 ↑	96,0
Umsätze (real)			
Großhandel	-12,2 ↓	-1,9 ↘	89,8
Einzelhandel (ohne Kfz)	-4,8 ↓	-6,7 ↓	90,7
Kfz-Handel	-4,4 ↓	11,0 ↑	77,0
Gastgewerbe	-8,0 ↓	0,3 ↗	66,9

Im Handel spiegelt sich die Konjunktur häufig fast zeitgleich in der Umsatzentwicklung wider. Im rheinland-pfälzischen Groß- und im Einzelhandel waren die Umsätze im Vergleich zum Vormonat rückläufig (–2 bzw. –7%). Der Kraftfahrzeughandel konnte im Februar dagegen um 11% zulegen. Diese positive Entwicklung ist auf die Umweltprämie zurückzuführen.

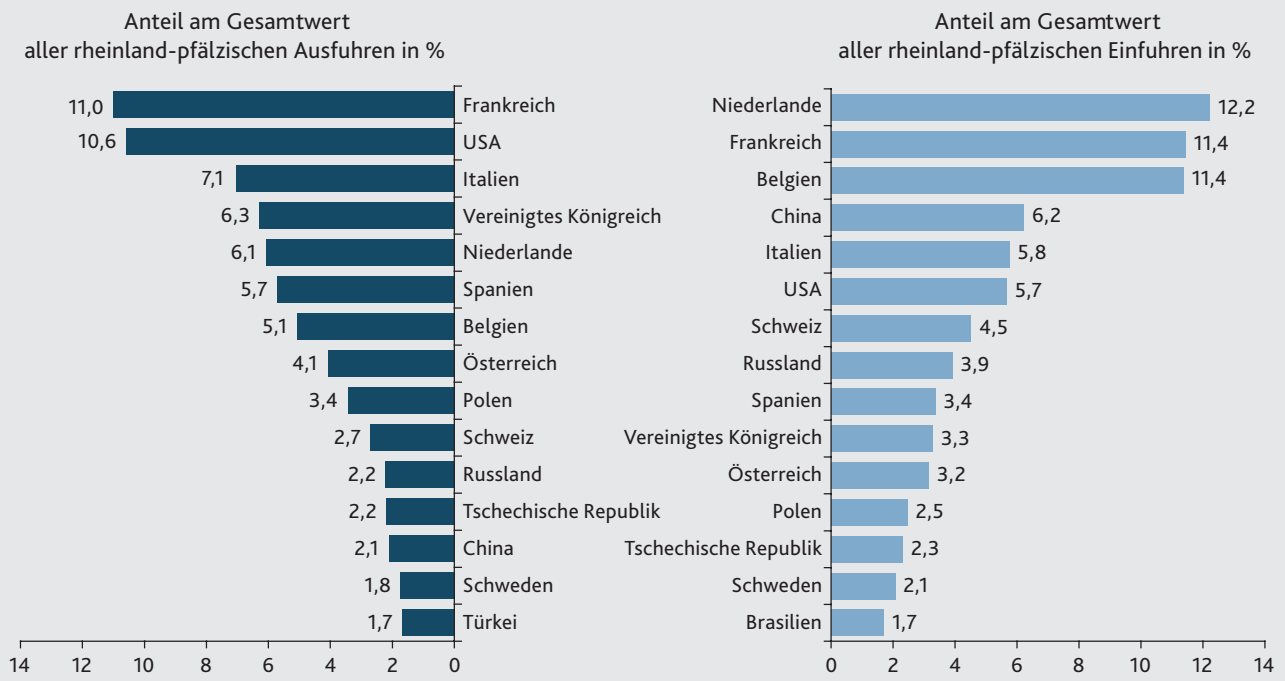
Konjunkturschwäche trifft Außenhandel

Trotzdem Rekordergebnis beim Export im Jahr 2008

Obwohl der rheinland-pfälzische Außenhandel im vierten Quartal des Jahres 2008 von den Auswirkungen der weltweiten Konjunkturschwäche erfasst wurde, konnte nach vorläufigen Zahlen im vergangenen Jahr insgesamt ein Rekordergebnis beim Export erzielt werden. Der Wert der Ausfuhren belief sich 2008 auf 45 Mrd. Euro, das waren 10% mehr als ein Jahr zuvor. Bundesweit legten die Exporte um 3,1% zu. Dieses Ergebnis ist mit der positiven Entwicklung in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 zu erklären. In diesem Zeitraum wiesen die Ausfuhren zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf. Im vierten Quartal ging der Export im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,2% zurück.

Auch bei den Einfuhren war im Jahr 2008 ein Plus zu verzeichnen. Nach Rheinland-Pfalz wurden Waren im Wert von 26,8 Mrd. Euro importiert, was gegenüber dem Vorjahr einen

Die 15 wichtigsten Außenhandelspartner 2008[1)]



1) Vorläufiges Ergebnis.

Anstieg um 4,1% bedeutete (Deutschland: +6,3%). Dieser Zuwachs ist auf die in den ersten drei Quartalen des Jahres stark gestiegenen Einfuhrpreise zurückzuführen. Im Sommer 2008, dem Höhepunkt dieser Entwicklung, lagen die Einfuhrpreise um gut 9% über dem Vorjahresniveau. Die Menge der importierten Güter hingegen war geringer als im Jahr 2007.

Die heimische Wirtschaft exportierte im Jahr 2008 Waren im Wert von 28,1 Mrd. Euro in die Länder der Europäischen Union, das waren 4,8% mehr als 2007. Auf die Mitgliedsstaaten der EU entfielen damit 62,3% der rheinland-pfälzischen Exporte. Gleichzeitig wurden Güter im Wert von 17,5 Mrd. Euro aus EU-Ländern eingeführt, was gegenüber 2007 einen Anstieg um 3,7% bedeutete. Insgesamt entfielen damit 65,3% aller Importe auf EU-Mitglieder. Die Länder der Eurozone bezogen 2008 Waren im Wert von 19,8 Mrd. Euro, 5,1% mehr als im Vorjahr. Aus diesen Ländern wurden im gleichen Zeitraum Waren im Wert von 13,8 Mrd. Euro (+5,1%) bezogen.

Der Export in die Länder außerhalb der Europäischen Union konnte 2008 um 19,9% auf 16,5 Mrd. Euro gesteigert werden. Besonders fiel dabei die Steigerung des Warenverkehrs mit amerikanischen Staaten ins Gewicht. Der Export in die USA verzeichnete einen Zuwachs von 44,9%, wovon ein Großteil auf die Lieferung pharmazeutischer Produkte entfiel. Auch der Export in südamerikanische Staaten, wie z. B. Chile (+53%) und Brasilien (+31,2%), stieg deutlich, wenn auch von einem niedrigen Niveau ausgehend.

Die wichtigsten Handelspartner bei den Ausfuhren waren Frankreich, die USA und Italien. Bei den Importen lagen die Niederlande, Frankreich und Belgien an der Spitze.

30 347 neue Ausbildungsverträge im Jahr 2008

Zahl der Neuabschlüsse um 3,5% gesunken

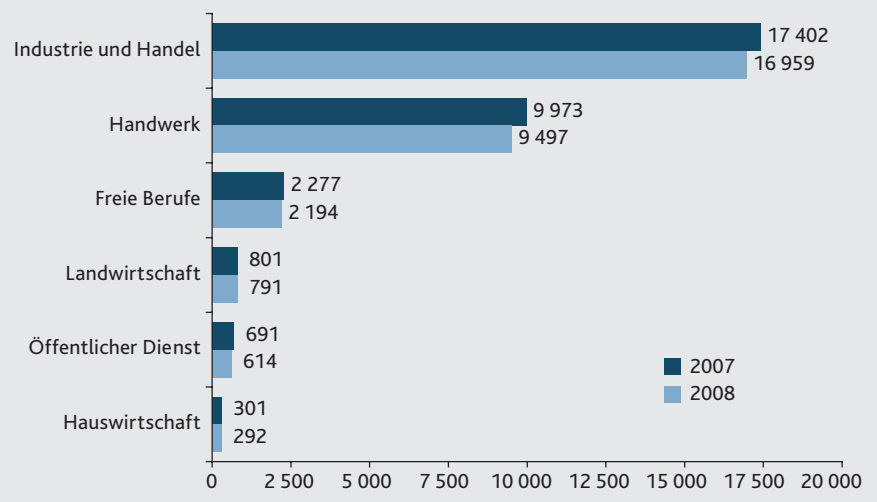
Im Jahr 2008 haben in Rheinland-Pfalz 30 347 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag im Dualen System abgeschlossen. Dies ist das Ergebnis vorläufiger Auswertungen der Berufs-

bildungsstatistik. Damit lag die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine Ausbildung im Dualen System aufnahmen, um 1098 niedriger als im Vorjahr (–3,5%).

Die Zahl der Neuabschlüsse sank in allen Ausbildungsbereichen. Im zahlenmäßig bedeutendsten Bereich Industrie und Handel fiel der Rückgang mit 443 Verträgen auf nunmehr 16959 Neuabschlüsse (–2,5%) moderat aus. Im zweitgrößten Ausbildungsbereich, dem Handwerk, verringerte sich die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge um 476 auf nun 9497 (–4,8%). Am stärksten war der relative Rückgang der neuen Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst. Hier gab es 77 weniger Neuabschlüsse als noch im Jahr zuvor (–11,1%).

Die Entwicklung dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen, die im Wesentlichen die Ausbildungsplätze am Arbeitsmarkt nachfragen, im Jahr 2008 deutlich geringer ausfiel, als noch im Jahr zuvor. Die Zahl der Schulabsolventen lag im Jahr 2008 bei 46744 und damit 2,1% unter dem Vorjahreswert. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage wurde auch im vergangenen Jahr die Mehrzahl der Ausbildungsplatzsuchenden fündig. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren zum 30. September 2008 insgesamt 865 Bewerber gemeldet, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (2007: 2168). Gleichzeitig wurden 942 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert (2007: 804).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2007 und 2008[1] nach Ausbildungsbereichen



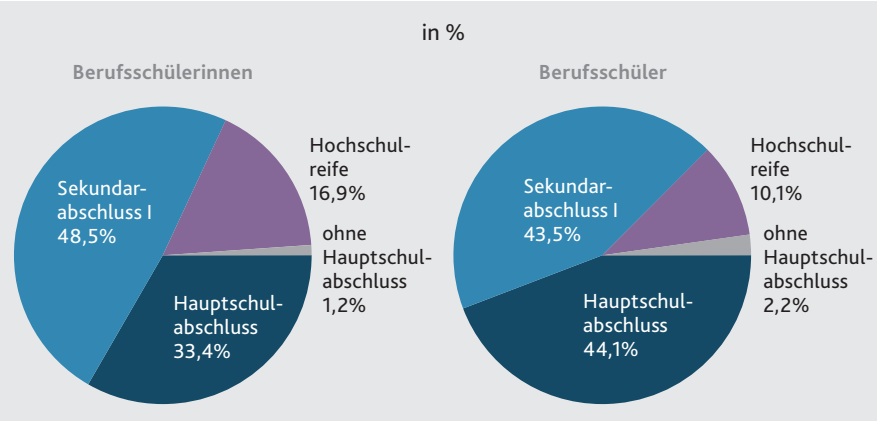
1) Vorläufige Ergebnisse.

Am 31. Dezember 2008 befanden sich insgesamt 80755 Auszubildende in einer Dualen Ausbildung, darunter 38,7% Frauen (31227). Damit stieg – trotz rückläufiger Zahl an Neuabschlüssen – die Zahl der Auszubildenden bereits im dritten Jahr in Folge. Insgesamt wurden im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr 1986 Jugendliche mehr ausgebildet (+2,5%).

Mädchen bevorzugen Ausbildung im Handel oder im kaufmännischen Bereich – Jungen technische Berufe

Junge Frauen beginnen in Rheinland-Pfalz ihre Berufsausbildung häufiger mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen als junge Männer. Gut 65% der Ausbildungsanfängerinnen des Schuljahres 2008/09 hatten die mittlere Reife oder sogar die Hoch-

Berufsschüler des ersten Ausbildungsjahres im Schuljahr 2008/09 nach schulischer Vorbildung und Geschlecht



Die häufigsten Ausbildungsberufe der Berufsschüler im ersten Ausbildungsjahr im Schuljahr 2008/09 nach schulischer Vorbildung

Schülerinnen		Schüler	
Ohne Hauptschulabschluss			
Hauswirtschafterin	42	Maler und Lackierer	41
Friseurin	22	Gärtner	31
Verkäuferin	11	Metallbauer	22
Fachkraft im Gastgewerbe	8	Koch	21
Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	7	Metallbearbeiter	17
Kauffrau im Einzelhandel	5	Tischler	16
Malerin und Lackiererin	5	Kraftfahrzeugmechatroniker	13
Köchin	4	Maurer	13
Fachfrau für Systemgastronomie	3	Fachkraft für Lagerlogistik	12
Raumausstatterin	3	Bäcker	11
Mit Hauptschulabschluss			
Friseurin	505	Kraftfahrzeugmechatroniker	524
Verkäuferin	495	Metallbauer	469
Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	411	Anlagenmechaniker	425
Kauffrau im Einzelhandel	246	Maler und Lackierer	401
Hauswirtschafterin	187	Koch	321
Bürokauffrau	176	Fachkraft für Lagerlogistik	316
Medizinische Fachangestellte	169	Elektroniker	303
Zahnmedizinsche Fachangestellte	134	Verkäufer	269
Hotelkauffrau	113	Tischler	245
Köchin	107	Kaufmann im Einzelhandel	204
Mit Realschulabschluss			
Bürokauffrau	617	Elektroniker	851
Medizinische Fachangestellte	557	Kraftfahrzeugmechatroniker	445
Zahnmedizinsche Fachangestellte	349	Industriemechaniker	443
Kauffrau im Einzelhandel	324	Anlagenmechaniker	287
Verkäuferin	273	Bürokaufmann	266
Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte	258	Mechatroniker	239
Hotelkauffrau	245	Kaufmann im Einzelhandel	224
Kauffrau für Bürokommunikation	228	Fachkraft für Lagerlogistik	204
Industriekauffrau	210	Metallbauer	197
Friseurin	172	Koch	190
Mit Hochschulreife			
Industriekauffrau	256	Fachinformatiker	199
Bankkauffrau	158	Industriekaufmann	171
Bürokauffrau	126	Bankkaufmann	124
Steuerfachangestellte	110	Elektroniker	99
Hotelkauffrau	85	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	93
Kauffrau für Bürokommunikation	70	Informatikkaufmann	70
Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte	60	Chemielaborant	54
Kauffrau im Groß- und Außenhandel	60	Bürokaufmann	51
Chemielaborantin	54	Industriemechaniker	49
Kauffrau für Tourismus und Freizeit	51	Kaufmann für Spedition und Logistikdienstleistung	49
Zusammen			
Bürokauffrau	921	Elektroniker	1 257
Verkäuferin	794	Kraftfahrzeugmechatroniker	1 011
Medizinische Fachangestellte	766	Anlagenmechaniker	734
Friseurin	710	Metallbauer	701
Kauffrau im Einzelhandel	607	Industriemechaniker	648
Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	561	Fachkraft für Lagerlogistik	549
Zahnmedizinsche Fachangestellte	512	Koch	544
Industriekauffrau	472	Maler und Lackierer	496
Hotelkauffrau	443	Kaufmann im Einzelhandel	458
Kauffrau für Bürokommunikation	337	Verkäufer	435

schulreife. Bei den männlichen Auszubildenden trifft dies nur bei 53,7% der Berufsstarter zu. Insgesamt sind derzeit 10 496 der 26 104 Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr weiblich (40,2%).

Junge Frauen konzentrieren sich bei der Berufswahl nach wie vor nur auf wenige Berufe. So fanden sich 58,3% der Ausbildungsanfängerinnen in nur zehn Berufen; davon wies kein einziger eine technische Ausrichtung auf. Die am häufigsten gewählten Ausbildungsgänge sind Bürokauffrau (921), Verkäuferin (794) und medizinische Fachangestellte (766). Bei den männlichen Ausbildungsanfängern sind dagegen die Berufe Elektroniker (1 257), Kraftfahrzeugmechatroniker (1 011) und Anlagenmechaniker (734) am stärksten gefragt.

Bei allen Auszubildenden zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der schulischen Vorbildung und den belegten Ausbildungsgängen, zum Teil mit ausgeprägten Unterschieden zwischen den Geschlechtern. So sind Frauen mit geringer schulischer Vorbildung vorwiegend im Handel tätig. Männliche Jugendliche mit gleicher Vorbildung absolvieren häufig eine Ausbildung im handwerklichen Bereich. Bei den Ausbildungsanfängern mit Hochschulreife dominieren insgesamt Berufe im kaufmännischen Bereich. Die bei den jungen Männern mit Hochschulreife ebenfalls sehr beliebten Berufe im technischen Bereich werden von den gleich qualifizierten Frauen allerdings gemieden.

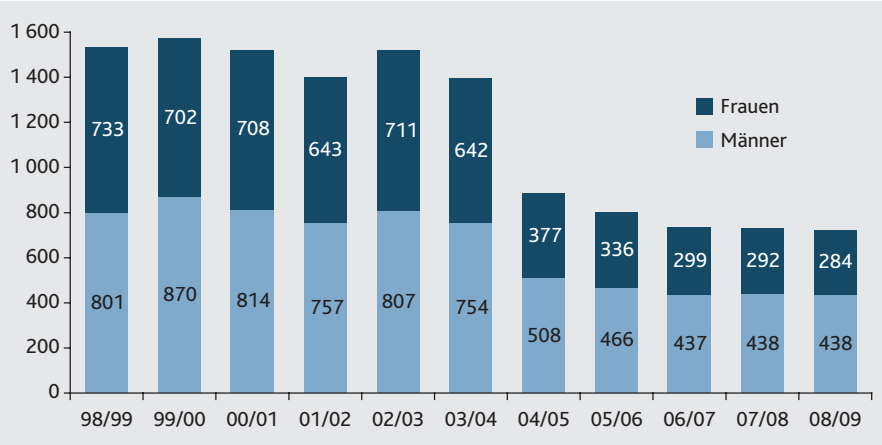
Die Zahlen stammen aus der Statistik der berufsbildenden Schulen. Individualdaten über Schülerinnen und Schüler, Absolventinnen und Absolventen sowie Lehrkräfte werden dort jährlich zum Schuljahresbeginn erfragt. Rückschlüsse auf die Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen lässt diese Erhebung nicht zu, da das Jahr des Schulabschlusses nicht erfasst wird. Zudem ist eine Ausbildung nicht nur im Dualen System möglich, sondern beispielsweise auch an Fachschulen. Die Berufsausbildung in Deutschland erfolgt schwerpunktmäßig im Dualen Berufsausbildungssystem (Duales System). Hierbei werden Ausbildungsinhalte in der Regel parallel durch Ausbildungsbetriebe (vorwiegend praktische Kenntnisse) und die Berufsschule (vorwiegend theoretische Kenntnisse) vermittelt.

Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer erneut gesunken

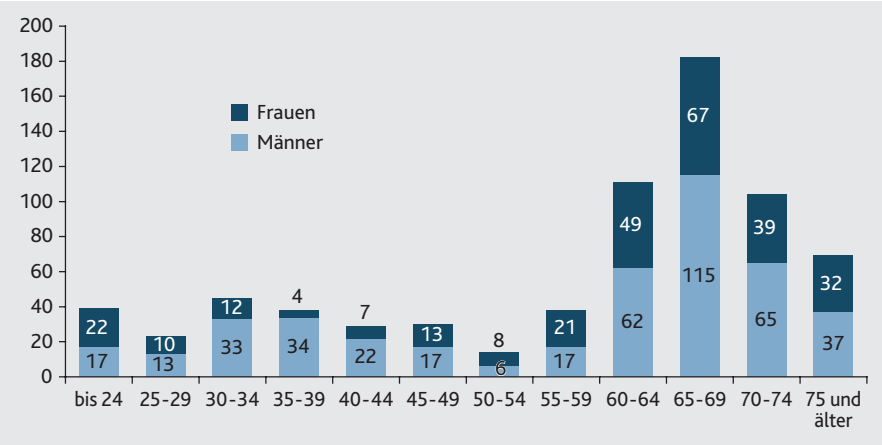
Mehrzahl ist 60 Jahre und älter

Die Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer an rheinland-pfälzischen Hochschulen ist erneut leicht gesunken. Im Wintersemester 2008/09 waren lediglich 722 Gasthörerinnen und Gasthörer immatrikuliert. Das waren acht weniger als ein Jahr zuvor und damit gleichzeitig die bisher niedrigste Zahl seit der erstmaligen Erhebung im Wintersemester 1992/93. Ursächlich für den anhaltenden Rückgang sind vermutlich die zum Wintersemester 2004/05 eingeführten Studiengebühren für Gasthörerinnen und Gasthörer. Diese

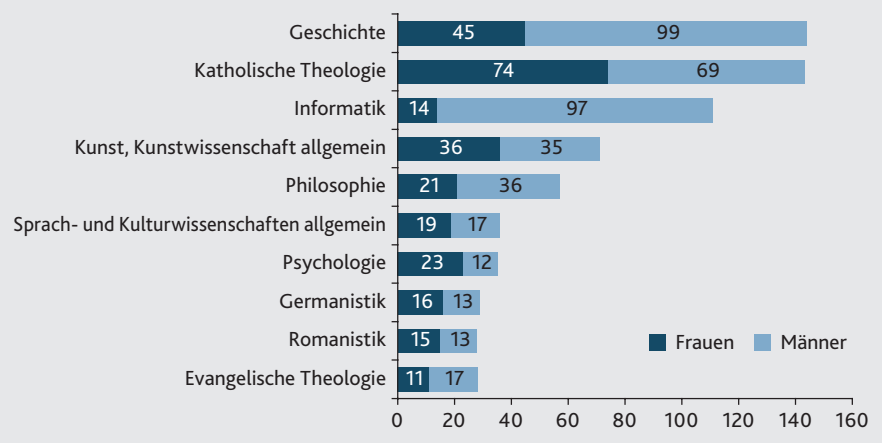
Gasthörer in den Wintersemestern 1998/99–2008/09 nach Geschlecht



Gasthörer im Wintersemester 2008/09 nach Altersgruppen und Geschlecht



Gasthörer im Wintersemester 2008/09 nach den häufigsten Fachrichtungen und Geschlecht



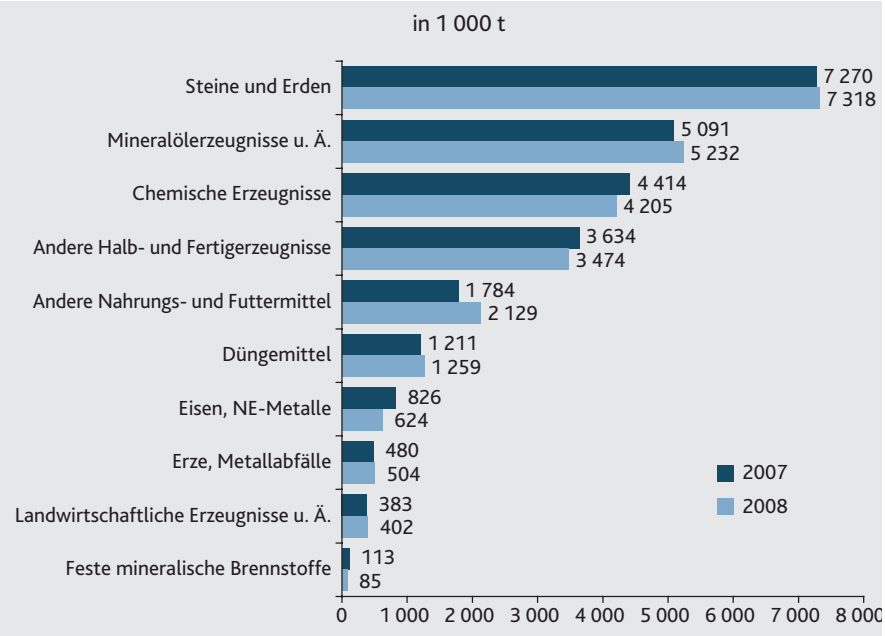
können pro Semester bis zu 250 Euro betragen.

Wie auch in den Vorjahren wurde das Zusatzangebot der Universitäten vorrangig von Seniorinnen und Senioren genutzt. Die stärkste Gruppe der Gasthörerinnen und Gasthörer stellten, mit einem Anteil von 25,2%, die 65- bis 69-Jährigen gefolgt von den 60 bis 64-Jährigen (15,4%) und den 70- bis 75-Jährigen (14,4%). Immerhin 9,6% hatten bereits das 75. Lebensjahr vollendet.

Der hohe Anteil der Älteren mag eine Ursache für die starke Fokussierung auf bestimmte Fächergruppen sein. So besuchten 63% Angebote der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften, 19% wählten mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer und jeweils 8% entschieden sich für Fächer der Gruppe Kunst- und Kunstwissenschaften bzw. Rechts- und Sozialwissenschaften. Am beliebtesten waren Veranstaltungen der Fachrichtungen Geschichte (144), Katholische Theologie (143) und Informatik (111). Da sich zahlreiche Gasthörerinnen und Gasthörer in mehreren Fachrichtungen einschrieben, ergab sich eine Gesamtzahl von 929 Belegungen.

Gaststudierende dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen. Sie können jedoch keine Prüfungen ablegen. Mit dem Angebot des Gasthörerstudiums leisten die Universitäten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des „lebenslangen Lernens".

Güterumschlag auf Binnenwasserstraßen 2008 nach Güterabteilungen

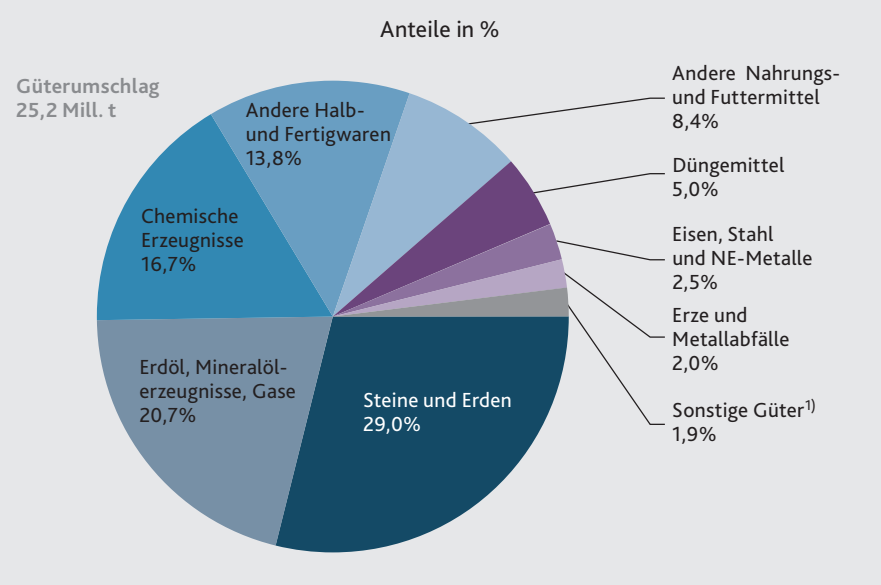


Güterumschlag in Binnenhäfen 2008 leicht über Vorjahresniveau

Im Jahr 2008 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Binnenhäfen einen leichten Zuwachs des Frachtumschlags. Insgesamt meldeten die Schiffs- bzw. Frachtführer einen Güterumschlag von gut 25,2 Mill. t, das waren fast 28 000 t bzw. 0,1% mehr als im Vorjahr. Damit wies der Güterumschlag in rheinland-pfälzischen Binnenhäfen im fünften Jahr in Folge einen Zuwachs auf, und es wurde die höchste Umschlagsmenge seit 2001 erreicht. Der Versand gewinnt zwar immer mehr an Bedeutung (11,3 Mill. t; +14,5% seit 2000) musste aber im Vergleich zum letzten Jahr einen leichten Rückgang hinnehmen. Der Güterempfang ist in der längerfristigen Betrachtung hingegen rückläufig (13,9 Mill. t; –13,2% seit 2000).

Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel 2008 mit 7,3 Mill. t (29%) auf die Güterabteilung Steine und Erden. Es folgten Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase mit gut 5,2 Mill. t (20,7%), chemische Erzeugnisse mit rund 4,2 Mill. t (16,7%) sowie Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren mit fast 3,5 Mill. t (13,8%). Innerhalb der einzelnen Güterabteilungen war die Entwicklung der Umschlagsmengen unterschiedlich. Die höchsten prozentualen Umschlagszuwächse wurden bei Nahrungs- und Futtermitteln (+19,4%), bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Erzen bzw. Metallabfällen (jeweils +4,9%) und Düngemitteln (+4%) registriert. Hingegen wurden deutlich weniger feste mineralische Brennstoffe (–24,9%) und Eisen, Stahl bzw. Metalle (–24,4%) umgeschlagen.

Güterumschlag auf Binnenwasserstraßen 2008 nach Güterabteilungen



1) Sonstige Güter: Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (1,6%); feste mineralische Brennstoffe (0,3%).

Ludwigshafen als größter Binnenhafen des Landes wies 2008 ein Umschlagsminus von 5% aus; der Hafenplatz vereinigt drei Zehntel des rheinland-pfälzischen Güterumschlags auf sich. Andere größere Häfen wie Mainz, Andernach, Wörth und Worms konnten ihre Umschlagsmengen hingegen steigern.

Kraftfahrzeugbestand erneut leicht gestiegen

Auf 1 000 Einwohner kommen 543 Pkw

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 2009 rund 2,7 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit erhöhte sich die Zahl der Fahrzeuge binnen Jahresfrist um 13 435 auf 2 671 389 Fahrzeuge (+0,5%).

Bei den Personenkraftwagen, der mit Abstand größten Fahrzeuggruppe, konnte eine Zunahme der Bestände um 0,3% auf fast 2,2 Mill. Fahrzeuge registriert werden. Die höchsten Steigerungsraten hatten im Vergleich zum 1. Januar 2008 die Gruppen der Krafträder (+2,1%) und der Kraftomnibusse (+2%) zu verzeichnen.

Auf 1 000 Einwohner kamen zu Beginn des Jahres 543 Personenkraftwagen. Damit lag Rheinland-Pfalz hinter dem Saarland (555 Pkw je 1 000 Einwohner) an zweiter Stelle, gefolgt von Bayern (541 Pkw) und Hessen (534 Pkw).

In Deutschland waren Anfang Januar 2009 rund 49,6 Mill. Fahrzeuge zugelassen. Der Anstieg des Fahrzeugbestandes gegenüber dem Vorjahr war bundesweit mit 0,6% etwas höher als in Rheinland-Pfalz.

Starker Anstieg der Pkw-Neuzulassungen im ersten Quartal

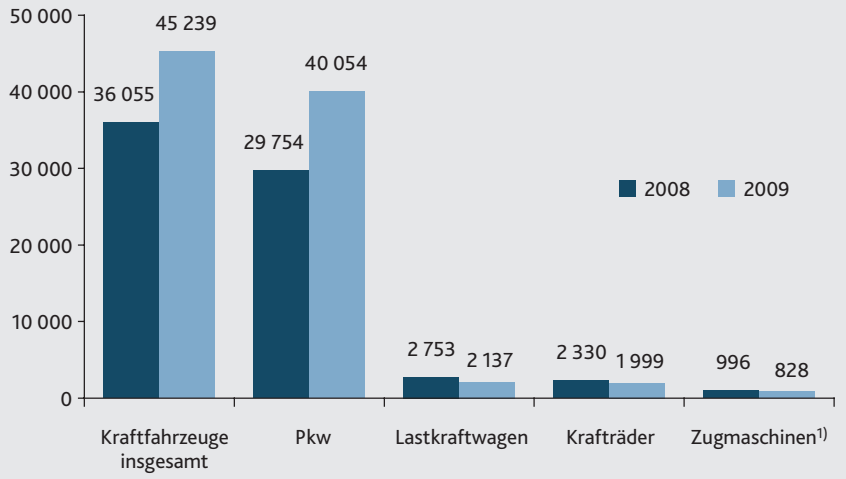
Deutlich geringere Nachfrage nach anderen Fahrzeugarten

Die Abwrackprämie hat auch in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2009 die Neuzulassungen von Personenkraftwagen stark ansteigen lassen. Von Januar bis März wurden gut 40 000 neue Pkw zugelassen, das waren fast 35% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Anstieg lag

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern am 1. Januar 2008 und 2009

Fahrzeugarten	2009		2008	Veränderung 2009 zu 2008	
	Anzahl	%	Anzahl		%
Insgesamt	2 671 389	100	2 657 954	13 435	0,5
Krafträder	211 508	7,9	207 131	4 377	2,1
Personenkraftwagen	2 195 226	82,2	2 188 548	6 678	0,3
Kraftomnibusse	4 699	0,2	4 609	90	2,0
Lastkraftwagen	111 889	4,2	110 865	1 024	0,9
Land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen, Sattelzugmaschinen	134 116	5,0	132 912	1 204	0,9
Sonstige Kraftfahrzeuge	13 951	0,5	13 889	62	0,4
Nachrichtlich:					
Kraftfahrzeuganhänger	311 354	x	303 168	8 186	2,7

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen im 1. Quartal 2008 und 2009



1) Sattelzugmaschinen sowie land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen.

damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 18%.

Bei den Neuzulassungen für andere Fahrzeugarten waren dagegen jeweils zweistellige Rückgänge zu verzeichnen. Von Januar bis März 2009 wurden im Land insgesamt 2 137 neue Lastkraftwagen zugelassen, das waren gut 22% weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder sank um gut 14% auf rund 2 000, bei den Zugmaschinen gab es einen Rückgang um rund 17%.

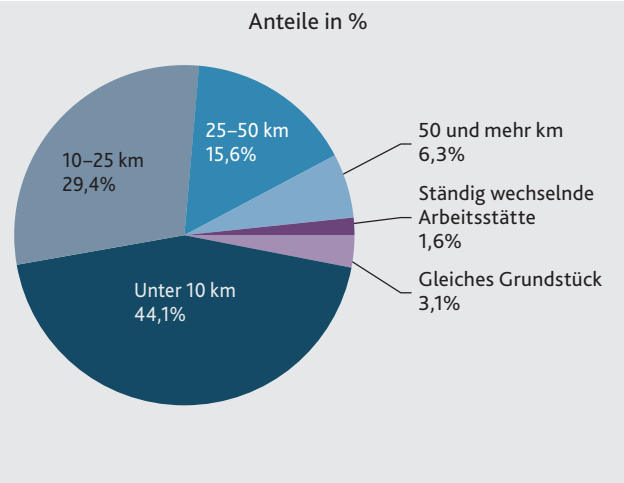
Die hohen Zulassungszahlen für neue Pkw beeinflussten das Gesamtergebnis an Neuzulassungen positiv. Mit 45 239 Neuzulassungen wurde das Ergebnis des Vorjahresquartals um gut 25% übertroffen. Für Deutschland errechnet sich ein Zuwachs von 12,3%.

Die meisten Erwerbstätigen pendeln nicht mehr als 25 km

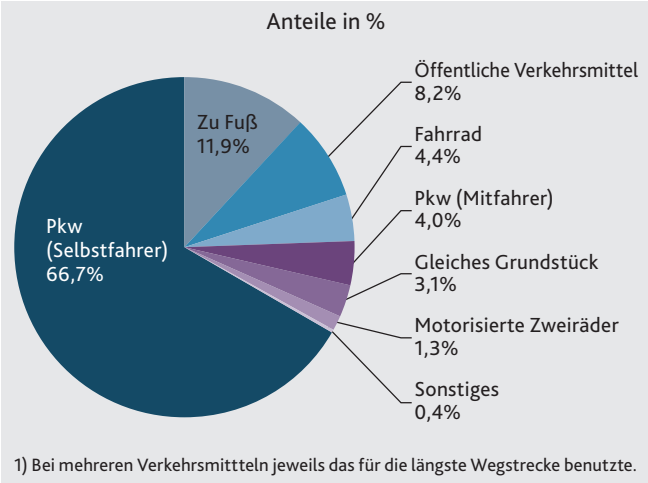
Auto wichtigstes Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit

Gut drei Viertel der Erwerbstätigen (76,6%) wohnen höchstens 25 km von ihrer Arbeitsstelle entfernt. Im vergangenen Jahr pendelten 44,1% aller Erwerbstätigen weniger als 10 km, bei weiteren 29,4% betrug die Distanz zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zwischen 10 und 25 km. Auf dem eigenen Grundstück gingen 3,1% ihrer Arbeit nach, 1,6% fuhren zu ständig wechselnden Arbeitsstätten. Anfahrtswege zwischen 25 und 50 km bewältigten 15,6% aller Erwerbstätigen. Diese Gruppe hat in den zurückliegenden Jahren den deutlichsten Anstieg verzeichnet; hier schlagen sich unter anderem die Stadt-Umland-Wanderungen jun-

Erwerbstätige 2008 nach der Entfernung zur Arbeitsstätte



Erwerbstätige 2008 nach den benutzten Verkehrsmitteln 1)



1) Bei mehreren Verkehrsmittteln jeweils das für die längste Wegstrecke benutzte.

ger Familien nieder, die wegen der günstigeren Baulandpreise aufs Land gezogen sind. Mehr als 50 km müssen 6,3% der Erwerbstätigen zur Arbeit fahren.

Der Pkw ist das mit Abstand am häufigsten genutzte Verkehrsmittel der Pendlerinnen und Pendler. Fast 67% steuerten selbst, weitere 4% fuhren bei anderen mit. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln gelangten 8,2% der Pendlerinnen und Pendler zu ihrem Arbeitsplatz. Überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß legten 16,3% der Erwerbstätigen den Arbeitsweg zurück.

Jenseits der Landesgrenze arbeiteten 15,1% der Pendlerinnen und Pendler, 39,6% hatten ihren Arbeitsplatz in ihrer Wohngemeinde. In eine andere Gemeinde innerhalb des Landes fuhren 45,2% der Pendlerinnen und Pendler.

Verkehrsfälle fordern zu Jahresbeginn weniger Opfer

Deutlich weniger verunglückte Personen bei einer konstanten Zahl an Verkehrsunfällen: Im Januar und Februar verloren 36 Menschen auf rheinland-pfälzischen Straßen bei Verkehrsunfällen das Leben, das war ein Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 346 Unfallbeteiligte, das waren gut 30% weniger als in den ersten beiden Vorjahresmonaten. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 1938 um fast 17% niedriger. Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten beiden Monaten 19 095 Verkehrsunfälle, das waren 0,8% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die positive Entwicklung zu Jahresbeginn dürfte zum Teil auf die Einführung des neuen Bußgeldkataloges zurückzuführen sein. Auch die witterungsbedingt vorsichtigere Fahrweise könnte ein Grund sein. Zudem ließen viele Autofahrer ihren Pkw wegen des winterlichen Wetters in der Garage.

Aus der amtlichen Statistik

Vorankündigung
Statistische Analyse N° 11
Europawahl 2009 – Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht

Wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen wird das Statistische Landesamt auch bei der Europawahl am 7. Juni 2009 noch in der Wahlnacht die Ergebnisse in einer Statistischen Analyse auswerten.

Die Wahlergebnisse werden auf der Landes- und Kreisebene in anschaulichen Grafiken sowie in informativen Tabellen aufbereitet und kommentiert. Darüber hinaus wird die Analyse Auskunft geben über den Einfluss demografischer, sozialer sowie ökonomischer Merkmale auf das Wahlverhalten und über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz.

Diese Publikation wird am Montag nach der Wahl, am 8. Juni 2009 ab 8:00 Uhr zum Download unter http://www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/wahlnachtanalyse-ew2009.pdf angeboten.

Verbraucherpreise im April 2009

Im April lag die Jahresteuerungsrate bei nur 0,4%. Damit dauert die Phase niedriger Inflationsraten weiter an. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren 1% günstiger als im April vergangenen Jahres. Insbesondere die Preise für Molkereiprodukte und Eier (–9,5%), Speisefette und -öle (–7,3%) sowie Obst (–5,7%) sanken binnen Jahresfrist deutlich. Höhere Preise ergaben sich dagegen bei Fleisch und Fleischwaren (+3%), Gemüse (+1,6%) sowie Brot und Getreideerzeugnissen (+1,2%). Die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr gingen gegenüber April 2008 um 2,5% zurück. Vor allem Kraftstoffe waren günstiger (–14,4%), aber auch der Preis für Heizöl fiel (–36,2%). Ohne Einrechnung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,5% gestiegen.

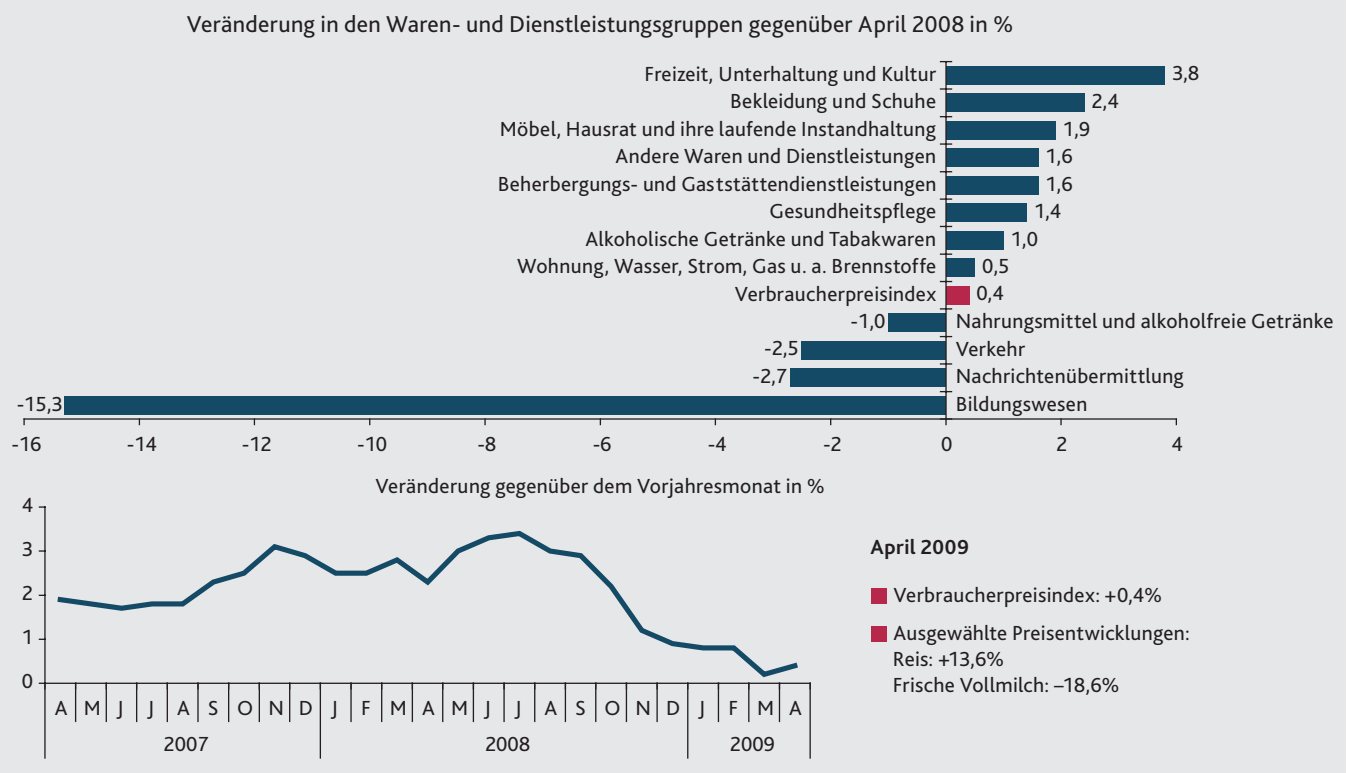
Gegenüber dem Vormonat März blieb der Verbraucherpreisindex unverändert. In den Hauptgruppen „Verkehr" (+1,2%), „Gesundheitspflege" (+0,9%) sowie bei „Bekleidung und Schuhen" (+0,5%) legten die Preise deutlich zu. Günstig für die Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelten sich dagegen die Preise für die Ausgaben rund um das Wohnen (–0,6%) sowie für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (–0,4%).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2009

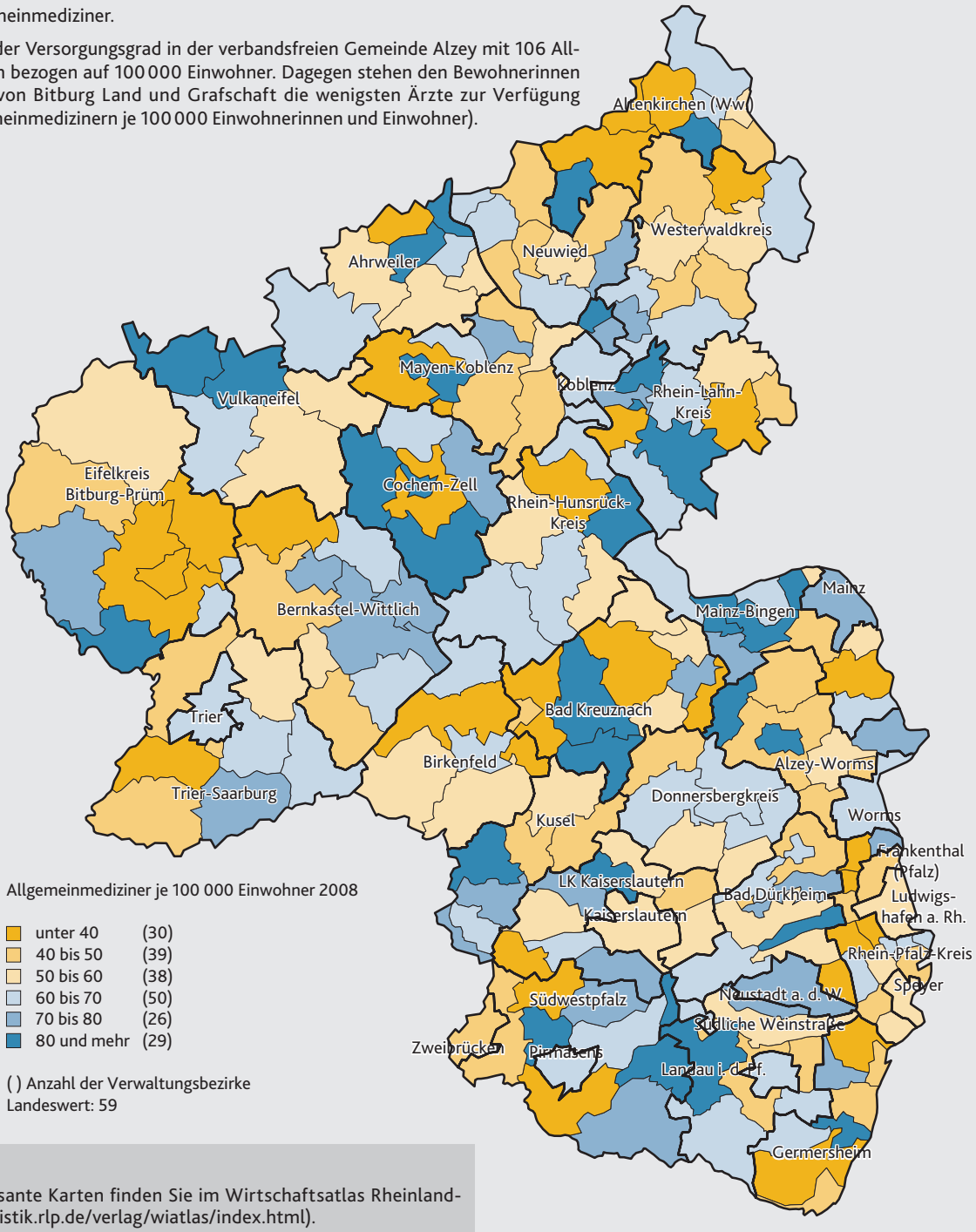


Allgemeinmediziner 2008

Gut 2 400 Allgemeinmediziner versorgen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer

In Rheinland-Pfalz praktizierten im Jahr 2008 gut 2 400 Allgemeinmediziner (einschließlich praktische Ärzte). Damit kommen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner durchschnittlich fast 60 Allgemeinmediziner.

Am höchsten ist der Versorgungsgrad in der verbandsfreien Gemeinde Alzey mit 106 Allgemeinmedizinern bezogen auf 100 000 Einwohner. Dagegen stehen den Bewohnerinnen und Bewohnern von Bitburg Land und Grafschaft die wenigsten Ärzte zur Verfügung (jeweils 18 Allgemeinmedizinern je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner).



Allgemeinmediziner je 100 000 Einwohner 2008

unter 40	(30)
40 bis 50	(39)
50 bis 60	(38)
60 bis 70	(50)
70 bis 80	(26)
80 und mehr	(29)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landeswert: 59

Hinweis

Weitere interessante Karten finden Sie im Wirtschaftsatlas Rheinland-Pfalz (www.statistik.rlp.de/verlag/wiatlas/index.html).

Frauen verdienen durchschnittlich 21% weniger als Männer

Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006

Von Christine Schomaker

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in ganz Europa eine besondere gleichstellungspolitische Herausforderung. Nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 lag der Bruttostundenverdienst von Frauen in Rheinland-Pfalz um 21% unter dem der Männer. Die für das Jahr 2006 nach europaweit einheitlichen Standards durchgeführte Verdienststrukturerhebung ermöglicht Aussagen über die Verteilung und Streuung der Arbeitnehmerverdienste sowie über den Einfluss wichtiger, die individuelle Verdiensthöhe bestimmender Faktoren.

Verdienststrukturerhebung 2006 bietet vielfältige Auswertungsmöglichkeiten

In die Verdienststrukturerhebung 2006 wurde eine für alle Wirtschaftszweige repräsentative Auswahl von Betrieben – mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und Fischzucht, der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung sowie der privaten Haushalte – berücksichtigt. Damit wurde im Gegensatz zu früheren Erhebungen neben dem produzierenden Gewerbe nahezu der gesamte Dienstleistungsbereich erfasst.

Stichprobe umfasste 1800 Betriebe

In Rheinland-Pfalz wurde die Stichprobenerhebung bei mehr als 1800 Betrieben (mit zehn und mehr Beschäftigten) durchgeführt. Erfragt wurden Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten von über 95 000 Beschäftigten. Deutschlandweit waren rund 34 000 Betriebe mit über 3 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die Verdienststrukturerhebung 2006 einbezogen.

In der Verdienststrukturerhebung werden Daten zu Verdiensten, der Anzahl der Beschäftigten und Arbeitszeiten untergliedert u. a. nach Wirtschaftszweigen und Größe des Unternehmens erfragt. Daneben werden persönliche Angaben über die Arbeitnehmer, wie Geschlecht, Geburtsjahr, die Dauer der Betriebszugehörigkeit, Beruf und Ausbildungsabschluss erfasst. Zudem werden Merkmale über das Beschäftigungsverhältnis erhoben: Angaben zum Tarifvertrag, der Leistungsgruppe, Art der Beschäftigung und den Urlaubsanspruch (siehe Textkasten).

Umfangreiches Datenangebot im Bereich der Verdienste und Arbeitskosten

Das Datenangebot der amtlichen Statistik im Bereich der Verdienste und Arbeitskosten bildet eine wichtige Informationsgrundlage z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik, bei Verhandlungen der Tarifparteien

über Entgelt und Arbeitszeit, für Untersuchungen über Niedrigverdienste oder für Erbbauzinsanpassungen. Die Zahlen finden zudem Verwendung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zu den Hauptnutzern der Ergebnisse zählen Bundes- und Landesregierungen, Ministerien, Wissenschaft sowie Versicherungen. Hinzu kommen insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Union sowie Unternehmen, Verbände, Tarifpartner und Privatpersonen.

Die vierjährliche Verdienststrukturerhebung wird durch die unterjährige vierteljährliche Verdiensterhebung sowie durch die ebenfalls alle vier Jahre durchgeführte Arbeitskostenerhebung ergänzt. Bei diesen Statistiken werden die Angaben stets als Summe über eine Vielzahl von Beschäftigten erhoben. Einzelangaben über Beschäftigte werden dagegen nur in der Verdienststrukturerhebung erfragt.

Durchschnittlicher Bruttostundenlohn bei 16,20 Euro

Nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung verdienten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich durchschnittlich 16,20 Euro pro Stunde. Damit lagen die Verdienste der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genau im Bundesdurchschnitt. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst lag im Oktober 2006 bei 2 361 Euro (Deutschland: 2 409 Euro). Nach den gesetzlichen Abzügen in Höhe von durchschnittlich 789 Euro (360 Euro Lohnsteuer und 429 Euro für Beiträge zur Sozialversicherung) blieb den rheinland-pfälzischen Beschäftigten ein durchschnittlicher Nettomonatsverdienst von 1 572 Euro (Deutschland: 1 588 Euro). Der Bruttojahresverdienst lag über alle Branchen hinweg im Schnitt bei 31 480 Euro. Davon entfielen

Was wird bei der Verdienststrukturerhebung ab 2006 erfragt?

Über den befragten Betrieb werden folgende Daten erhoben:

- Wirtschaftszweig, dem der Betrieb angehört,
- angewandte Vergütungsvereinbarung,
- Zahl der Beschäftigten des Unternehmens, dem der Betrieb angehört,
- Anteil der Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand an dem Unternehmen, dem der Betrieb angehört,
- betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten sowie
- Zahl der Beschäftigten des Betriebs.

Über die Beschäftigten des Betriebs werden folgende Angaben erfragt:

- Geschlecht,
- Geburtsjahr,
- Monat des Eintritts in das Unternehmen,
- ausgeübter Beruf,
- höchster Bildungsabschluss,
- Vergütungs- oder Leistungsgruppe,
- Art des Beschäftigungsverhältnisses,
- vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit,
- Zahl der bezahlten Arbeitsstunden mit getrennt ausgewiesenen Überstunden,
- Bruttomonatsverdienst, untergliedert nach Verdienstbestandteilen,
- Bruttojahresverdienst, untergliedert nach Verdienstbestandteilen sowie die Zahl der Wochen, auf die sich der Bruttojahresverdienst bezieht sowie
- Zahl der jährlich zu beanspruchenden bezahlten Urlaubstage.

2733 Euro auf Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder auch Leistungsprämien. Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit lag bei 32,49 Stunden.

Deutliche Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

Im Bereich der amtlichen Statistik wird der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen durch den Strukturindikator Gender Pay Gap abgebildet. Dieser stellt den prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen zu dem der Männer dar. Als EU-weit einheitliche und einzige Datenquelle zur Berechnung des Gender Pay Gap für das Berichtsjahr 2006 dient die Verdienststrukturerhebung.

Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz bei 21,1%

Die durchschnittlichen Verdienste der Frauen in Rheinland-Pfalz erreichten 78,9% der Verdienste der Männer. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen in Rheinland-Pfalz lag im Mittel somit im Oktober 2006 mit 14,09 Euro um 21,1% unter dem Bruttostundenverdienst von Männern (17,86 Euro). Dies bedeutet jedoch nicht, dass Frauen im gleichen Unternehmen für die gleiche Tätigkeit 21,1% weniger verdienten. Vielmehr spielen für den Verdienstabstand verschiedene Ursachen eine Rolle. So unterscheiden sich Frauen und Männer z. B. in der Wahl ihrer Berufe, Branchen und in der Erwerbsbiografie. Diese Unterschiede sind in der genannten Differenz enthalten, weshalb dieser Verdienstabstand auch unbereinigter Verdienstabstand oder englisch „unadjusted Gender Pay Gap" genannt wird.

Die Höhe des Bruttoverdienstes richtet sich nach verschiedenen Faktoren wie der Beschäftigungsart, der Größe des Unternehmens, dem Beruf, der Ausbildung, der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, der Art des Arbeitsvertrages sowie dem Einfluss der öffentlichen Hand auf den Betrieb (durch Kapitalbeteiligung). Entsprechend vielfältig sind auch die Ursachen der Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern, können aber im Rahmen dieses Artikels nur ansatzweise diskutiert werden.

Vollzeitbeschäftigte verdienen pro Stunde mehr als Teilzeitbeschäftig

Die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung offenbaren deutliche Verdienstunterschiede zwischen den einzelnen Beschäftigtengruppen: So verdienten Vollzeitbeschäftigte mit 17,79 Euro pro Stunde deutlich mehr als Teilzeitbeschäftigte (14,78 Euro).

Höhe des Verdienstes abhängig von der Art der Beschäftigung

Mit hochgerechnet mehr als 520 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist die Gruppe der Vollzeitbeschäftigten mit Abstand die größte der erfassten Beschäftigtengruppen. Hier liegt der Verdienstunterschied bei 18,5%: Frauen verdienten 15,27 Euro in der Stunde und Männer 18,74 Euro. Ergänzend sei erwähnt, dass Frauen in der Gruppe der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lediglich einen Anteil von 27,3% stellten. In den Beschäftigtengruppen mit den niedrigsten Verdiensten (z. B. Teilzeitbeschäftigte oder auch geringfügig Beschäftigte) waren sie dagegen deutlich überrepräsentiert.

Teilzeitbeschäftigte Männer verdienten im Schnitt 15,59 Euro, während Frauen einen durchschnittlichen Verdienst von 14,67 Euro erreichten. Der Gender Pay Gap für die Teilzeitbeschäftigten lag damit bei 5,9%.

T 1 Arbeitnehmer, Bruttostundenverdienste und Gender Pay Gap im Oktober 2006 nach Beschäftigtengruppen und Geschlecht

Beschäftigtengruppe	Arbeitnehmer			Bruttostundenverdienste			Anteil der Frauen an allen Arbeitnehmern	Gender Pay Gap
	ins-gesamt	Männer	Frauen	ins-gesamt	Männer	Frauen		
	Anzahl			EUR			%	
Alle Arbeitnehmer	860 585	480 800	379 785	16,20	17,86	14,09	44,1	21,1
Vollzeitbeschäftigte	520 200	378 040	142 160	17,79	18,74	15,27	27,3	18,5
Teilzeitbeschäftigte	152 684	18 304	134 380	14,78	15,59	14,67	88,0	5,9
Beamte Vollzeit	29 720	16 551	13 169	21,60	23,25	19,51	44,3	16,1
Beamte Teilzeit	15 222	3 996	11 225	26,55	31,87	24,66	73,7	22,6
Beschäftigte in Altersteilzeit	14 822	9 669	5 153	32,88	37,12	24,90	34,8	32,9
geringfügig Beschäftigte	80 617	26 670	53 947	8,44	8,36	8,47	66,9	-1,3
Auszubildende	46 078	27 133	18 945	3,92	3,83	4,04	41,1	-5,5

Am unteren Ende lagen die geringfügig Beschäftigten mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 8,44 Euro. Der Bruttostundenverdienst der Frauen lag mit durchschnittlich 8,47 Euro leicht über dem der geringfügig beschäftigten Männer (Gender Pay Gap: –1,3%). Auch die Gruppe der Auszubildenden wird in der Verdienststrukturerhebung erfasst; sie verdienten durchschnittlich 3,92 Euro pro Stunde. Hierbei lagen jedoch die Stundenverdienste der Männer unter denen der Frauen (Gender Pay Gap: –5,5%). Die nachfolgenden Betrachtungen zum Verdienstvorsprung der Männer konzentrieren sich auf vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz.

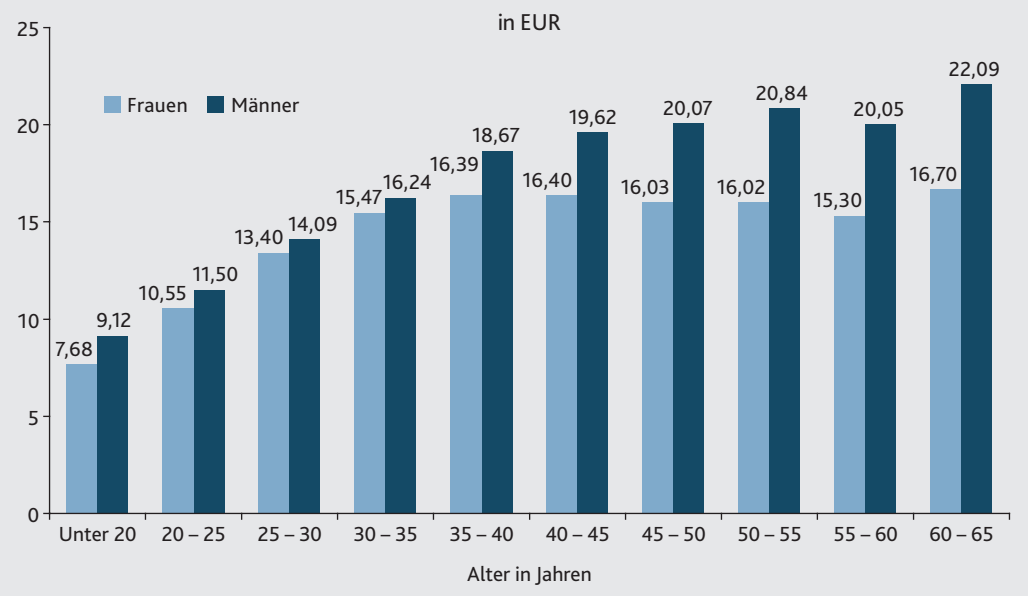
Verdienstabstand nimmt im Verlauf des Erwerbslebens zu

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen zu Beginn ihres Erwerbslebens in der Regel weniger als in höherem Alter. So lag beispielsweise der Bruttostundenverdienst der vollzeitbeschäftigten 30- bis 34-Jährigen mit 16 Euro deutlich unter dem der Vollzeitbeschäftigten im Alter zwischen 50 und 54 Jahren (19,62 Euro).

Höhere Verdienste für ältere Arbeitnehmer

Beim Einstieg in das Berufsleben ist der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern vergleichsweise gering. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen betrug er durchschnittlich 4,9%. Mit steigendem Alter der Beschäftigten nimmt der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern zu. In diese Zeit fallen auch häufig familienbedingte Erwerbsunterbrechungen, die bei Frauen immer noch häufiger sind als bei Männern. Bei der Geburt ihres ersten Kindes waren nach der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegungen verheiratete Frauen im Jahr 2006 im Durchschnitt 29 Jahre alt. Der Anstieg des Verdienstabstands setzte sich bei den 35- bis 39-Jährigen mit 12,2% weiter fort. Bei den 65-Jährigen und Älteren war er mit 30,4% am größten. Frauen sind auch überdurchschnittlich häufig als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt, und das besonders in einem Alter, in dem Männer ihre höchsten Verdienste erzielen.

G 1 Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach Altersgruppen und Geschlecht



Gender Pay Gap zu Beginn der Erwerbskarriere vergleichsweise gering

Männer können im Verlauf ihrer Erwerbskarriere mit einem deutlichen und kontinuierlichen Anstieg ihres Verdienstes rechnen, während die Verdienste der Frauen bis zur Altersgruppe der 35- bis 40-Jährigen – wenngleich in geringerem Maße als die der Männer – zunehmen und dann stagnieren. Je länger die Erwerbskarriere dauert, desto größer wird (im Schnitt) der Verdienstvorsprung der Männer gegenüber den Frauen.

Als wesentliche Verdienstkomponente neben dem Alter offenbart sich in diesem Zusammenhang auch die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. Diese ist bei Frauen – besonders aufgrund langer Unterbrechungszeiten für Kindererziehung und -betreuung – kürzer als die der Männer. Fast 22% der vollzeitbeschäftigten Männer, aber nur knapp 15% der vollzeitbeschäftigten Frauen arbeiten in ihrem Unternehmen bereits seit 21 oder mehr Jahren. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weniger als ein Jahr im Unternehmen tätig sind, verdienten mit 13,45 Euro in der Stunde deutlich weniger als ihre langjährig beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Beispielsweise lag der Bruttostundenverdienst von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer Unternehmenszugehörigkeit zwischen 11 und 15 Jahren bei 18,48 Euro, bei einer Unternehmenszugehörigkeit von 31 und mehr Jahren betrug er 20,68 Euro.

Bildung lohnt sich

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit höheren Bildungsabschlüssen erzielen überdurchschnittliche Bruttoverdienste. Vollzeitbeschäftigte mit Universitätsabschluss verdienten mit 32,72 Euro pro Stunde deutlich mehr als ihre Kolleginnen und Kollegen mit Fachhochschulabschluss (24,94 Euro), Abitur (20,21 Euro) oder einem Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss (16,67 Euro).

Der Verdienststrukturerhebung zufolge sind vollzeitbeschäftigte Frauen und Män-

ner annähernd gleich qualifiziert: 9% der Männer und 8,9% der Frauen verfügen über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Das Abitur als höchsten Abschluss erreichten 8,5% der weiblichen und 4,7% der männlichen Vollzeitbeschäftigten, während 74,9% der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und 79,4% der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer einen Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss vorweisen können.

Trotz annähernd gleicher formaler Qualifikation verdienen Frauen weniger als Männer. Vor allem bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit hoher Qualifikation ist der Verdienstunterschied besonders hoch: Vollzeitbeschäftigte Frauen mit Universitätsabschluss verdienten im Durchschnitt 22,4% weniger als ihre männlichen Kollegen. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Fachhochschulabschluss betrug der Verdienstunterschied sogar 27,6%.

Frauen seltener in Führungspositionen

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen von der Art der ausgeübten Tätigkeit bestimmt. Dazu werden für die statistische Erhebung Leistungsgruppen gebildet, die den tariflichen Leistungsgruppen zugeordnet werden können bzw. eine grobe Abstufung der Tätigkeitsmerkmale darstellen (siehe Textkasten Leistungsgruppen).

Obwohl keine großen Unterschiede beim Bildungsabschluss festzustellen waren, werden gut bezahlte Führungspositionen trotzdem vornehmlich von Männern wahrgenommen. So waren im Oktober 2006 lediglich 18,4% der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Leistungsgruppe 1 Frauen. Am höchsten liegt der Frauenanteil mit 29,2% in der Leistungsgruppe 3.

Leistungsgruppen

Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

Leistungsgruppe 2: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die i. d. R. nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind.

Leistungsgruppe 3: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung i. d. R. eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

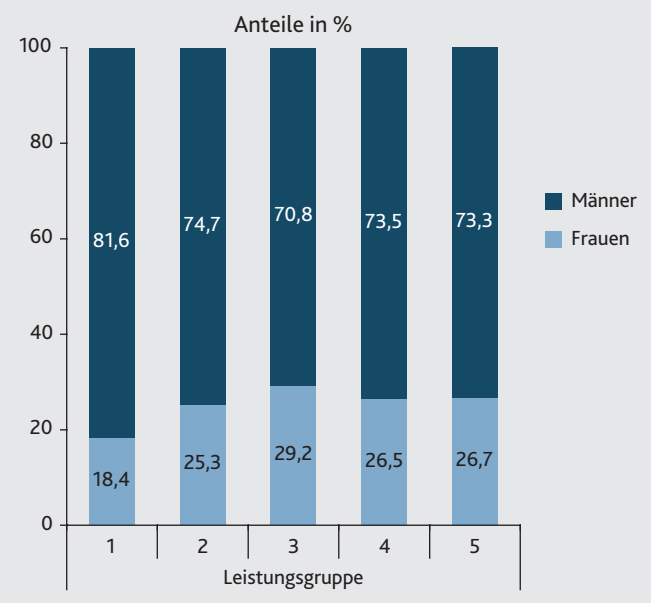
Leistungsgruppe 4: Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind.

Leistungsgruppe 5: Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Arbeitnehmer in Führungspositionen verdienen mehr

Während der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller Vollzeitbeschäftigten 17,79 Euro betrug, wurden die Führungskräfte in der Leistungsgruppe 1 mit 38,59 Euro entlohnt. Vollzeitbeschäftigte Frauen dieser Leistungsgruppe verdienten durchschnittlich 31,79 Euro und damit 20,8% weniger als vollzeitbeschäftigte Männer der Leistungsgruppe 1, die im Durchschnitt 40,12 Euro mit nach Hause brachten. Auch in den übrigen Leistungsgruppen erhielten Frauen deutlich geringere Verdienste als Männer; der Gender Pay Gap lag zwischen 13,9% (Leistungsgruppe 2) und 17,9% (Leistungsgruppe 5).

G 2 Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach Leistungsgruppen und Geschlecht



Branchenspezifische Unterschiede

In den im Rahmen der Verdienststrukturerhebung 2006 erfassten Wirtschaftsbereiche werden sehr unterschiedliche durchschnittliche Stundenverdienste erreicht. Die höchsten Verdienste erzielten laut Verdienststrukturerhebung 2006 Vollzeitbeschäftigte, die im Kredit- und Versicherungsgewerbe tätig waren.

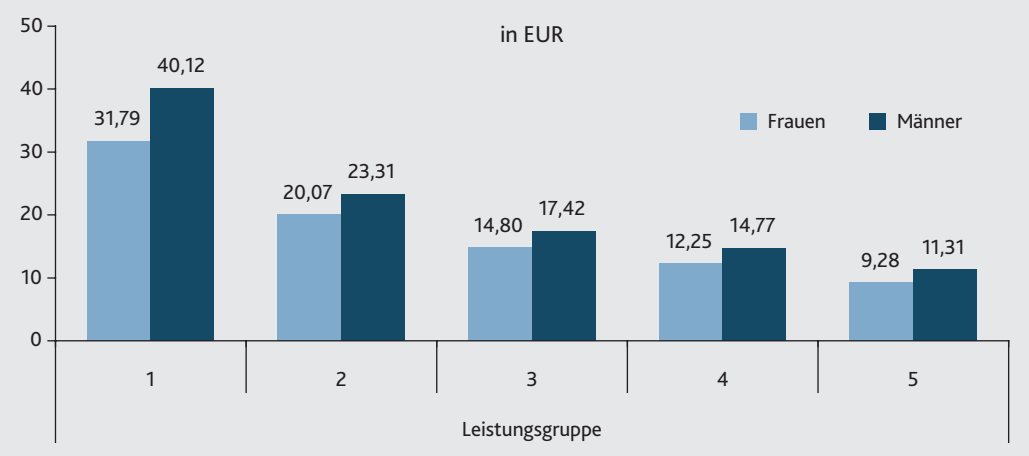
Verdienste im Kredit- und Versicherungsgewerbe am höchsten

Der Bruttostundenverdienst lag hier im Schnitt bei 19,51 Euro. Frauen erreichten dabei einen Stundenverdienst von 16,61 Euro, während Männer 21,87 Euro erzielten. Mit die geringsten Löhne wurden dagegen mit durchschnittlich 10,99 Euro im Gastgewerbe gezahlt. Auch hier verdienten Frauen (9,98 Euro) weniger als Männer (12,20 Euro).

Weibliche und männliche Beschäftigte konzentrieren sich in unterschiedlichen Branchen. So sind Männer oft in den gut zahlenden Branchen stärker vertreten; Frauen dagegen sind in jenen Branchen überrepräsentiert, in denen die Verdienste niedrig sind. Im produzierenden Gewerbe liegt der Anteil der Frauen bei lediglich 14,4%. Demgegenüber sind Frauen in den Dienstleistungsbranchen wie Erziehung und Unterricht tendenziell stärker vertreten (58,3%).

Der Gender Pay Gap variiert merklich zwischen den unterschiedlichen Branchen, doch in keinem der hier dargestellten Wirtschaftszweige verdienten Frauen mehr als Männer. So waren die Verdienstabstände in den Wirtschaftsbereichen „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen" (25,7%), Kredit-

G 3 Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach Leistungsgruppen und Geschlecht



T 2 **Bruttostundenverdienste und Gender Pay Gap vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Oktober 2006 nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht**

Wirtschaftsbereich	Bruttostundenverdienste			Anteil der Frauen an allen Arbeitnehmern	Gender Pay Gap
	insgesamt	Männer	Frauen		
	EUR			%	
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen	17,79	18,74	15,27	27,3	18,5
produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	18,72	19,26	15,55	14,4	19,3
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	19,43	19,47	18,43	4,1	5,3
verarbeitendes Gewerbe	18,99	19,64	15,53	15,9	20,9
Energie- und Wasserversorgung	22,88	23,58	18,69	14,3	20,7
Baugewerbe	15,85	15,94	13,72	4,2	13,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	16,69	17,46	14,94	30,5	14,4
Gastgewerbe	10,99	12,20	9,98	54,5	18,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,17	13,46	12,21	22,8	9,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	19,51	21,87	16,61	44,8	24,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	16,13	17,10	13,85	29,9	19,0
Erziehung und Unterricht	17,26	18,71	16,23	58,3	13,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	18,19	21,58	16,04	61,2	25,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	17,54	19,00	15,35	40,0	19,2

und Versicherungsgewerbe (24,1%) und im verarbeitenden Gewerbe (20,9%) am größten. Niedrige Verdienstabstände bestanden in den Wirtschaftsbereichen Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (9,3%) sowie in Erziehung und Unterricht (13,3%).

Fazit

Den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 zufolge verdienen in Rheinland-Pfalz Arbeitnehmerinnen deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch eine Fortschätzung des geschlechtsspezifischen Verdienstabstandes für das Jahr 2007 mit Zahlen der vierteljährlichen Verdiensterhebung ergab im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen. Über alle Beschäftigtengruppen hinweg lag der Gender Pay Gap für das Jahr 2007 laut Schätzung bei 21,6%.

So sind die Einkommen von Frauen und Männern auch 60 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes noch immer sehr unterschiedlich. Nur zum Teil sind hinter den Verdienstdifferenzen plausible und rationale Gründe wie Erwerbsunterbrechungen oder Berufswahl auszumachen. So stellt sich die Gleichstellung von Frauen und Männern – auch im Hinblick auf die Verdienste – weiterhin als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen dar.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09

Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an

Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landeseigenen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit fünf Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sinkt um 1,3%

Zu Beginn des Schuljahres besuchten insgesamt 469 174 Schülerinnen und Schüler die 1 618 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 5 976 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (–1,3%).

Das aktuelle Schuljahr 2008/09 ist damit bereits das fünfte in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Hauptursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren konstant niedrigen Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können.

Steigende Schülerzahlen in der Sekundarstufe II

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) ein Rückgang bereits seit Ende der 1990er-Jahre festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. Die Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13) weist demgegenüber zurzeit noch steigende Schülerzahlen auf. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ gute Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge. Zum anderen spielen in dieser Schulstufe neben den demografischen Faktoren auch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie individuelle Bildungsentscheidungen eine große Rolle. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen wirkt positiv auf die Schülerzahlen in der Oberstufe.

T 1 Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	in %						
Schul- und Förderschulkindergärten	989	72	7,9	346	35,0	643	65,0	.	.
Grundschulen	156 294	-3 895	-2,4	75 729	48,5	80 565	51,5	26 635	17,0
Hauptschulen	33 351	-3 104	-8,5	14 680	44,0	18 671	56,0	6 839	20,5
Realschulen	67 133	-801	-1,2	33 241	49,5	33 892	50,5	7 287	10,9
Regionale Schulen	31 330	-1 016	-3,1	14 102	45,0	17 228	55,0	3 834	12,2
Duale Oberschulen	6 364	-218	-3,3	2 838	44,6	3 526	55,4	974	15,3
Gymnasien	137 110	2 665	2,0	73 802	53,8	63 308	46,2	8 164	6,0
Integrierte Gesamtschulen	17 692	928	5,5	8 840	50,0	8 852	50,0	1 870	10,6
Freie Waldorfschulen	2 390	-6	-0,3	1 262	52,8	1 128	47,2	52	2,2
Kollegs und Abendgymnasien	653	-56	-7,9	308	47,2	345	52,8	26	4,0
Förderschulen	15 868	-545	-3,3	5 927	37,4	9 941	62,6	2 161	13,6
Insgesamt	469 174	-5 976	-1,3	231 075	49,3	238 099	50,7	57 842	12,3

Mehr Einschulungen durch Verlegung des Stichtages

Zahl der Einschulungen steigt um 3,1%

Im August 2008 wurden 39 524 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.[1] Die Zahl Schulanfängerinnen und Schulanfänger lag damit 3,1% über dem Wert des Vorjahres. Diese Zunahme steht im Kontrast zur demografischen Entwicklung und geht zurück auf die 2008 erfolgte Verlegung des Einschulungsstichtages vom 28. Juni auf den 31. August. Durch diese Verlegung wurden im Jahr 2008 erstmals auch jene Kinder schulpflichtig, die erst im Juli oder August 2008 das sechste Lebensjahr vollendeten. Rein rechnerisch erhöhte sich hierdurch die Zahl der erstmals schulpflichtigen Kinder um 16,7% (zwei Zwölftel). Tatsächlich war die Zahl der regulär an Grundschulen eingeschulten Kinder in diesem Schuljahr um 14,6% höher als im Vorjahr.

Anteil der vorzeitigen Einschulungen gesunken

Der Anteil der vorzeitigen Einschulungen an Grundschulen (4,6% der Schulanfänger) ging dagegen erstmals seit sieben Jahren deutlich zurück. Ihr Anteil hatte in den vergangenen zehn Jahren merklich zugenommen und lag im Jahr 2007 bei fast 12%.

Angestiegen ist – sicherlich auch in Konsequenz der Verlegung des Einschulungsstichtages – in diesem Jahr die Zahl der Kinder in Schul- und Förderschulkindergärten (+7,9%). In diesen Einrichtungen werden schulpflichtige Kinder betreut, die mangels Schulreife vorübergehend vom Schulbesuch zurückgestellt sind.

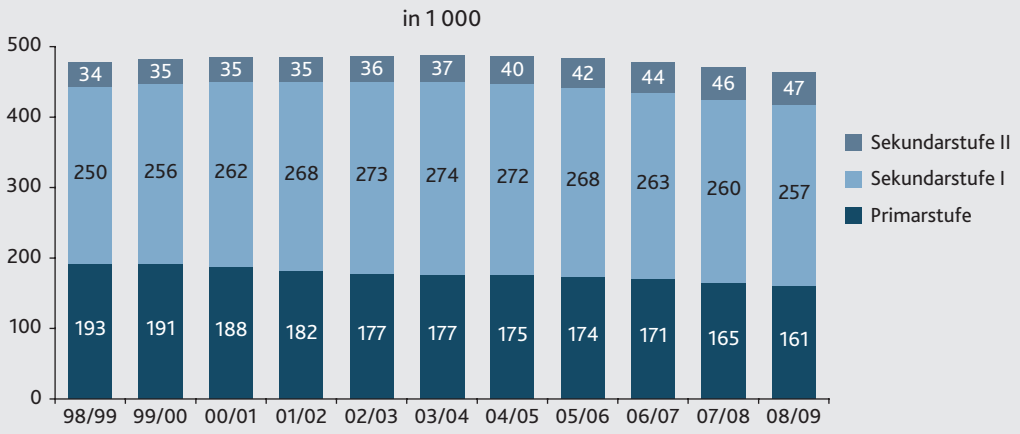
Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

1. keine deutsche Staatsangehörigkeit,
2. nichtdeutsches Geburtsland,
3. nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

1) Darunter 275 Zurückstellungen vom vorherigen Schuljahr.

G 1 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1998/99–2008/09 nach Schulstufen [1)]



1) Ohne Kinder im Elementarbereich und ohne Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, die in entsprechenden Förderklassen unterrichtet werden.

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

Schon bei der Einschulung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Ähnlich wie in den Vorjahren, war der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch (7,4%). Vergleichsweise gering fiel bei diesen Kindern dagegen der Anteil der vorzeitig Eingeschulten (2,8%) aus.

Darüber hinaus wurden, wie auch in der Vergangenheit, Jungen häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult als Mädchen.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

2,4% weniger Grundschüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Gut 97% der Schülerinnen und Schüler besuchen in diesem Bildungsabschnitt eine der 988 Grundschulen. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. Regionalen Schulen geführt. Im Schuljahr 2008/09 gab es 156 294 Grundschülerinnen und -schüler (–2,4%). Gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen hat die Schülerzahl in der Primarstufe der Freien Waldorfschulen. Sie liegt derzeit bei 748 und ist im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl in der Primarstufe sehr gering (0,5%). Nahezu unverändert ist in diesem Schuljahr der Anteil der Kinder im Primarbereich, die eine Förderschule besuchen (2,3%).

Mehr als ein Drittel aller Grundschüler erhielten Gymnasialempfehlung

Fast 37% aller Viertklässler erhalten Gymnasialempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Grundschülerinnen und Grundschüler zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schulwahl. Im Jahr 2008 entfielen fast 30% aller Empfehlungen auf die Hauptschule, 32,5% auf die Realschule und knapp 37% auf das Gymnasium. Diese drei Bildungsgänge können jeweils an unterschiedlichen weiterführenden Schulen besucht werden. Da die Grundschulempfehlung in Rheinland-Pfalz

T 2 Schulanfängerinnen und Schulanfänger 1998–2008 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungsjahr	Insgesamt	Grundschulen							Freie Waldorfschulen	Förderschulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet[1]			
	Anzahl			%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
1998	47 039	45 952	1 539	3,3	41 405	90,1	3 008	6,5	169	918
1999	45 576	44 509	1 720	3,9	39 905	89,7	2 884	6,5	168	899
2000	44 498	43 449	1 650	3,8	38 854	89,4	2 945	6,8	149	900
2001	42 273	41 241	1 822	4,4	36 822	89,3	2 597	6,3	160	872
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009

1) Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3 Schulanfänger an Grundschulen 2008 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	34 825	90,8	16 744	90,7	18 081	90,9	5 499	89,8
Verspätet[1]	1 779	4,6	640	3,5	1 139	5,7	450	7,4
Vorzeitig	1 746	4,6	1 076	5,8	670	3,4	172	2,8
Insgesamt	38 350	100	18 460	100	19 890	100	6 121	100

1) Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

nicht bindend ist, können die Eltern bei der Schulwahl vom Votum der Grundschule abweichen. In diesem Schuljahr wichen jeweils rund ein Fünftel der Eltern von den für Haupt- bzw. Realschulbildungsgänge empfohlenen Kindern von der Grundschulempfehlung ab. Bei Kindern mit Gymnasialempfehlung kam dies relativ selten vor. Insgesamt wechselten im vergangenen Schuljahr 38,9% aller Grundschülerinnen und -schüler auf ein Gymnasium. Noch vor zehn Jahren lag dieser Anteil unter 30%.

Großes Angebot an Schularten in der Sekundarstufe I

Schülerzahl in der Sekundarstufe I um 1,1% gesunken

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. Sie hat die Aufgabe, allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung zu vermitteln. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der 9. Klasse der Hauptschulabschluss und nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse der qualifizierte

T 4 Grundschulempfehlungen und tatsächliche Schulwahl im Jahr 2008

Tatsächliche Schulwahl / Grundschulempfehlung	Insgesamt		Hauptschule		Realschule		Gymnasium		Keine	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hauptschule	4 417	10,8	4 206	34,3	126	0,9	11	0,1	74	25,2
Realschule	9 368	22,8	2 105	17,2	6 836	51,3	427	2,8	-	-
Gymnasium	15 978	38,9	111	0,9	2 672	20,1	13 195	87,1	-	-
Schulartübergreifende Orientierungsstufe	2 396	5,8	379	3,1	1 104	8,3	913	6,0	-	-
Integrierte Gesamtschule	3 133	7,6	1 095	8,9	1 476	11,1	541	3,6	21	7,1
Regionale Schule	4 564	11,1	3 551	28,9	957	7,2	39	0,3	17	5,8
Duale Oberschule	923	2,2	764	6,2	134	1,0	13	0,1	12	4,1
Sonstige	245	0,6	60	0,5	13	0,1	2	0,0	170	57,8
Insgesamt	41 024	100	12 271	100	13 318	100	15 141	100	294	100

T 5 Schüler der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2008/09 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

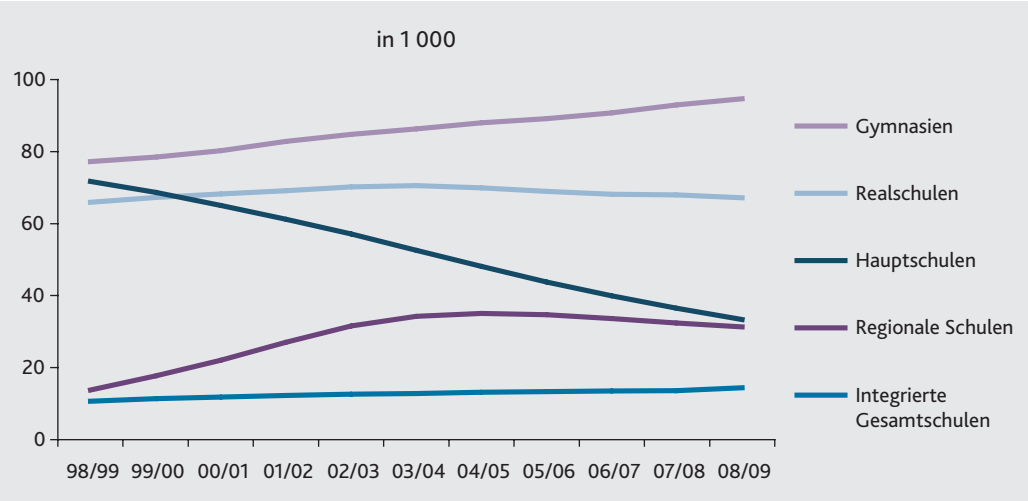
Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasium	15 299	34,4	8 125	37,9	7 174	31,1	954	16,9
Realschule	11 069	24,9	5 454	25,4	5 615	24,3	1 178	20,9
Hauptschule	6 983	15,7	2 984	13,9	3 999	17,3	1 842	32,7
Regionale Schule	5 736	12,9	2 498	11,6	3 238	14,0	908	16,1
Integrierte Gesamtschule	2 330	5,2	1 110	5,2	1 220	5,3	264	4,7
Förderschule	1 632	3,7	595	2,8	1 037	4,5	280	5,0
Duale Oberschule	1 281	2,9	589	2,7	692	3,0	197	3,5
Freie Waldorfschule	179	0,4	89	0,4	90	0,4	6	0,1
Insgesamt	44 509	100	21 444	100	23 065	100	5 629	100

Sekundarabschluss I (früher mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Derzeit besuchen 256 862 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 1,1% weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund liegt bei 11,4%.

In der Vergangenheit war der Sekundarbereich I zahlreichen Strukturänderungen unterworfen, die über die Jahre zu einer sehr starken Ausdifferenzierung der rheinland-pfälzischen Schullandschaft geführt haben. Derzeit kann die Sekundarstufe I an Hauptschulen, Regionalen Schulen, Realschulen, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Dualen Oberschulen und an Freien Waldorfschulen besucht werden. Daneben werden an 141 Förderschulen körperlich, geistig oder seelisch beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Tabelle 5 zeigt die Verteilung der Schülerschaft der 8. Klassenstufe auf die einzelnen Schularten. Deutliche Unterschiede offen-

G 2 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 1998/99–2008/09 nach ausgewählten Schularten



Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

baren sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. So besuchen Kinder mit Migrationshintergrund relativ häufig Hauptschulen und Regionale Schulen, sind aber an Gymnasien unterrepräsentiert. Ähnliche Unterschiede gibt es, wenn auch in geringerem Maße, zwischen männlichen und weiblichen Schülern.

Auch in diesem Schuljahr setzt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fort, nach der die Schülerzahlen an Gymnasien steigen und an Hauptschulen sinken.

Realschule plus

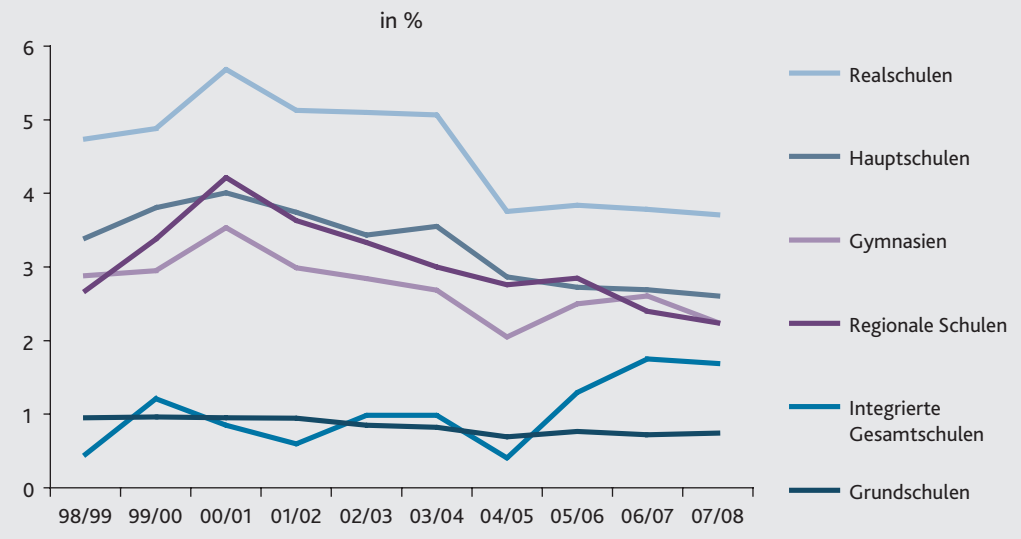
Ab dem Schuljahr 2009/10 stehen erneut einschneidende Veränderungen im Sekundarbereich I an. Bereits im kommenden Schuljahr werden – entsprechend dem am 1. August 2009 in Kraft tretenden Landesgesetz zur Änderung der Schulstruktur – 122 sogenannte Realschulen plus eingerichtet. Diese bieten entweder in kooperativer oder in integrativer Form sowohl den Haupt- als auch den Realschulbildungsgang an. Eigenständige Hauptschulen soll es in Rheinland-Pfalz ab dem Schuljahr 2013/14 nicht mehr geben. Diese Entscheidung ist auch eine Reaktion darauf, dass die Hauptschulen in den vergangenen Jahren stark an Akzeptanz verloren haben. Zudem soll die Schulstrukturreform dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde auch die Möglichkeit geschaffen, einer Realschule plus bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Fachoberschule anzugliedern. Diese führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife.

Ab 2013/14 keine Hauptschulen mehr

Integrierte Gesamtschulen gewinnen an Bedeutung

Der Sekundarbereich II umfasst sowohl allgemeinbildende als auch berufsbildende Bildungsgänge. Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein erfolgreiches Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2008/09 besu-

G 3 Nichtversetztenquote[1)] an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 1998/99–2008/09



1) Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulart.

7,2% besuchen die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule

chen insgesamt 45 769 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe (Mainzer Studienstufe) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule (+2,6%). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei 7,2%. Wie auch in den Vorjahren ist die deutliche Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (56,4%). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,8%.

Zahl der Nichtversetzten in allen Schularten rückläufig

Schon seit Längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens" in der Wissenschaft und der Politik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt aber auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits 1998/99 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren in allen Schularten zu einem deutlichen Rückgang der Nichtversetztenquoten.

Nichtversetzung an Realschulen am häufigsten

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben aber dennoch deutliche Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule das Klassenziel, am seltensten von Nichtversetzungen betroffen sind Grundschüler.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Vergleichsweise häufig sind es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt werden. Die Nichtversetztenquoten liegen hier insbesondere nach der Grundschulzeit deutlich über dem Durchschnitt.

T 6 Nichtversetzte im Schuljahr 2007/08 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrations-hintergrund	
	Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe	1 186	0,7	547	0,7	639	0,8	418	1,7
Sekundarstufe I	6 422	2,5	2 567	2,0	3 855	2,9	1 082	3,6
Sekundarstufe II 2)	1 300	2,8	588	2,3	712	3,5	178	5,7
Insgesamt	8 908	1,9	3 702	1,6	5 206	2,2	1 678	2,9

1) Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulstufe. – 2) Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

T 7 Schulentlasssene an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschluss	Insgesamt		Abgängerinnen		Abgänger		Mit Migrations-hintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss1)	3 342	7,1	1 322	5,7	2 020	8,5	755	13,0
Hauptschulabschluss	11 405	24,4	4 714	20,5	6 691	28,2	2 174	37,5
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 484	39,5	9 348	40,6	9 136	38,5	1 944	33,5
Fachhochschulreife	782	1,7	413	1,8	369	1,6	124	2,1
Allgemeine Hochschulreife	12 731	27,2	7 241	31,4	5 490	23,2	807	13,9
Insgesamt	46 744	100	23 038	100	23 706	100	5 804	100

1) Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Trend zu höheren Abschlüssen hält an, weniger Schüler ohne Abschluss

Gut 27% verlassen die allgemeinbildenden Schule mit Abitur

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I oder mit der allgemeinen Hochschulreife verließen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten 1998 lediglich 21,4% aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2008 schon gut 27%. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um vier Prozentpunkte auf nun 39,5%. Hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er liegt momentan bei 7,1% und damit 2,6 Prozentpunkte unter dem Wert von 1998. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Schulabschluss. Mit 13% ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch, wie bei den übrigen Schülerinnen und Schülern.

Rund 7% verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gestiegen

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 132 833 Schülerinnen und Schü-

T 8 Schüler an berufsbildenen Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulform	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschule ohne Berufsvorbereitungsjahr 1)	82 812	2,4	32 003	38,6	50 809	61,4	11 080	13,4
Berufsvorbereitungsjahr	3 059	-8,2	1 160	37,9	1 899	62,1	679	22,2
Berufsfachschule	24 986	-3,3	13 134	52,6	11 852	47,4	4 775	19,1
Fachschule	10 520	2,7	5 990	56,9	4 530	43,1	1 208	11,5
Berufsoberschule I	1 720	2,8	569	33,1	1 151	66,9	206	12,0
Berufsoberschule II	746	2,5	424	56,8	322	43,2	78	10,5
Duale Berufsoberschule	2 108	17,8	836	39,7	1 272	60,3	278	13,2
Berufliches Gymnasium	6 882	8,0	3 226	46,9	3 656	53,1	1 222	17,8
Insgesamt	132 833	1,5	57 342	43,2	75 491	56,8	19 526	14,7

1) Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (279 im laufenden Schuljahr).

lern eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (+1,5). Die Mehrheit von ihnen (62,3%) besucht im Rahmen der dualen Berufsausbildung eine Berufsschule.

Frauenanteil an berufsbildenden Schulen 43,2%

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 43,2%.

Deutliche Unterschiede bei der Berufswahl von Frauen und Männern

Besonders gering sind die Frauenanteile in der Berufsoberschule I (33,1%) und im Berufsvorbereitungsjahr (37,9%). Dies liegt u. a. daran, dass Frauen schon die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit einem höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss verlassen als Männer. Die relativ hohen Frauenanteile an Fachschulen (56,9%) und an Berufsfachschulen (52,6%) gehen vor allem auf die dort angebotenen Bildungsgänge im sozialen Bereich zurück.

In der Wahl ihrer Ausbildungsberufe unterscheiden sich junge Frauen und Männer auch in diesem Jahr deutlich. Der häufigste Ausbildungsberuf bei Berufsschülerinnen ist, wie auch im letzten Jahr, der der Bürokauffrau. Die meisten männlichen Berufsschüler werden in diesem Jahr zum Elektroniker ausgebildet. Im letzten Jahr stand bei ihnen noch der Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers an erster Stelle.

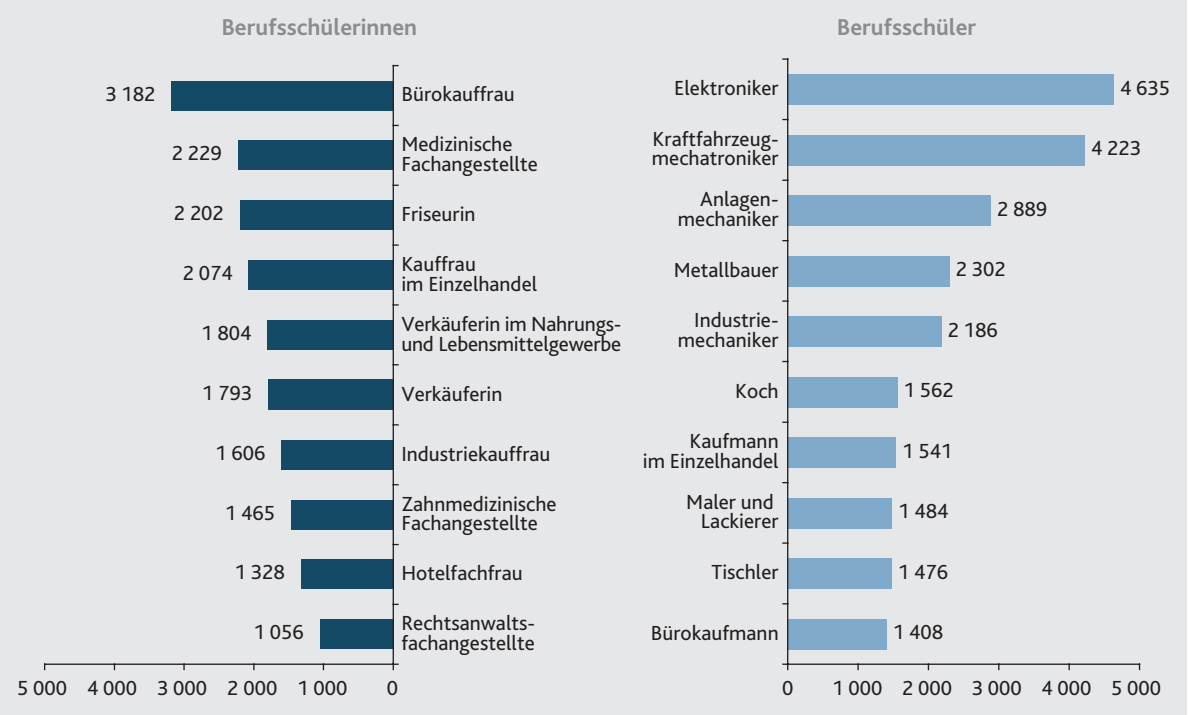
Berufsbildende Schulen wichtig auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinen Bildungsabschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2008 verließen 56 302

Hinweis

Ausführlichere Informationen zur Wahl der Ausbildungsberufe finden Sie in diesem Heft in der Rubrik „kurz + aktuell" ab Seite 322.

G 4 Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschülern im Schuljahr 2008/09 nach Geschlecht

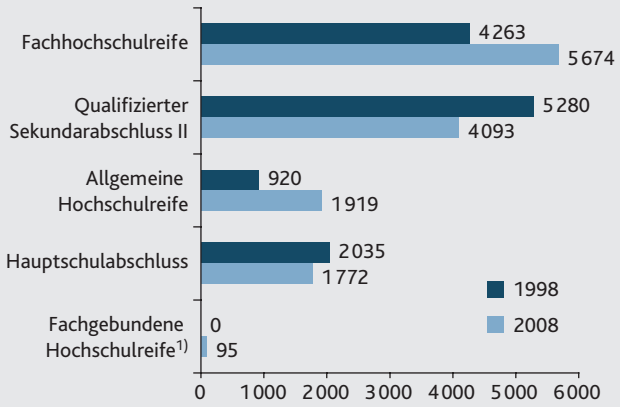


Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 553 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem Berufsabschluss.

Studienberechtigtenquote auf 43,8% gestiegen

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (36,3%). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2008 eine Studienberechtigtenquote von 43,8%. Vor zehn Jahren lag dieser Wert erst bei 33,4%.

G 5 An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 1998 und 2008



1) Wird seit dem Schuljahr 2005/06 an der Berufsoberschule II angeboten.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die Fachhochschulreife, die fachbezogene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf einen Durchschnittsjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen bezogen.

Fast jede zweite Lehrkraft älter als 50 Jahre

An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 34 546 hauptamtliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in „Vollzeit" (57,9%). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (67,9%). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (87,4%). Etwas ausgeglichener ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 52,1%). Neben einer im Zeitvergleich fortschreitenden Feminisierung ist auch eine zunehmende Alterung des Lehrpersonals festzustellen. Mittlerweile sind 44,6% der hauptamtlich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre und älter.

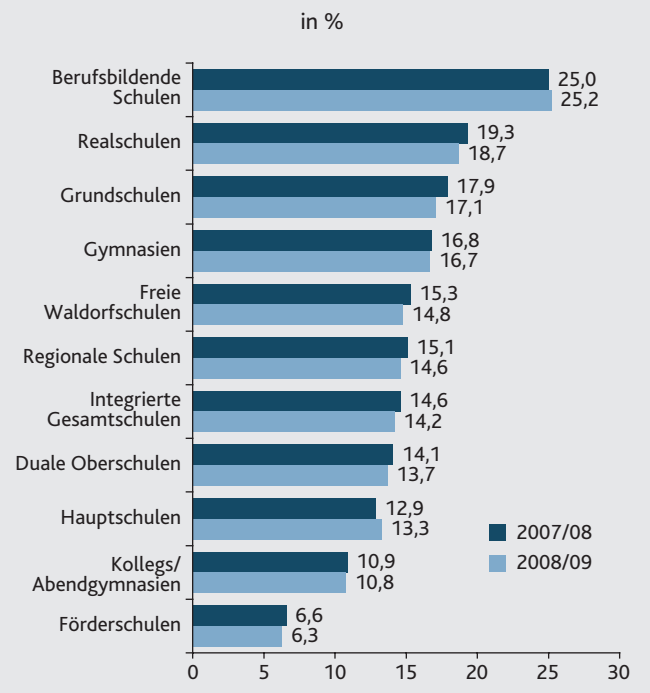
In den nächsten 10 bis 15 Jahren geht fast die Hälfte der Lehrkräfte in den Ruhestand

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 706 hauptamtlichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (58,6%). Auch Vollzeitbeschäftigte sind an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 66,7% deutlich stärker vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei noch etwas ungünstiger als an den allgemeinbildenden Schulen aus. So liegt der Anteil der 50 Jahre und älteren hauptamtlichen Lehrerinnen und Lehrer bei 48,8%. D. h., in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird fast die Hälfte der Lehrkräfte in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an Grundschulen günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülern zu Lehrern an den verschiedenen Schularten unterschiedlich entwickelt. So kommen an den berufsbildenden Schulen derzeit 25,2 Schülerinnen und Schüler auf eine sogenannte „Vollzeitlehrereinheit" (+0,2). Im allgemeinbildenden Bereich wiesen Grundschulen mit 17,1 und Realschulen mit 18,7 Schülern je Lehrkraft deutlich günstigere Betreuungsrelationen als im Vorjahr auf. An Hauptschulen verschlechterte sich die Betreuungsrelation gegenüber dem Vorjahr von 12,9 auf 13,3 Schüler je Lehrkraft.

G 6 Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 nach ausgewählten Schularten



Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Vollzeit- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

Die Höhe der Schüler-Lehrer-Relationen wird im Wesentlichen durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen traditionell sehr hoch liegt.

Fazit

Auch in diesem Jahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang an allgemeinbildenden Schulen fort. Betroffen sind vor allem die Primarstufe und die Sekundarstufe I. Gegenläufig ist die Entwicklung an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen. Diese profitieren von dem fortwährenden Trend zu höheren Schulabschlüssen und verzeichnen steigende Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Einen leichten Schülerzuwachs verzeichnen in diesem Schuljahr die berufsbildenden Schulen. Diese leisten neben der beruflichen Qualifizierung auch einen wichtigen Beitrag bei der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. So wurden im vergangenen Jahr mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen an berufsbildenden Schulen erlangt.

Bettina Link, Diplom Soziologin, Mag. rer. publ., ist Referentin im Referat Bildung.

Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten 2008

Fast jede siebte Übernachtung in Privatzimmer oder Kleinbetrieb mit weniger als neun Betten

Von Rainer Klein

Im Jahr 2008 verbuchten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe mit 7,8 Mill. Gästen einen neuen Rekord. Die Zahl der Übernachtungen erreichte mit 21,7 Mill. den dritthöchsten Wert aller Zeiten.

In Rheinland-Pfalz kommt den Kleinbeherbergungsstätten, d. h. Betriebe mit weniger als neun Betten, in Bezug auf die Zahl der Übernachtungen eine hohe Bedeutung zu. Regional ist der Anteil der Kleinbeherbergungsstätten jedoch sehr unterschiedlich. Während ihr Anteil an den gesamten Übernachtungen in Rheinland-Pfalz fast 15% betrug, belief er sich beispielsweise in der Tourismusregion Mosel-Saar auf über 30%.

Im Jahr 2008 so viele Gäste wie noch nie

7,8 Mill. Gäste

Reisen nach Rheinland-Pfalz werden immer beliebter. Die Tourismusbranche verzeichnete im Jahr 2008 mit fast 7,8 Mill. Gästen einen neuen Höchststand; das waren 1,3% mehr als im bisherigen Rekordjahr 2007. Die Zahl der Übernachtungen stieg auf fast 21,7 Mill. (+1,7%). Dieser Werte war bislang nur in den Jahren 2000 und 2001 noch höher.

Von der gestiegenen Nachfrage profitierten jedoch nicht alle Anbieter. Weit überdurchschnittliche Übernachtungszuwächse gab es bei Ferienzentren (2,2 Mill., +16%) und Hotels garnis (1,1 Mill., +6,4%). Auch in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, Pensionen sowie in Kleinbeherbergungsstätten mit weniger als neun Fremdenbetten wurden mehr Übernachtungen gezählt.

Privatquartiere und Kleinbetriebe von hoher Bedeutung

Kleinbeherbergungsstätten: weniger als neun Betten

In Rheinland-Pfalz werden nach landesrechtlichen Bestimmungen monatlich Daten der Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetriebe mit jeweils weniger als neun Fremdenbetten erfragt. Diese Befragung erfolgt zusätzlich zu der bundeseinheitlichen Fremdenverkehrsstatistik. In diesem Beitrag wird für die Privatquartiere und Kleinbetriebe auch der Begriff „Kleinbeherbergungsstätten" verwendet. Ihre Bedeutung ist bei regionaler Betrachtung sehr unterschiedlich. Bei der monatlichen Datenermittlung werden nur die Einheiten berücksichtigt, die sich in einer der 643 Fremdenverkehrsgemeinden des Landes befinden, die bereits im Jahr 1980 dem Berichtskreis der Tourismusstatistik angehörten und für die der Tourismus wirtschaftlich eine bedeutende Rolle spielt.

T 1 Tourismus 2008 nach Betriebsgrößenklassen

Betriebs-größenklasse	Betten	Gäste	Über-nachtungen
1 bis 8 Betten	38 162	829 023	3 195 853
9 und mehr Betten	153 458	6 926 215	18 449 827
Insgesamt	191 620	7 755 238	21 645 680

Auskunftspflichtig sind die privaten Vermieter von Beherbergungsraum sowie die Inhaber oder Leiter der gewerblichen Beherbergungsstätten. Ermittelt werden das Bettenangebot sowie die Gäste- und Übernachtungszahlen. Bei Besuchern mit ständigem Wohnsitz bzw. gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb Deutschlands wird auch das Herkunftsland erfragt. Die Befragung erfolgt mithilfe der örtlichen Kommunalverwaltungen, die nach dem Landesstatistikgesetz als Erhebungsstellen in den Berichtsweg eingeschaltet sind.

Fast jede siebte Übernachtung in einer Kleinbeherbergungsstätte

38 200 Betten

Von den rheinland-pfälzischen Privatzimmervermietern bzw. gewerblichen Kleinbetrieben wurden im Jahr 2008 rund 38 200 Betten zur Verfügung gestellt. Damit lag ihr Anteil am gesamten Bettenpotenzial der Tourismusbranche bei rund 20%.

Bettenangebot ausgeweitet

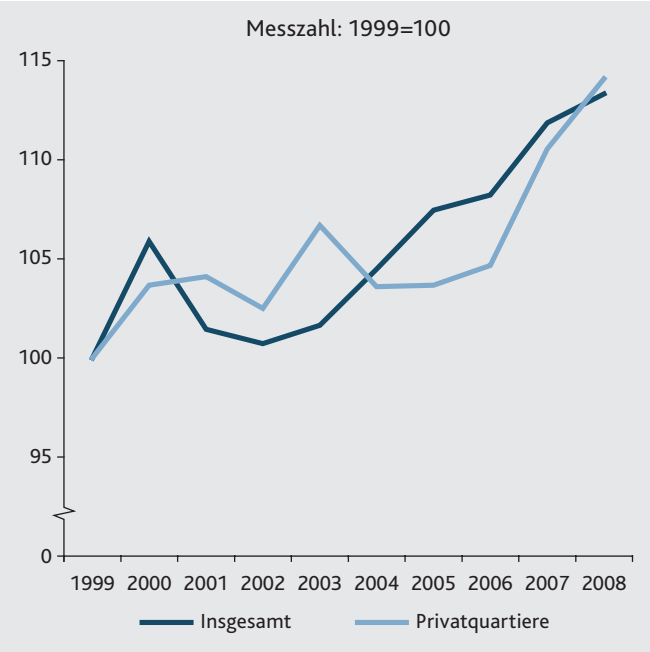
Von der positiven Entwicklung in der Tourismusbranche profitierten auch die Kleinbeherbungsbetriebe. Bei der Bettenkapazität zeichnete sich vor allem im Jahr 2008 eine spürbare Ausweitung gegenüber den Vorjahren ab. Auf der anderen Seite fiel die Aufwärtsentwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen in den letzten zehn Jahren unterschiedlich aus. Seit 1999 steht ein Gästeplus von 14,1% einem Übernachtungsplus von lediglich 0,7% gegenüber. Die Zahl der Gäste lag 2008 bei 829 023

T 2 Tourismus 2008 nach Betriebsarten

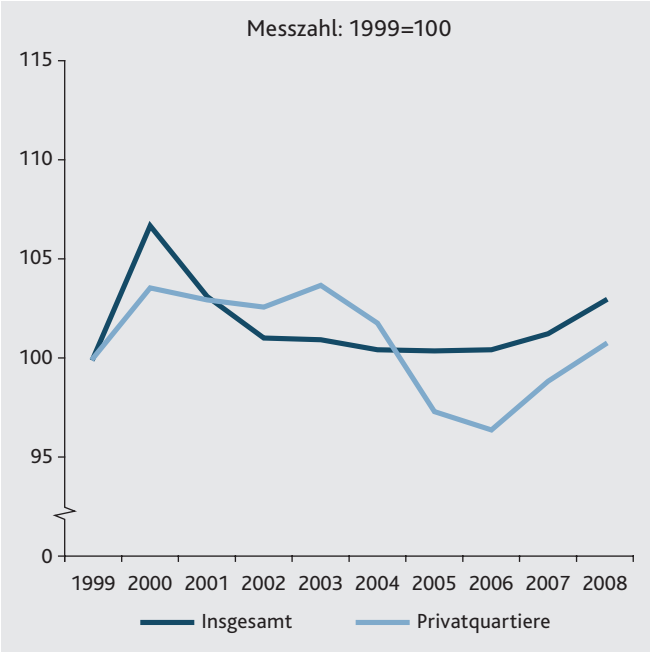
Betriebsart	Betriebe	Betten	Gäste	Über-nachtungen	Aufenthalts-dauer	Betten-auslastung
	Anzahl				Tage	%
Hotels	1 386	71 448	4 092 831	8 141 946	2,0	31,2
Hotels garnis	299	9 403	540 548	1 073 187	2,0	31,3
Gasthöfe	560	10 697	283 229	687 458	2,4	17,6
Pensionen	630	11 146	298 674	885 218	3,0	21,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	49	7 640	95 516	2 202 587	23,1	79,0
Erholungs-, Ferienheime, Boardinghouses	154	11 320	460 096	1 338 142	2,9	32,4
Ferienzentren	15	14 272	458 716	2 200 329	4,8	42,2
Ferienhäuser	383	9 232	162 795	725 831	4,5	21,5
Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen	106	8 300	533 810	1 195 129	2,2	39,4
Privatquartiere[1)]		38 162	829 023	3 195 853	3,9	22,9
Insgesamt	3582[2)]	191 620	7 755 238	21 645 680	2,8	30,9

1) Einschließlich gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten. – 2) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten.

G 1 Gäste 1999–2008



G 2 Übernachtungen 1999–2008



(+3,2% gegenüber dem Vorjahr). Das Übernachtungsaufkommen lag bei rund 3,2 Mill. (+1,9%).

Fast jede siebte Übernachtung in Rheinland-Pfalz wurde damit in einem Privatquartier oder gewerblichen Kleinbetrieb registriert. Dies unterstreicht die Bedeutung kleinerer Beherbergungseinrichtungen im Land, stellt doch gerade das Angebot von Fremdenbetten neben Weinbau oder Landwirtschaft in einigen Regionen eine bedeutende Erwerbsquelle dar. Regional ist die Bedeutung jedoch sehr unterschiedlich: Während der Anteil der Übernachtungen in diesen Kleinbeherbergungsstätten landesweit bei knapp 15% liegt, beläuft er sich in der Tourismusregion Mosel-Saar sogar auf gut 30%.

Überdurchschnittliche Verweildauer der Gäste

Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste in Kleinbeherbergungsstätten lag mit 3,9 Tagen deutlich über dem Gesamtdurchschnitt von 2,8 Tagen. Noch länger blieben die Gäste in Ferienhäusern und -wohnungen (4,5 Tage) sowie in Ferienzentren (4,8 Tage). In den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken blieben die Besucher naturgemäß am längsten (23 Tage).

Niedrige Bettenauslastung

Offenbar schöpfen die Privatzimmeranbieter und Inhaber von gewerblichen Kleinbetrieben ihre Möglichkeiten noch nicht voll aus. Mit einem Bettenauslastungsgrad von lediglich 22,9% rangierten sie – vor den Gasthöfen (17,6%), Ferienhäusern und -wohnungen (21,5%) sowie den Pensionen (21,8%) – an viertletzter Stelle. Sie befanden sich damit 8 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller Betriebsarten (30,9%).

Kleinbeherbergungsstätten besonders bei ausländischen Besuchern beliebt

Bei den Gästen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland stieg die Nachfrage nach Urlaub in Privatquartieren bzw. gewerblichen Kleinbetrieben deutlich. Hier kam 2008 fast jeder fünfte Gast aus dem Ausland. Während die Zahl der inländischen Besucher (667 800) in den vergangenen zehn Jahren um 7,2% gesteigert

T 3 Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten 1998–2008

Jahr	Betten	Gäste		Übernachtungen		Aufenthalts-dauer	Betten-auslastung
		insgesamt	Ausland	insgesamt	Ausland		
	Anzahl					Tage	%
1998	36 379	700 485	97 642	3 121 544	441 079	4,5	23,5
1999	36 389	726 634	103 884	3 173 659	456 091	4,4	23,9
2000	36 781	753 267	117 103	3 286 116	513 767	4,4	24,5
2001	36 783	756 442	117 935	3 266 707	499 718	4,3	24,3
2002	36 406	744 837	122 240	3 255 446	505 032	4,4	24,5
2003	35 350	775 259	124 390	3 290 056	508 003	4,2	25,5
2004	36 043	752 729	118 071	3 229 540	480 222	4,3	24,5
2005	36 981	753 285	120 124	3 087 956	476 163	4,1	22,9
2006	36 423	760 556	135 075	3 058 668	512 666	4,0	23,0
2007	36 444	803 247	153 312	3 136 605	546 911	3,9	23,6
2008	38 162	829 023	161 252	3 195 853	552 127	3,9	22,9

werden konnte, wuchs die Zahl der Auslandsgäste um 55,2% auf 161 3002. Dagegen sank die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste in Kleinbeherbergungsstätten seit 1999 sogar um 2,7%; Übernachtungen ausländischer Touristen erreichten 2008 mit einem Plus von 21,1% seit 1999 einen neuen Rekordwert.

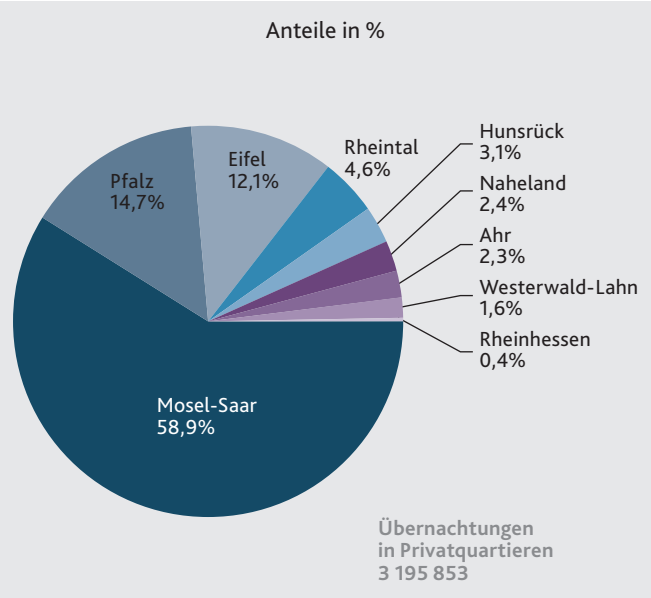
Den größten Anteil an den Ausländerübernachtungen in Kleinbeherbergungsstätten stellten 2008 die Niederländerinnen und Niederländer mit 43,9% (242 300 Übernachtungen), gefolgt von den Belgierinnen und Belgiern mit 28,7% (158 500 Übernachtungen). Dabei stiegen die Übernachtungen der Niederländerinnen und Niederländer um 2,4%, während die Übernachtungsziffern der Belgierinnen und Belgiern gegenüber dem Vorjahr um 6,8% zurückgingen. Die Gäste aus Großbritannien buchten 37 400 Übernachtungen (+14,4%) in Privatquartieren und Kleinbetrieben. Ein Plus in Höhe von 3,8% wurde bei Übernachtungen von Gästen aus den USA registriert, deren Übernachtungsaufkommen auf 11 600 wuchs.

Mosel-Saar beliebte Ferienregion

Die Bedeutung der Kleinbeherbergungsstätten ist für die neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen sehr unterschiedlich. Über einen starken Zuspruch erfreuten sich die Orte an Mosel und Saar, in denen traditionell die meisten Fremdenbetten von Privatzimmervermietern und gewerblichen Kleinbetrieben angeboten werden. Im Jahr 2008 wurden hier 524 500 Gäste und fast 1,9 Mill. Übernachtungen verbucht. Damit entfielen gut 63% der Gästeankünfte und fast 59% der Übernachtungen in den kleinen Quartieren auf diese Tourismusregion.

Mit Abstand folgten die Regionen Pfalz (Gäste: 93 100; Übernachtungen: 469 600), Eifel (88 700; 385 500) und Rheintal (37 800; 146 900). Im Hunsrück wurden 20 800 Gäste und 97 600 Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben gezählt. Die Tourismusregionen Naheland (Gäste: 21 700; Übernachtungen: 77 500), Ahr (28 000; 72 600), Westerwald-Lahn (10 000; 52 000) und Rheinhessen (4 500; 12 000) folgten auf den Plätzen.

G 3 Übernachtungen in Privatquartieren 2008 nach Tourismusregionen



Bernkastel-Kues und Kröv als Gästemagnet

In Rheinland-Pfalz meldeten vier Städte und Gemeinden im Jahr 2008 mehr als 100 000 Übernachtungen in Kleinbeherbergungsstätten. Diese Orte befanden sich sämtlich in der Tourismusregion Mosel-Saar. Das erfreuliche Fremdenverkehrsergebnis in dieser Region ist insbesondere auf die touristische Attraktivität der Stadt Bernkastel-Kues und der Weinbaugemeinde Kröv zurückzuführen. Mit mehr als 244 000 bzw. 243 000 Übernachtungen in Bernkastel-Kues und Kröv wurde in diesen beiden Orten ein Viertel (fast 26%) aller Privatzimmer- und Kleinbetriebsübernachtungen der gesamten Region gemeldet. Dabei werden in Kröv, einem Erholungsort mit knapp 2 300 Einwohnern, rund 3 300 Fremdenbetten angeboten. Mehr als die Hälfte (56%, 1 850 Fremdenbetten) davon entfiel auf Kleinbeherbergungsstätten, in denen im vergangenen Jahr auch weit mehr als die Hälfte (56%) aller Fremdenübernachtungen gezählt wurden.

Bettenauslastung in Privatzimmern und bei Kleinbetrieben an Mosel und Saar bei 27%

Die Privatzimmervermieter und Kleinbetriebe an Mosel und Saar stellen zwar ein großes Kontingent an Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung, dieses Angebot wurde jedoch nur zu knapp 27% ausgenutzt. Die Bettenauslastung lag damit aber noch um fast 4 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von rund 23%. In der Region Hunsrück war die Bettenauslastung mit 28,5% am höchsten. Deutlich unterdurchschnittlich war die Bettenbelegung in den Kleinbeherbergungsstätten der Tourismusregionen Naheland (knapp 14%) und

T 4 Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten 2007 und 2008 nach Tourismusregionen

Tourismusregion	Betten		Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer		Bettenauslastung	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
	Anzahl						Tage		%	
Ahr	1 104	1 203	22 780	28 038	55 738	72 646	2,4	2,6	13,8	16,5
Eifel	4 354	4 418	90 045	88 651	393 184	385 458	4,4	4,3	24,7	23,9
Hunsrück	910	939	19 174	20 767	91 149	97 633	4,8	4,7	27,4	28,5
Mosel-Saar	18 249	19 420	508 866	524 536	1 853 178	1 882 144	3,6	3,6	27,8	26,6
Naheland	1 482	1 557	21 670	21 718	85 583	77 507	3,9	3,6	15,8	13,6
Pfalz	6 773	6 741	90 759	93 105	457 242	469 565	5,0	5,0	18,5	19,1
Rheinhessen	398	525	1 909	4 463	4 928	11 951	2,6	2,7	3,4	6,2
Rheintal	2 085	2 180	37 307	37 795	140 832	146 933	3,8	3,9	18,5	18,5
Westerwald-Lahn	1 089	1 179	10 737	9 950	54 771	52 016	5,1	5,2	13,8	12,1
Insgesamt	36 444	38 162	803 247	829 023	3 136 605	3 195 853	3,9	3,9	23,6	22,9

T 5 **Tourismus in Kleinbeherbergungsstätten 2008 nach ausgewählten Städten und Gemeinden**

Stadt Gemeinde	Betten	Gäste	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer	Bettenauslastung
	Anzahl			Tage	%
Bernkastel-Kues	1 200	81 633	244 102	3,0	55,7
Kröv	1 850	46 557	243 041	5,2	36,0
Zell (Mosel)	1 002	36 329	126 840	3,5	34,7
Cochem	693	45 410	109 845	2,4	43,4
Reil	920	18 991	93 121	4,9	27,7
Kinheim	580	12 247	70 191	5,7	33,2
Trittenheim	756	15 801	60 030	3,8	21,8
Neumagen-Dhron	265	16 383	50 838	3,1	52,6
Pünderich	300	13 882	48 447	3,5	44,2
Neustadt a.d.Weinstraße	595	10 645	47 868	4,5	22,0
Zeltingen-Rachtig	457	17 780	47 670	2,7	28,6
Bad Neuenahr-Ahrweiler	672	18 933	47 307	2,5	19,3
Deidesheim	153	4 108	43 799	10,7	78,4
Ürzig	280	9 095	38 550	4,2	37,7
Dahn	208	6 361	37 936	6,0	50,0
Bullay	319	11 429	36 411	3,2	31,3
Treis-Karden	250	11 952	36 101	3,0	39,6
Alf	212	9 592	35 215	3,7	45,5
Piesport	365	7 965	34 360	4,3	25,8
Bollendorf	191	6 536	33 891	5,2	48,6
Remagen	135	5 318	32 761	6,2	66,5
Oberwesel	272	10 434	32 350	3,1	32,6
Manderscheid	270	5 901	31 897	5,4	32,4
Mayen	499	9 664	30 394	3,1	16,7

Westerwald-Lahn (12%). In Rheinhessen kamen die Privatquartiere und Kleinbetriebe nur auf eine Auslastung von gut 6%.

Einen ebenfalls erheblichen Beitrag zu dem günstigen Ergebnis der Privatquartiere und Kleinbetriebe in der Moselregion leisteten die Städte Zell und Cochem mit rund 126 800 bzw. 109 800 Übernachtungen. In Zell entfielen dabei gut drei Viertel (76%) des gesamten Übernachtungsaufkommens auf die Kleinbetriebe und Privatquartiere, die insgesamt etwa 1 000 Betten zur Verfügung stellten. In Cochem lag der Anteil der Übernachtungen in Kleinbeherbergungsstätten an allen Übernachtungen des Jahres 2008 bei 29,5%.

Weitere vier rheinland-pfälzische Orte verzeichneten mehr als 50 000, aber weniger als 100 000 Übernachtungen in Kleinbeherbergungsstätten. Hierzu gehörte mit gut 93 100 Übernachtungen der Fremdenverkehrsort Reil, gefolgt von den Moselgemeinden Kinheim, Trittenheim und Neumagen-Dhron.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Unternehmensstatistiken.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklimaindex im April gestiegen

Geschäftsklima hat sich im April verbessert

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich im April beträchtlich verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg von 82,2 auf 83,7 Punkte, nachdem er zuvor zweimal in Folge gesunken war. Dies nährt die Hoffnung, dass der Konjunkturabschwung die Talsohle erreicht hat.

Deutlich günstigere Einschätzung der Geschäftsaussichten

Der Anstieg des Geschäftsklimaindex wurde sowohl von einer verbesserten Lagebeurteilung als auch von günstigeren Geschäftserwartungen getragen. Der Lageindex erhöhte sich im April von 82,7 auf 83,6 Punkte. Das war der erste Anstieg seit Oktober 2008. Der Erwartungsindex kletterte im April von 81,6 auf 83,9 Punkte. Er stieg damit zum vierten Mal in Folge. Seit Dezember haben sich die mittelfristigen Aussichten – nach Einschätzung der Unternehmen – also erheblich verbessert.

Verbessertes Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe ist die Lagebeurteilung nur wenig besser ausgefallen als im März. Wesentlich günstiger zeigten sich jedoch die Geschäftserwartungen der Unternehmen, sodass sich das Geschäftsklima in der Industrie deutlich verbesserte.

Schlechtere Stimmung im Baugewerbe

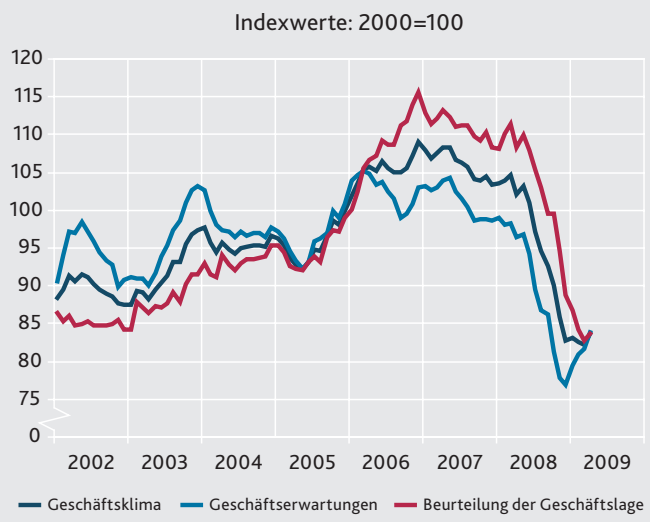
Im Baugewerbe war die Stimmung gegenüber dem Vormonat dagegen gedrückter. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer fielen ungünstiger aus.

Bessere Stimmung im Handel

Im Handel war die Stimmung besser als im März. Während sich bei den Großhändlern die Lagebeurteilung und die Erwartungen aufgehellt haben, verbesserte sich im Einzelhandel nur die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage. Die Geschäftserwartungen der Einzelhändler fielen ungünstiger aus als im Vormonat.

Stand: April 2009

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft[1)]



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter deutlich rückläufig

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Berichtsmonat Februar um 52% gesunken

In der rheinland-pfälzischen Industrie sind die Auftragseingänge seit April 2008 rückläufig. Besonders kräftige Orderrückgänge gab es infolge der weltweiten Wirtschaftskrise in den Berichtsmonaten November und Dezember 2008. Dieser Abwärtstrend setzte sich auch zum Jahresbeginn 2009 fort. Der ungeglättete Monatswert für den Berichtsmonat Februar lag um 52%

unter dem Wert für den Februar des Vorjahres. Die sonst verwendeten Veränderungsraten der gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte können wegen der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik derzeit nicht berechnet werden.

Auslandsaufträge sinken deutlich stärker als Inlandsaufträge

Seit Juni 2008 nimmt im verarbeitenden Gewerbe die Abwärtsdynamik sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandsaufträgen zu. Die Bestellungen aus dem Ausland verringerten sich dabei wesentlich schneller als die aus dem Inland. Diese Entwicklung hat sich im Berichtsmonat Februar 2009 fortgesetzt: Während die heimische Nachfrage um 43% zurückging, sank das Ordervolumen aus dem Ausland sogar um 58%.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 53%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen" (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) verminderten sich die Auftragseingänge im Februar 2009 gegenüber dem Februar des Vorjahres um 53%. Im September 2008 war es in diesem Bereich (im Drei-Monats-Durchschnitt) erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen. Die aktuelle Entwicklung wird von Auftragsrückgängen sowohl aus dem Inland (–49%) als auch aus dem Ausland (–55%) verursacht.

Fahrzeugbau: Weiterhin sehr kräftiger Rückgang der Auftragseingänge

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen", der etwa 17% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, gab es im Februar 2009 mit einem Minus von 80% einen weiteren sehr deutlichen Rückgang der Auftragseingänge. Die Ordervolumen sinken in diesem Bereich seit Februar 2008, und zwar von Monat zu Monat stärker. Im Berichtsmonat Februar 2009 verringerte sich die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion um 64%. Die Auslandsnachfrage blieb sogar um 90% hinter dem Vorjahreswert zurück.

Auftragseingänge im Maschinenbau sinken um 49%

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) sanken die Bestellungen im Berichtsmonat Februar 2009 im Vergleich zum Februar des Vorjahres um 49%. Bereits in den letzten drei Berichtsmonaten war es zu einer Halbierung der Auftragseingänge im Vorjahresvergleich gekommen. Die heimische Nachfrage ist im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 40% gesunken. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings in erster Linie durch den weiterhin sehr kräftigen Einbruch bei den Auslandsaufträgen bestimmt (–55%).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe kräftig gestiegen – Zahl der Baugenehmigungen erneut gesunken

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 16%

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Berichtsmonat Februar 2009 gegenüber Februar 2008 um 16% gestiegen. Dies ist die Änderungsrate des ungeglätteten Monatswertes, weil sich auch für diesen Bereich wegen der Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik derzeit keine Änderungsraten der gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte ermitteln lassen. Besonders kräftig legte der öffentliche Hochbau zu. Dies dürfte neben saisonalen Effekten auch auf die Konjunkturpakete zurückzuführen sein. Im Berichtsmonat Januar war es noch zu einem Auftragsrückgang um 5,2% gekommen.

Weniger Baugenehmigungen

Die Baugenehmigungen im Wohnungsbau gingen im Januar 2009 um 20% zurück.

Umsatzrückgänge im Handel sowie im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel weiter gesunken

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Berichtsmonat Februar 2009 einen realen Rückgang um 4,7% gegenüber Februar 2008 auf (Veränderung der ungeglätteten Monatsumsätze). Im Berichtsmonat Januar hatte es im Vorjahresvergleich ein leichtes Minus von 0,6% gegeben.

Umsatzrückgang im Kfz-Handel leicht abgeschwächt

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel gingen im Berichtsmonat Februar 2009 gegenüber Februar 2008 real um 4,3% zurück (Veränderung der ungeglätteten Monatsumsätze). Damit scheint die „Abwrackprämie" für Altautos, die Mitte Januar eingeführt wurde, bereits Wirkung zu zeigen. Im Berichtsmonat Januar waren die Umsätze im Vorjahresvergleich noch um 12% gesunken.

Stark sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Berichtsmonat Februar 2009 gegenüber Februar 2008 real um 12% (Veränderung der ungeglätteten Monatsumsätze). Im Berichtsmonat Januar war es im Vorjahresvergleich zu einem Umsatzminus von 6,3% gekommen.

Weiterhin kräftige Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Berichtsmonat Februar 2009 preisbereinigt um 8,1% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der ungeglätteten Monatsumsätze). Im Berichtsmonat Januar waren die Umsätze im Vorjahresvergleich um 7,1% gesunken.

Jahresteuerungsrate im April bei 0,4%

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex blieb im April 2009 im Vergleich zum Vormonat unverändert. Gegenüber dem April des Vorjahres ist er lediglich um 0,4% gestiegen. Noch niedriger fiel der Anstieg der Teuerungsrate zuletzt mit +0,2% im März 2009 aus. Zu der deutlichen Preisdämpfung trugen insbesondere wieder die im Vorjahresvergleich kräftig gesunkenen Kraftstoff- (–14%) und Heizölpreise (–36%) bei.

Anstieg des Verbraucherpreisindex durch sinkende Kraftstoff- und Heizölpreise weiterhin abgeschwächt

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im April 2009 u. a. in den Indexhauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (+3,8%), „Bekleidung und Schuhe" (+2,4%) sowie „Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung" (+1,9%).

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (–1%), „Verkehr" (–2,5%) sowie „Nachrichtenübermittlung" (–2,7%) niedriger als im April 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen" (–15%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die – im September 2008 begonnene – schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosigkeit im April weiter gestiegen

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

Auch im April ist die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen. Die Wirtschaftskrise hat den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt erreicht. Insgesamt waren im April 2009 in Rheinland-Pfalz 134 900 Frauen und Männer arbeitslos. Im Vergleich zum Vormonat gab es damit gut 600 Arbeitsuchende mehr (+0,5%). Dieser Anstieg scheint auf den ersten Blick gering. Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit hat jedoch ausgerechnet, dass in den vergangenen zehn Jahren die Arbeitslosenzahl im Monat April um durchschnittlich 5 600 gesunken ist. Gegenüber April 2008 war die Zahl der Arbeitslosen um 15 400 höher (+12,9%).

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im April 2009 auf 6,5%. Sie blieb im Vergleich zum Vormonat konstant. Im Vergleich zum April des Vorjahres ist sie aber um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.

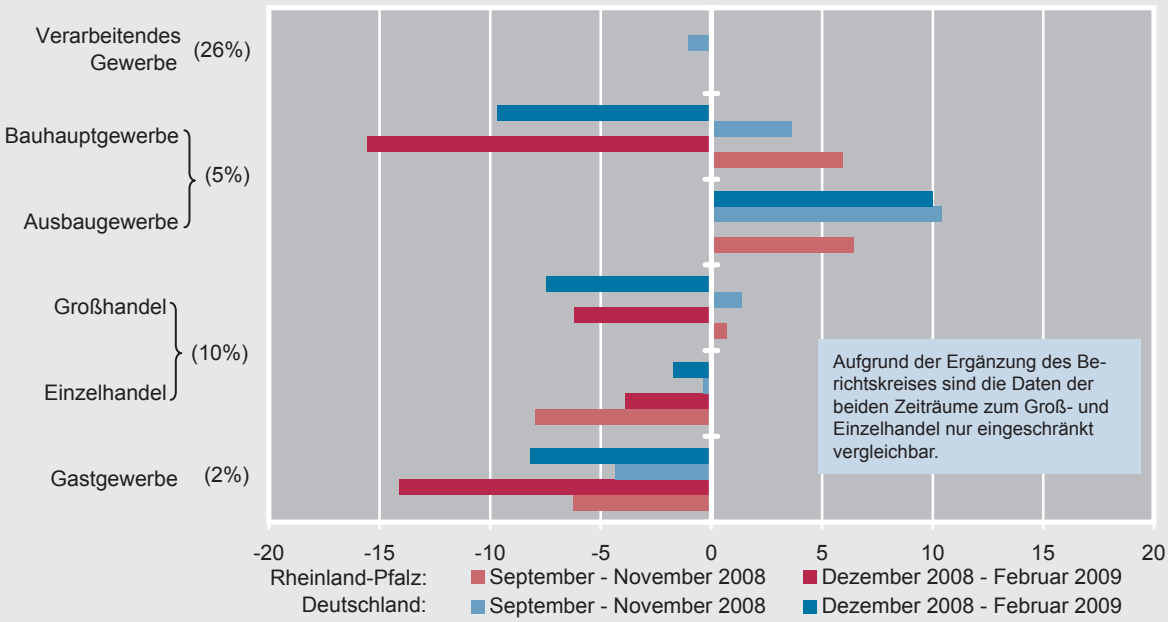
Es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten weiter anziehen wird. Zurzeit bemühen sich viele Unternehmen noch darum, Entlassungen zu vermeiden und die Produktions- und Umsatzrückgänge mit Kurzarbeit aufzufangen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
– Preisbereinigt –
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1)]
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2)3)] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

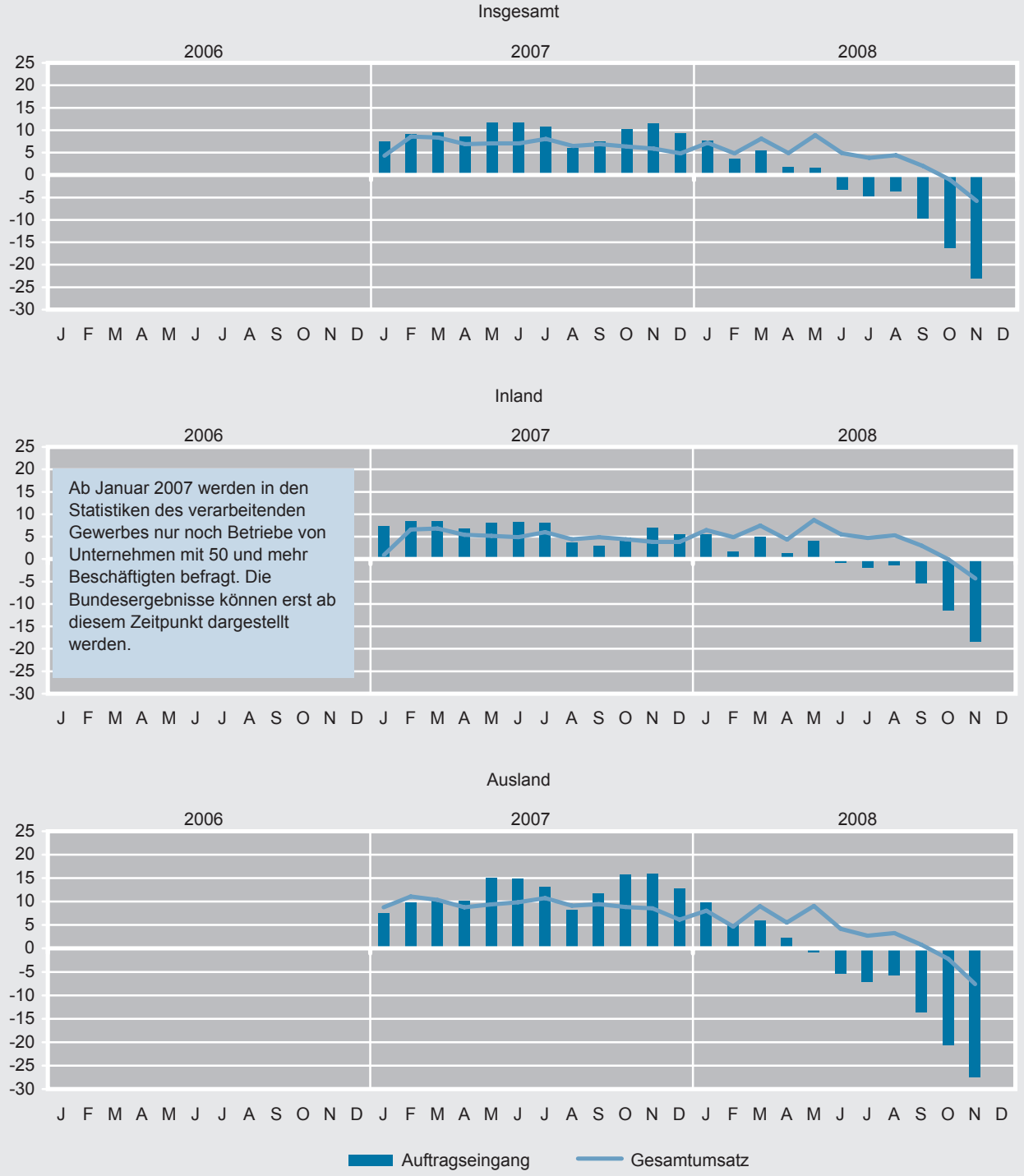


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. –3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

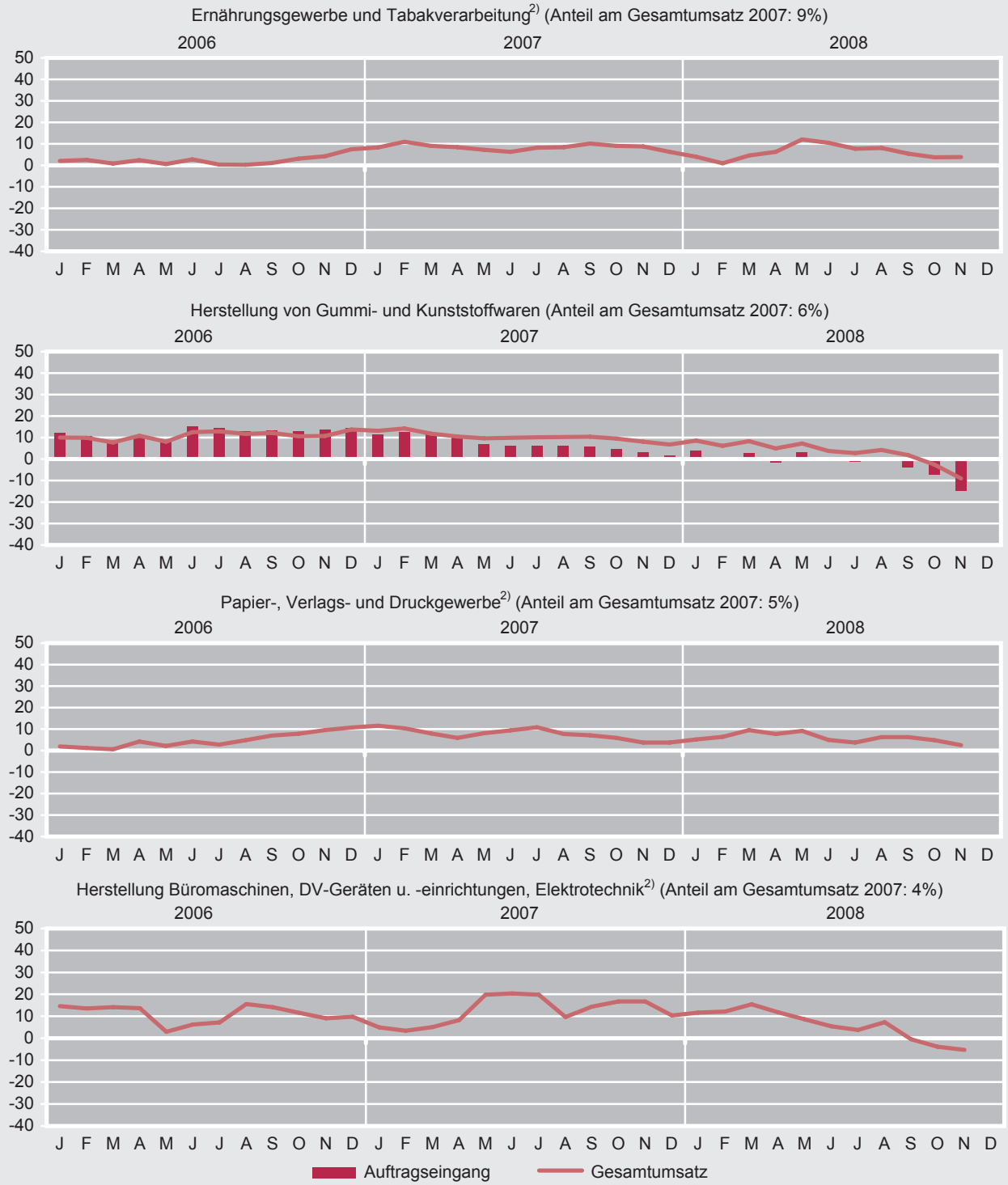
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

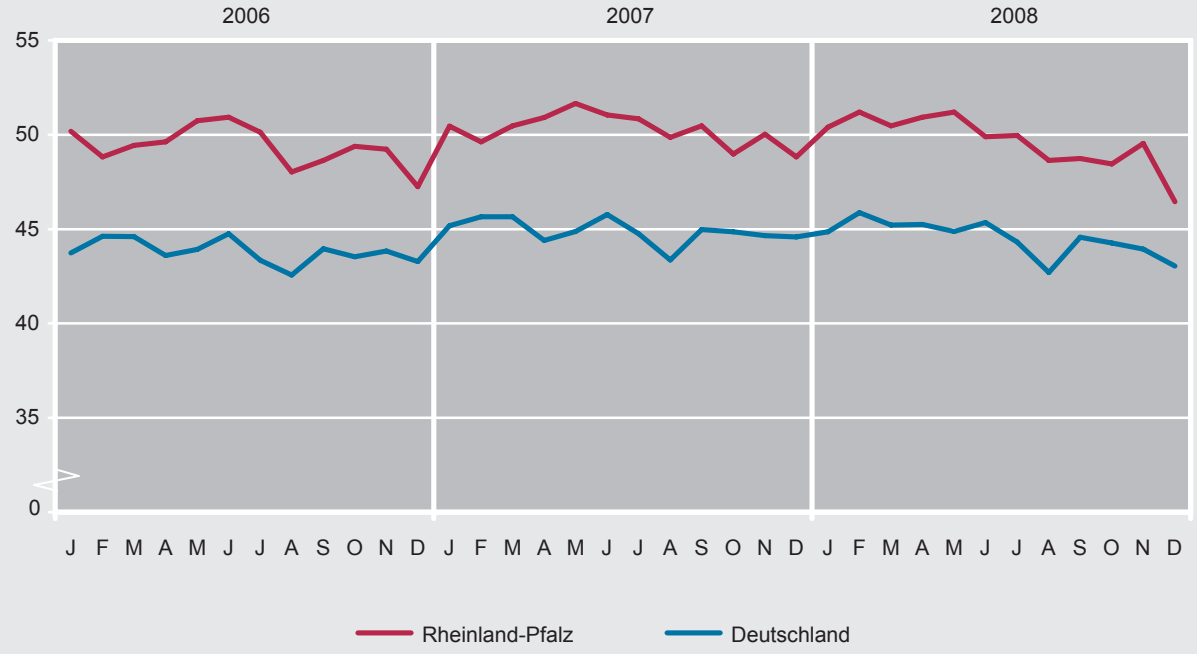
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

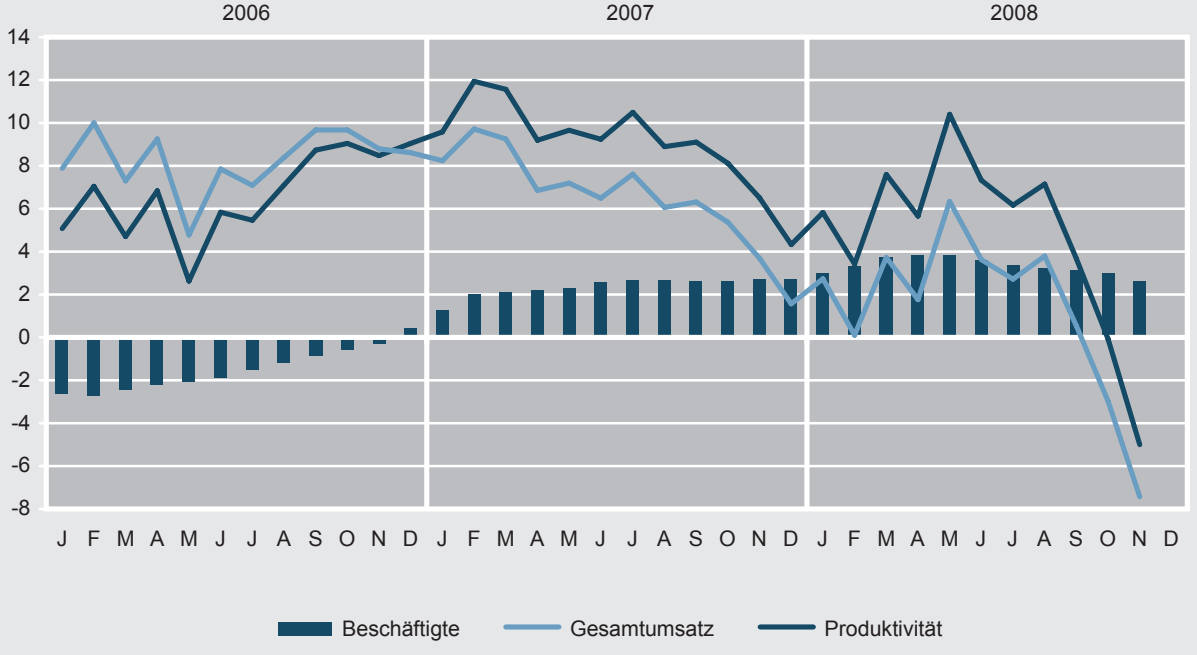
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1)] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

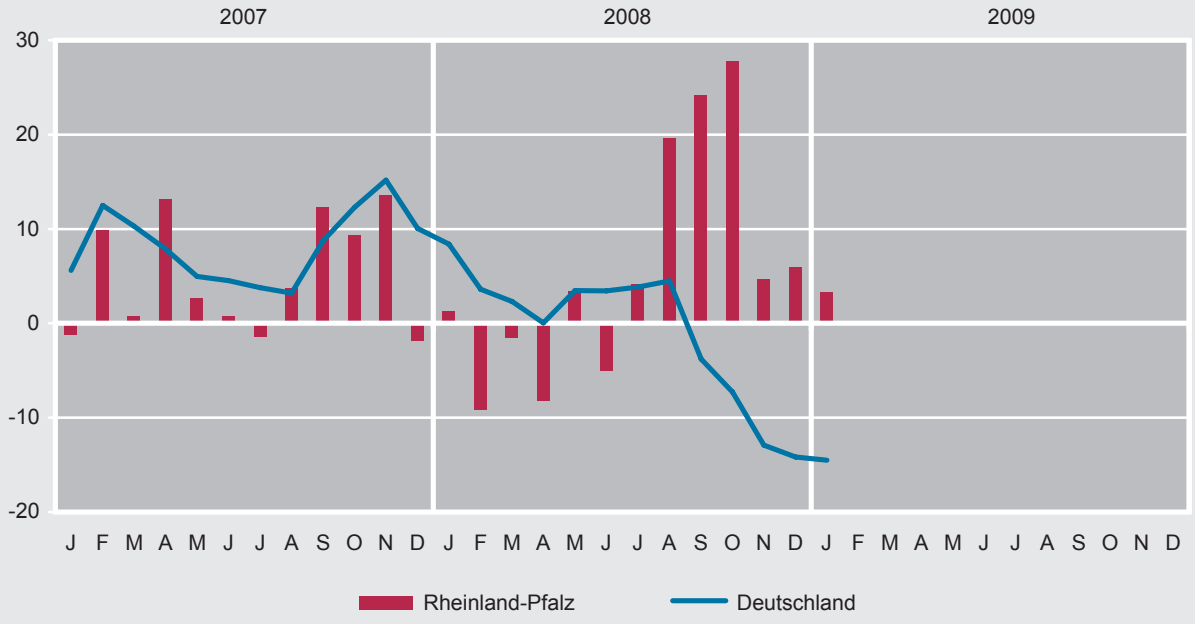
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2)] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

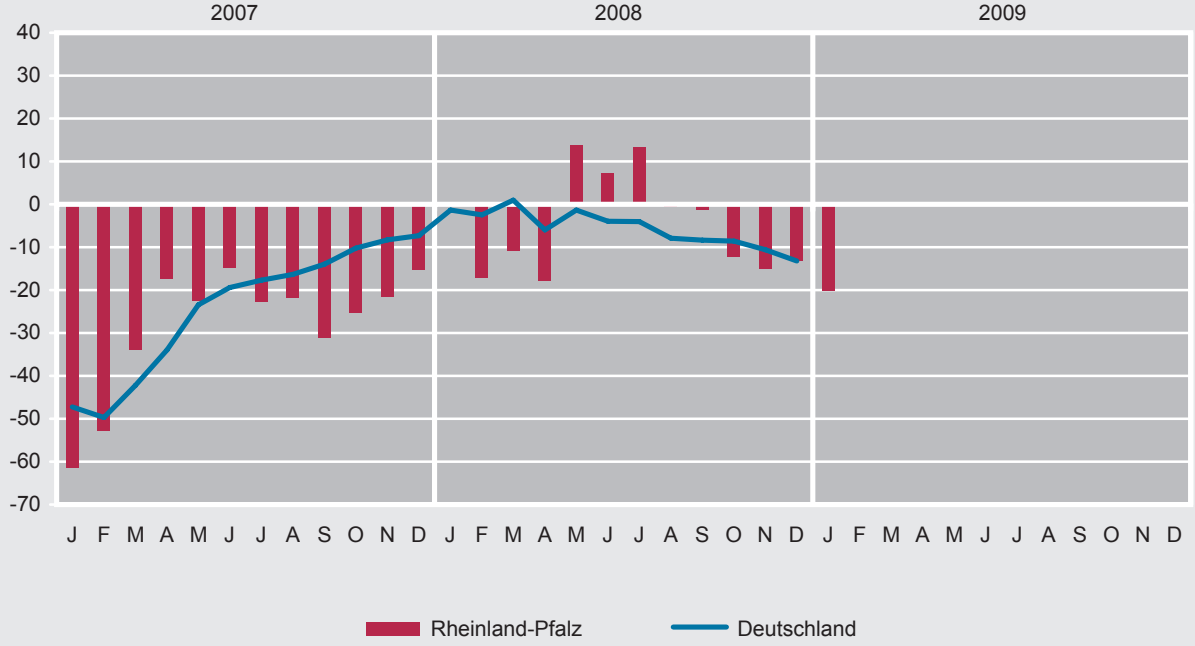
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

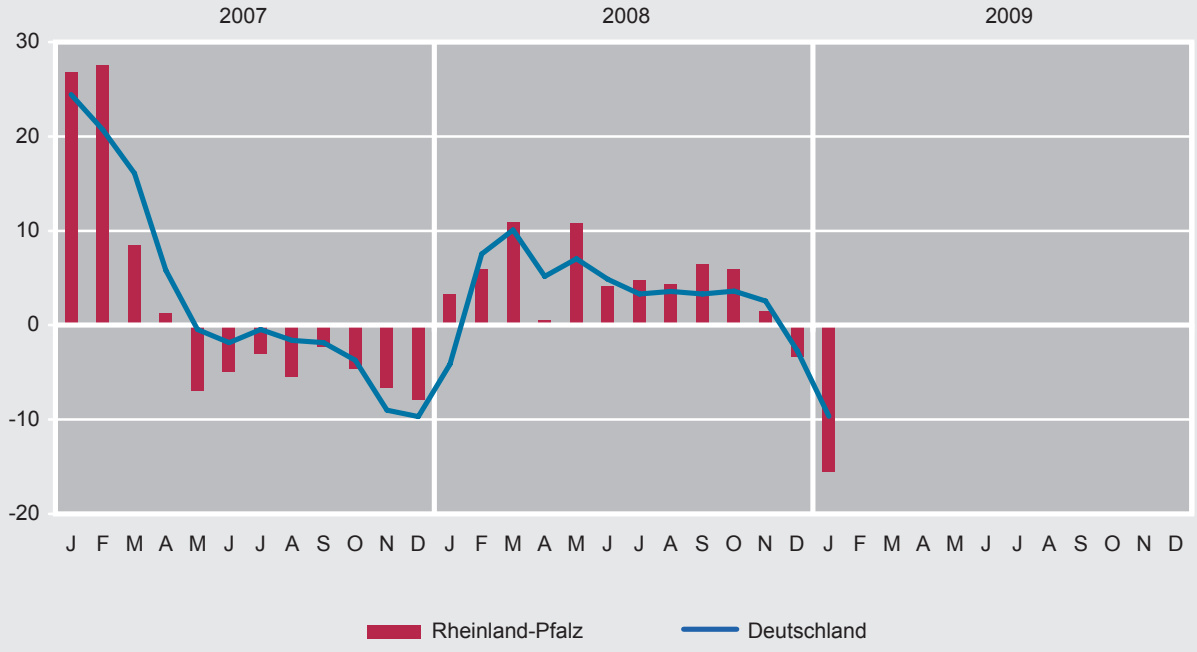
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

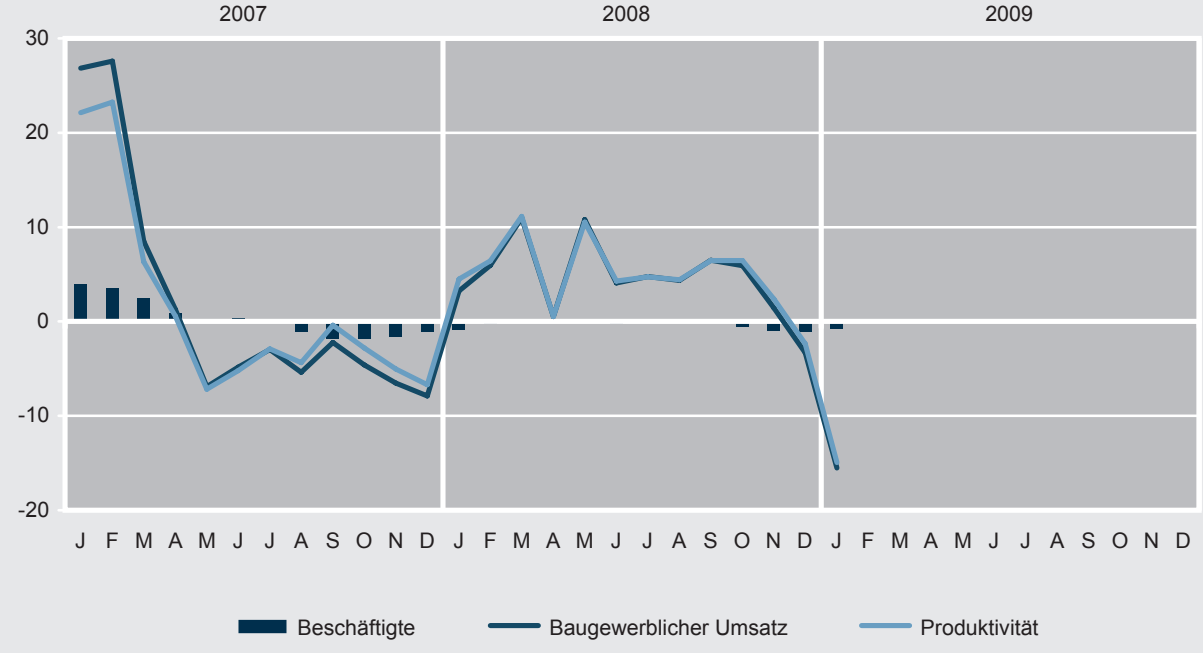
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

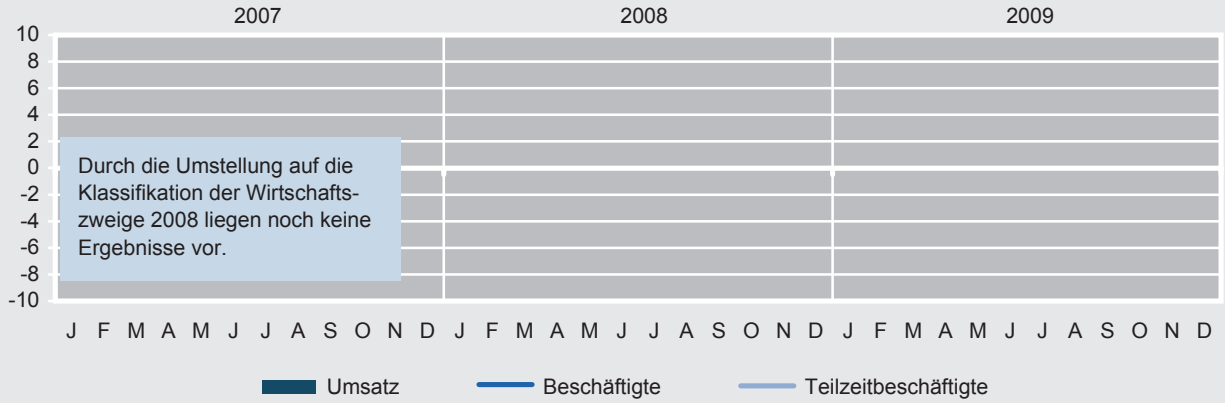
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

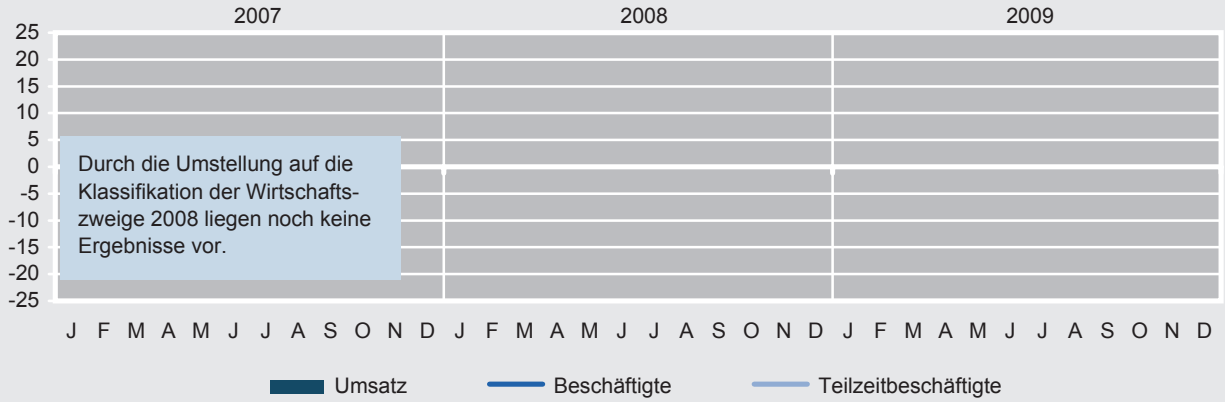
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



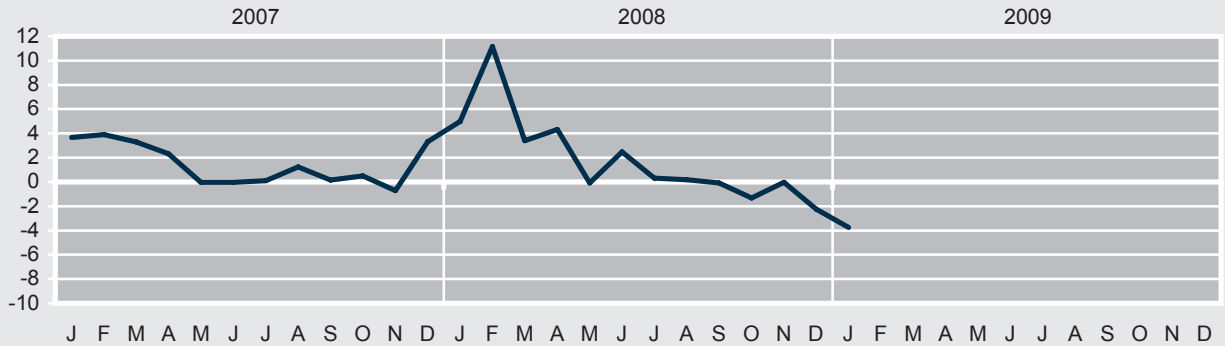
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

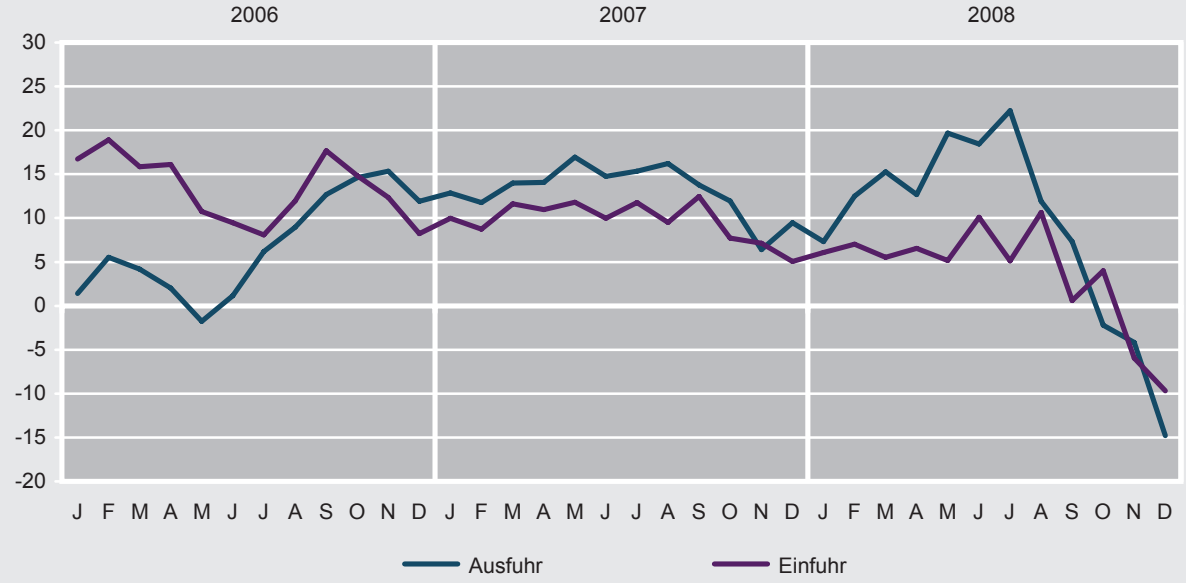
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel[1)] in Rheinland-Pfalz

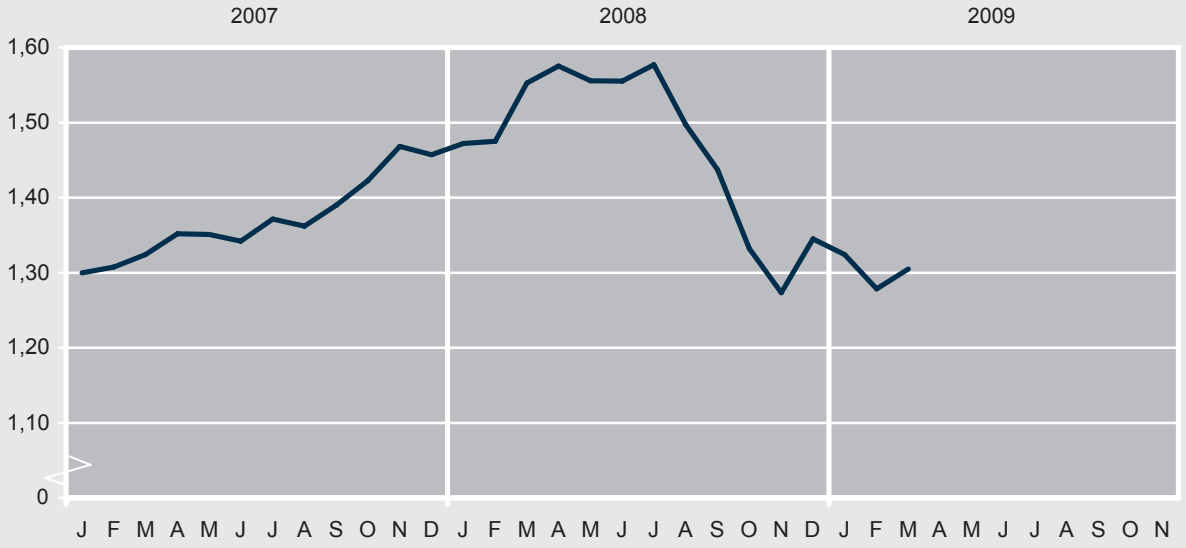
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2)] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

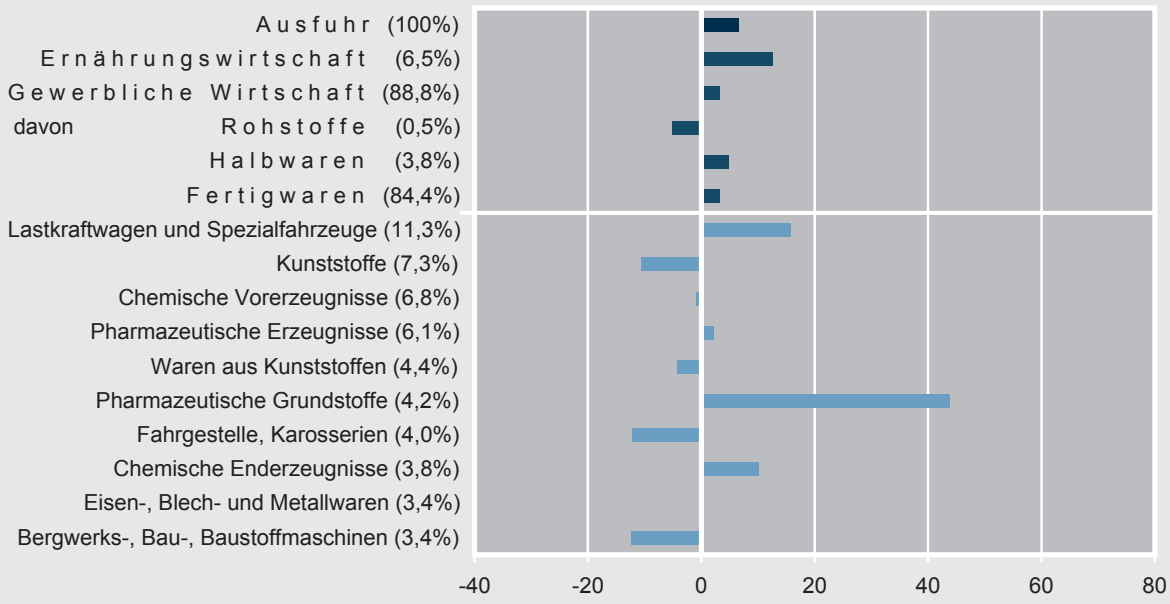
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

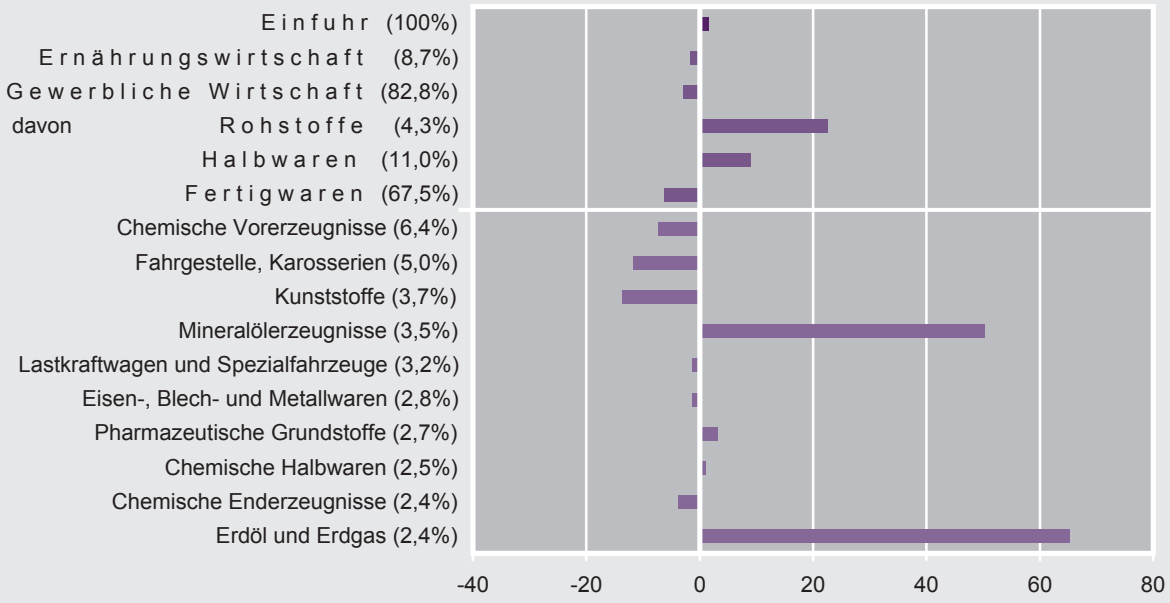
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2008 – Januar 2009 nach Warengruppen[1)]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2008 – Januar 2009 nach Warengruppen[1)]

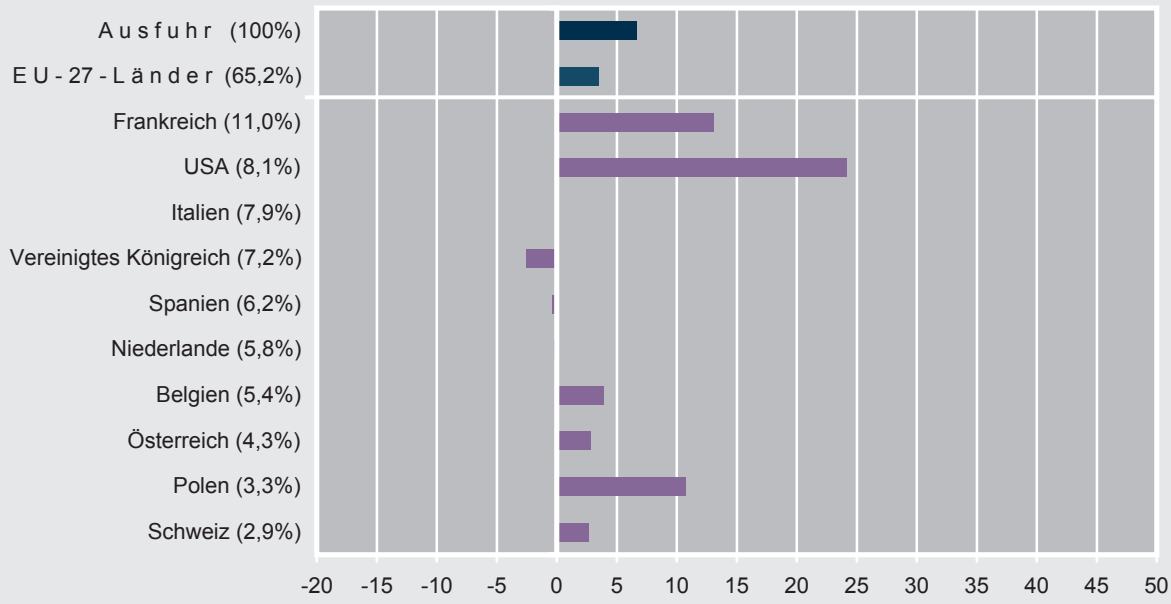
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2007.

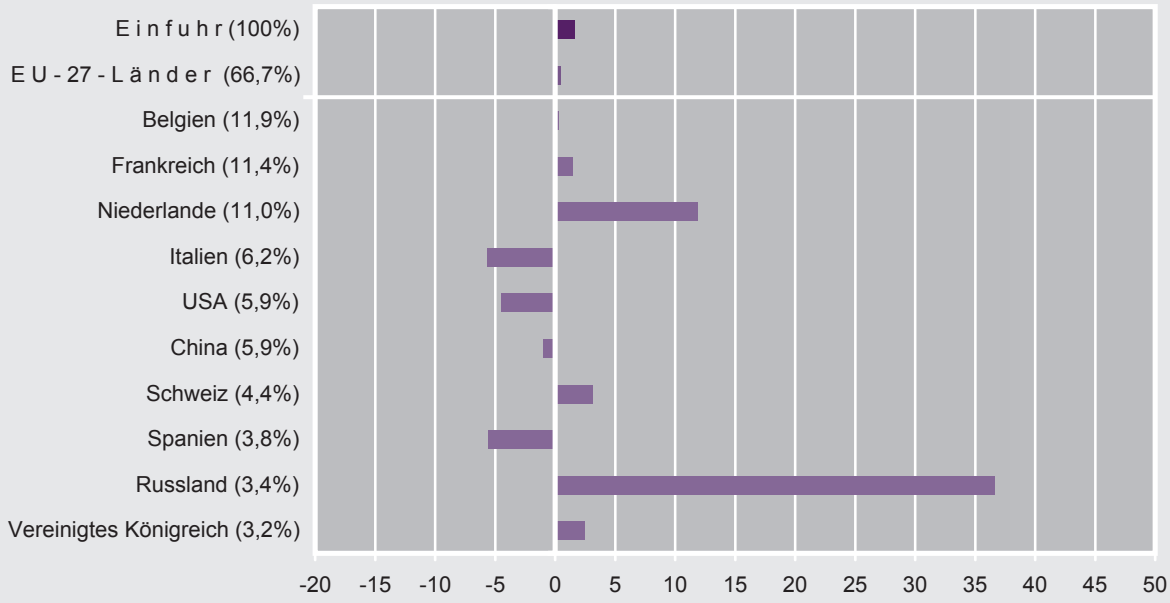
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2008 – Januar 2009 nach Bestimmungsländern[1)]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

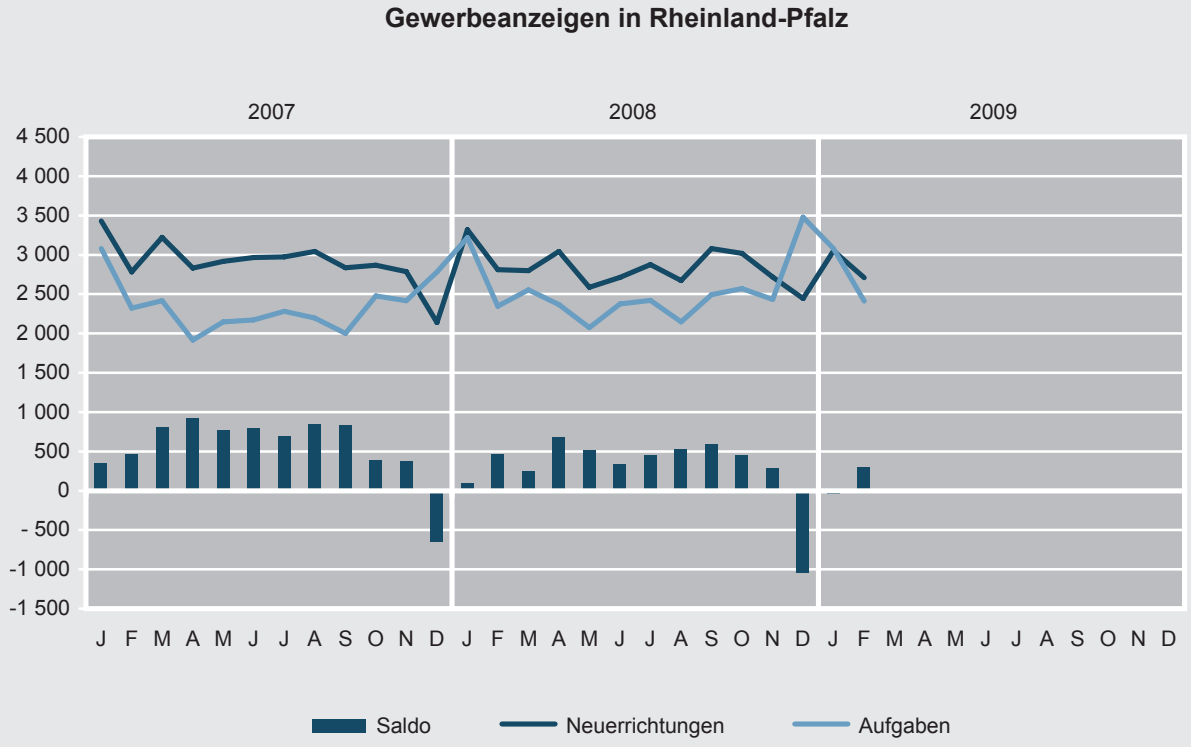


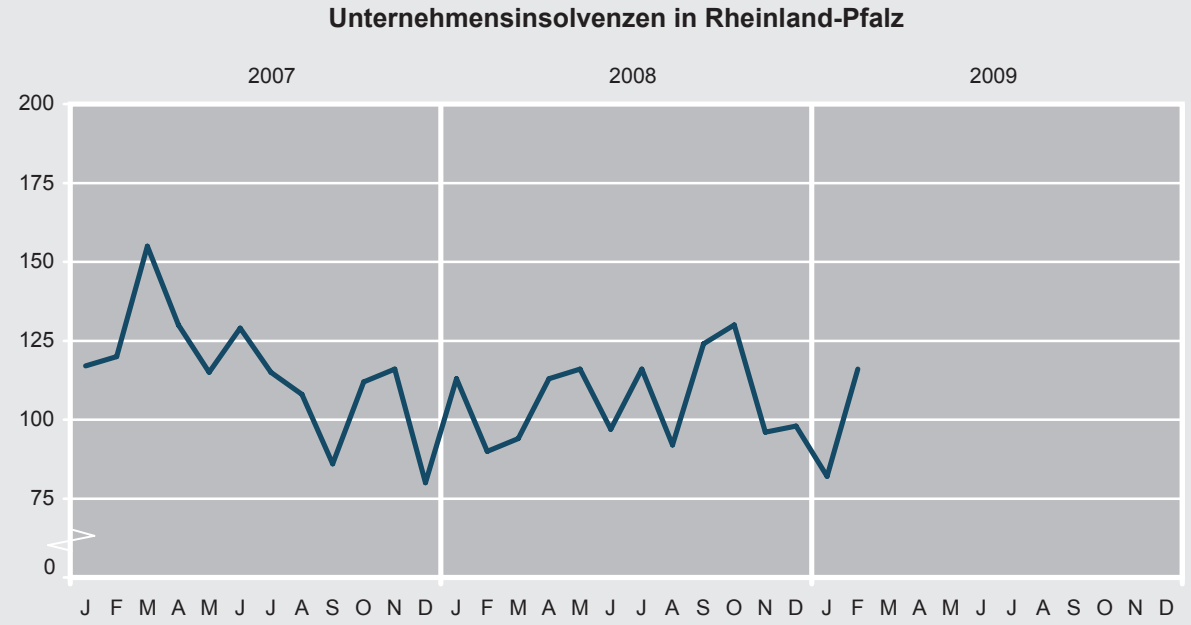
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2008 – Januar 2009 nach Herkunftsländern[1)]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



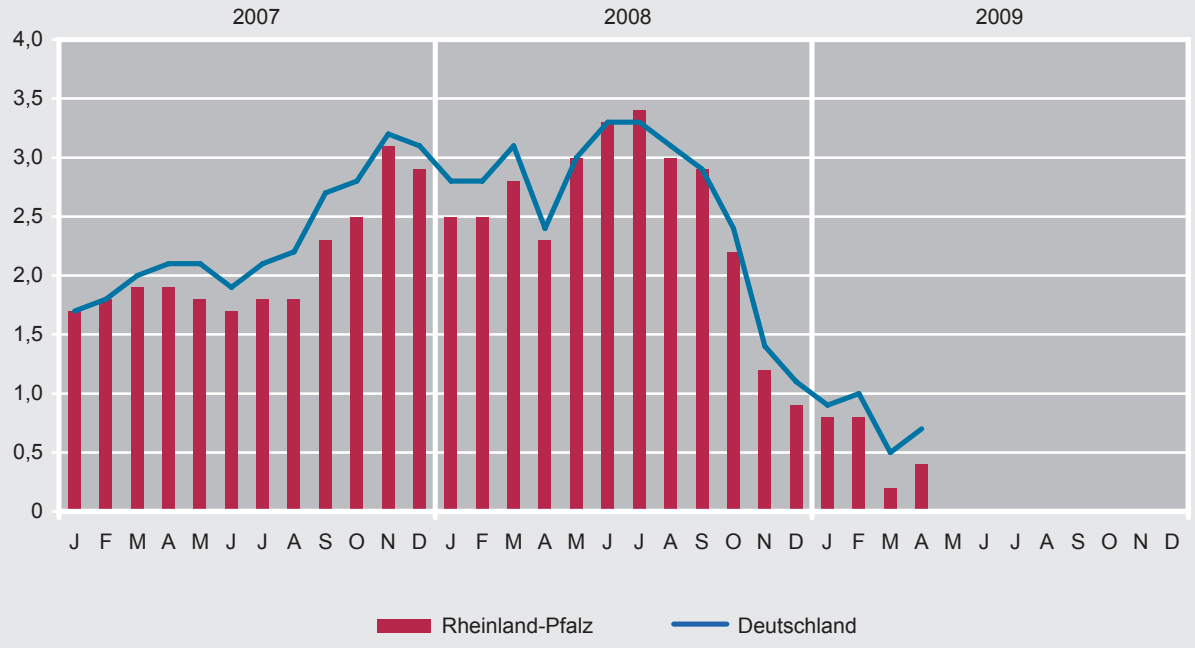
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2007.


Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz
2007
2008
2009
4 500
4 000
3 500
3 000
2 500
2 000
1 500
1 000
500
0
- 500
-1 000
-1 500
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz
2007
2008
2009
200
175
150
125
100
75
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D

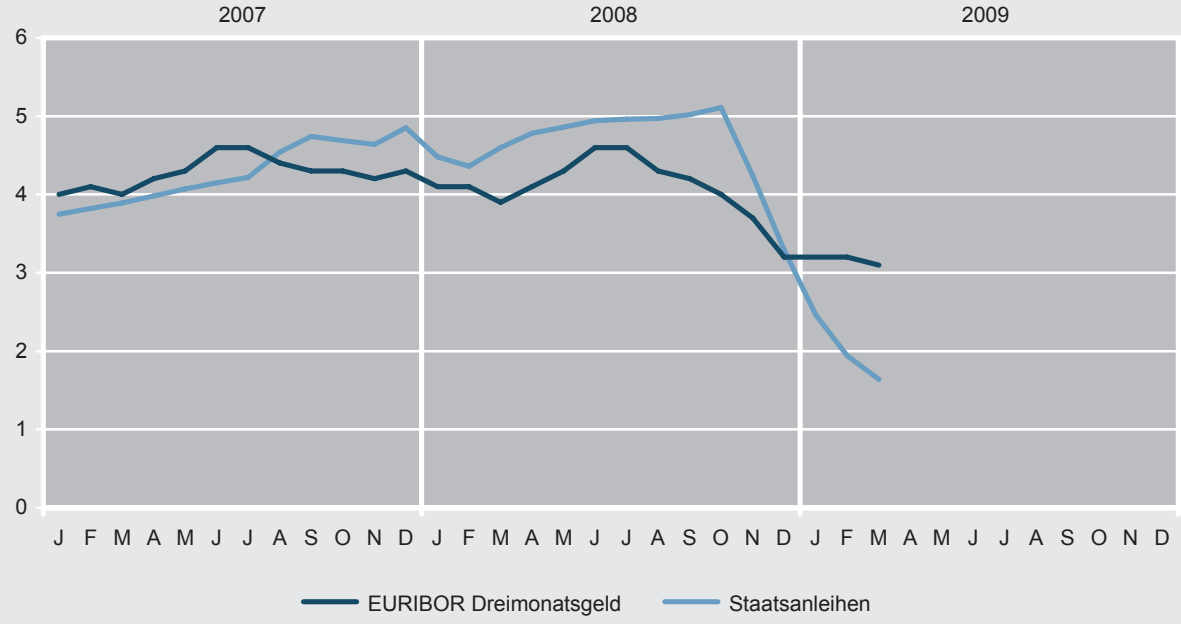
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

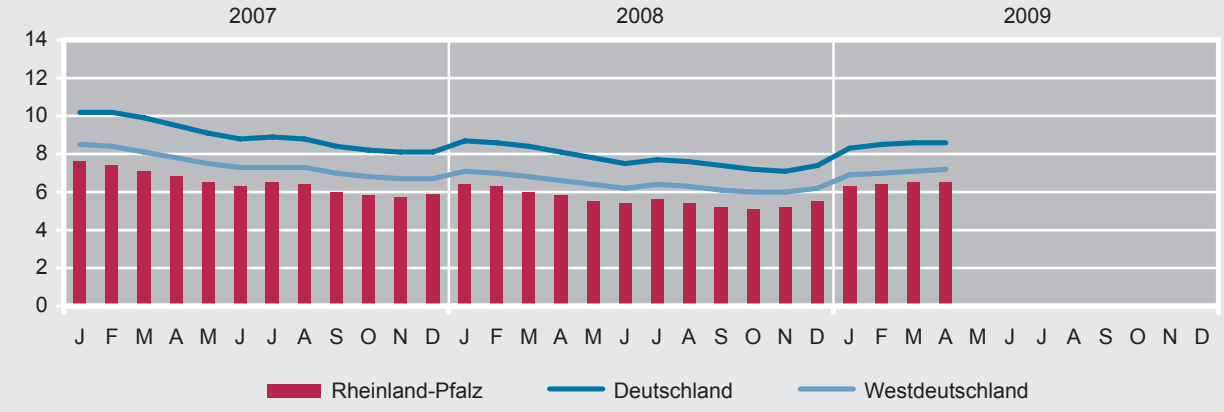
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

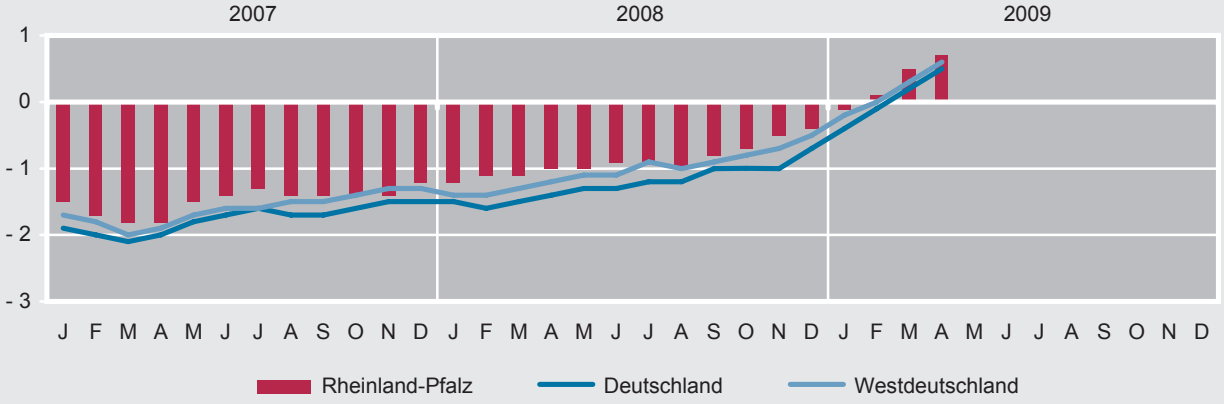
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland[1)]

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland[1)]

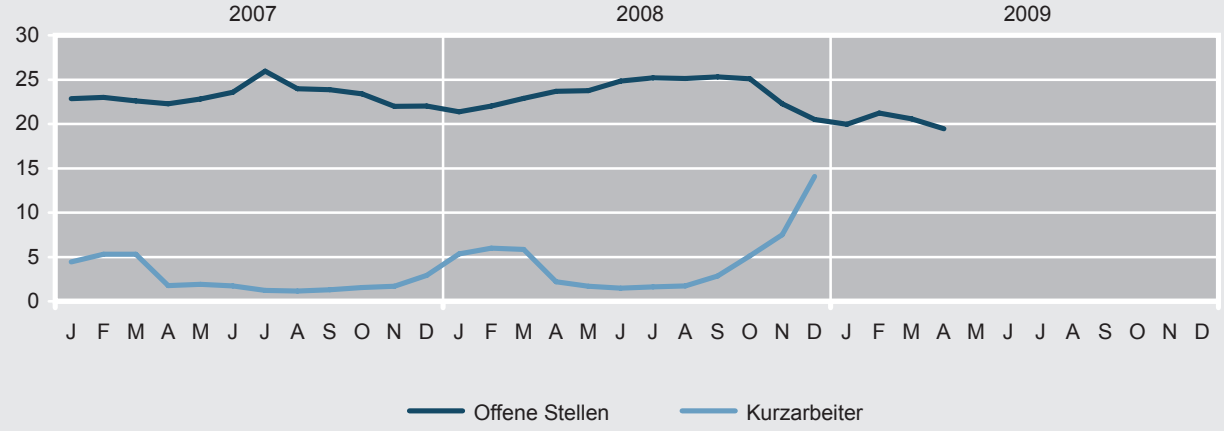
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

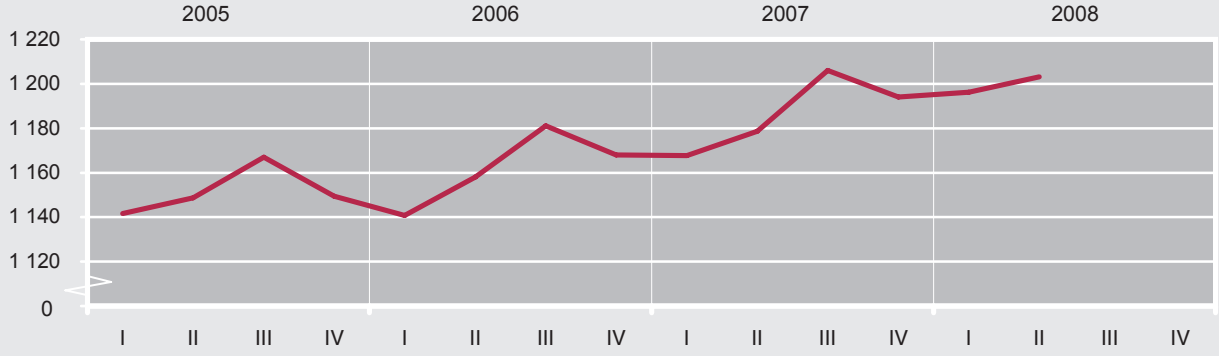
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

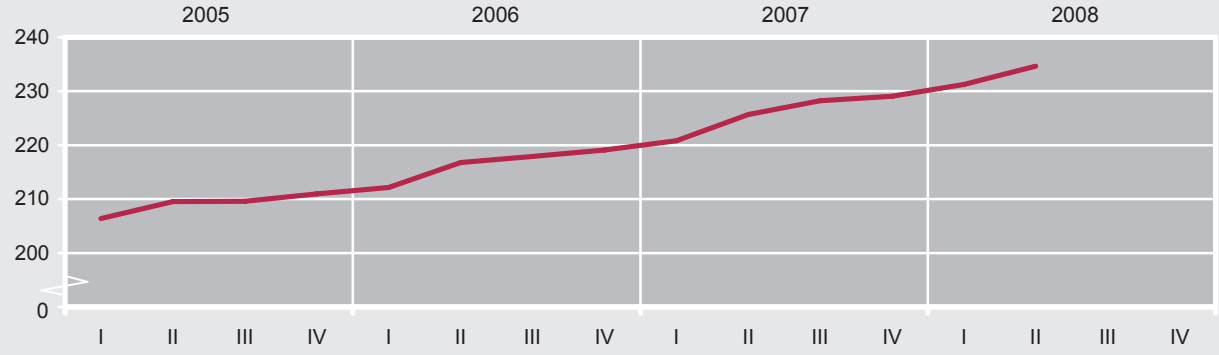
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



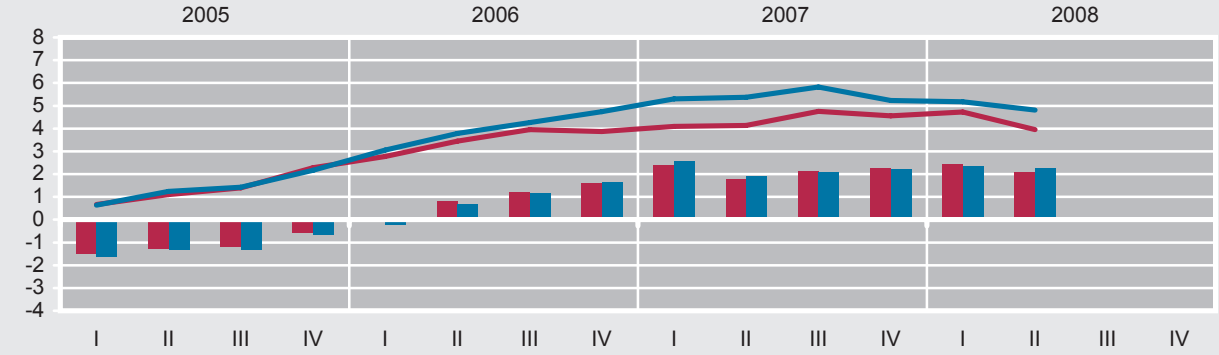
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



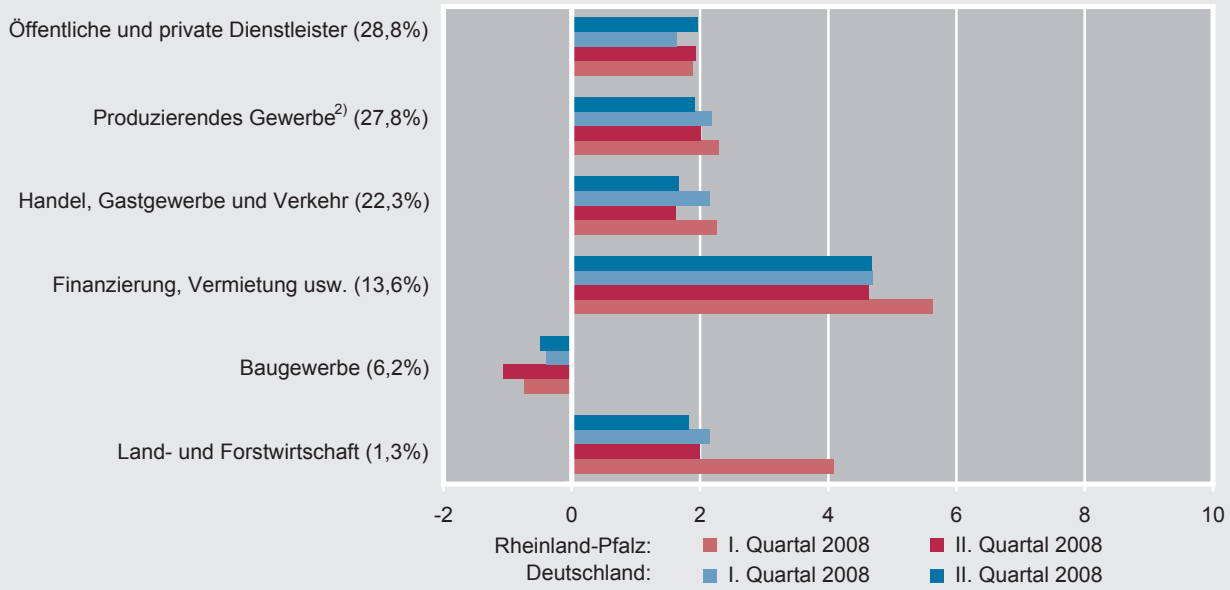
Rheinland-Pfalz: Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte

Deutschland: Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1)] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

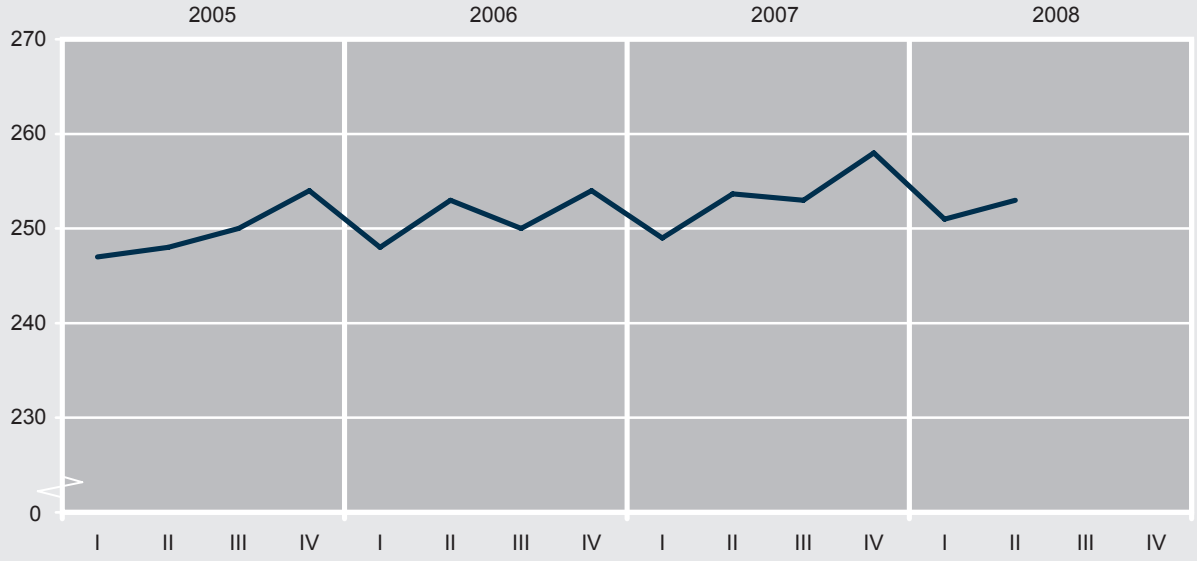
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1)] am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

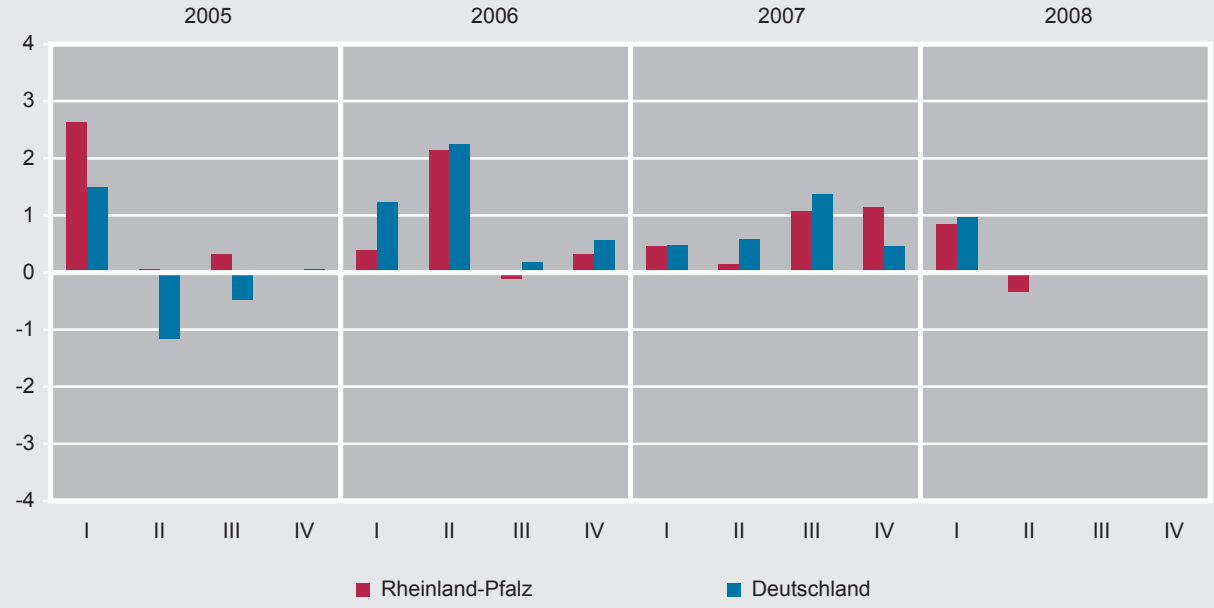
in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

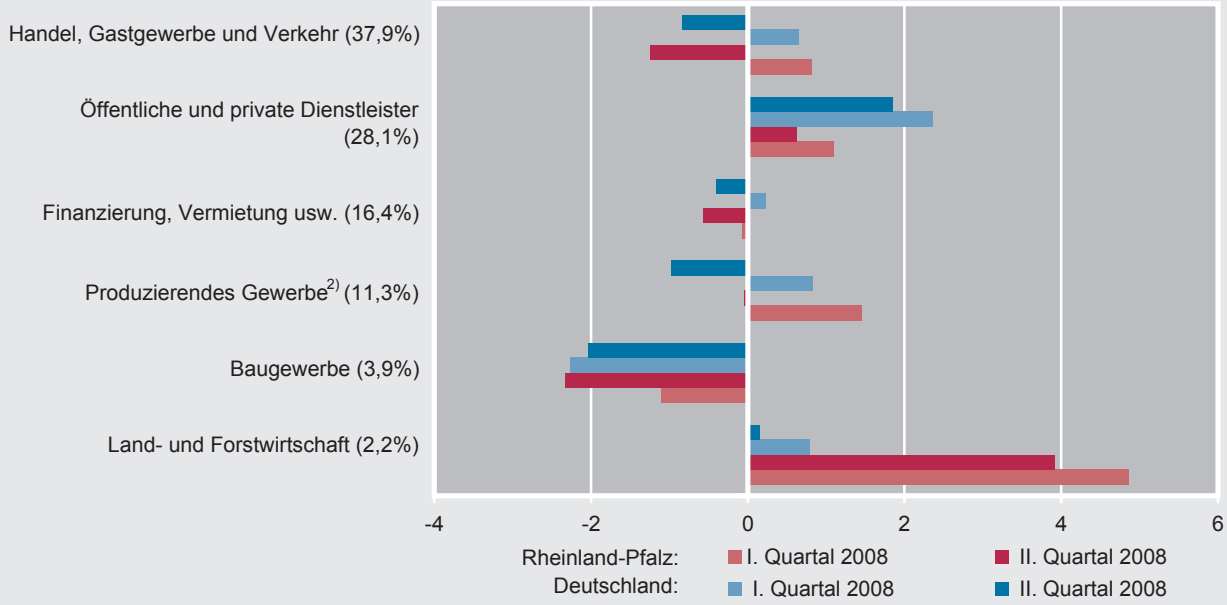
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. April 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nomi-nalzins*100/ Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige,

und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwie-

gend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 [1]	4 046 [1]	4 048	4 047	4 046	4 036	4 034	...	...
darunter Ausländer [2]	1 000	313 [1]	312 [1]	319	319	312	316	316	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung [3]										
* Eheschließungen [4]	Anzahl	1 667	1 629	1 487	1 166	2 128	1 740	1 585	...	...
* Lebendgeborene [5]	Anzahl	2 646	2 711	2 937	2 651	3 292	2 943	2 828	...	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	8,5	8,0	9,6	8,9	8,3	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) [6]	Anzahl	3 498	3 514	3 662	3 555	4 212	3 584	3 612	...	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,4	10,7	10,7	12,3	10,8	10,5	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene [6]	Anzahl	12	13	21	9	14	9	7	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,3	4,6	7,2	3,4	4,3	3,1	2,5	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 852	- 802	- 725	- 904	- 920	- 641	- 784	...	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 2,1	- 2,7	- 2,7	- 1,9	- 2,3	...	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 220	7 931	10 231	7 408	5 556	9 251	9 949	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 462	2 595	3 157	2 272	1 615	3 152	3 123	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 871	7 734	9 760	7 408	6 433	9 811	11 405	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 169	2 338	2 587	2 225	2 388	2 930	4 055	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	349	197	471	-	- 877	- 560	- 1 456	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene [7]	Anzahl	12 477	12 402	13 845	12 259	10 095	13 611	14 018	...	...

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte [8] [9]	Einheit	2005	2006		2007				2008	
		30.6.		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [10]	1 000	1 149	1 158	1 168	1 168	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203
* Frauen	1 000	519	521	526	525	527	540	539	539	540
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	68	70	73	76	70	74	77
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	219	221	226	228	229	231	235
* darunter Frauen	1 000	183	187	189	191	195	197	198	200	202
davon nach Wirtschaftsbereichen (WZ 2008)										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	.	.	.	.	.	.	9	10
* Produzierendes Gewerbe	1 000	.	.	.	.	.	.	.	408	411
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	.	.	.	.	.	.	262	263
* Erbringung von Unternehmsdienstleistungen	1 000	.	.	.	.	.	.	.	182	185
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	.	.	.	.	.	.	334	333

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt [1]	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	128 760	123 504	119 506	130 405	133 463	134 324	134 948
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	61 939	60 215	58 803	59 107	59 206	59 760	60 648
Männer	Anzahl	66 315	58 501	66 821	63 289	60 703	71 298	74 257	74 564	74 300
SGB III (Arbeitslosengeld I) [2]	Anzahl	52 478	43 862	52 122	47 981	44 437	57 396	59 186	58 549	57 829
SGB II (Arbeitslosengeld II) [3]	Anzahl	81 198	72 398	76 638	75 523	75 069	73 009	74 277	75 775	77 119
* Arbeitslosenquote [4]	%	6,5	5,6	6,3	6,0	5,8	6,3	6,4	6,5	6,5
* Frauen	%	.	6,0	6,5	6,3	6,2	6,2	6,2	6,2	6,3
* Männer	%	.	5,3	6,0	5,7	5,5	6,4	6,7	6,7	6,7
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	6,2	5,8	5,5	6,5	7,1	7,1	7,1
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	3,9	3,8	3,6	4,0	4,3	4,1	4,2
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	6,5	6,3	6,2	6,6	6,7	6,8	6,9
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	5,9	5,8	5,9	6,7	6,8	6,9	7,0
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	13,7	13,2	12,8	14,1	14,3	14,4	14,4
Deutsche	%	.	5,1	5,7	5,5	5,3	5,7	5,9	5,9	5,9
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	5 984	5 833	2 208	...	...	...	...
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	22 006	22 896	23 687	19 958	21 231	20 587	19 462

BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	738	469	338	372	499	346	328	368	348
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	707	448	311	352	476	324	310	340	333
3 und mehr Wohnungen [5]	Anzahl	31	21	27	20	23	22	18	28	15
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	-	-	-	1	1	1	2	1
Unternehmen	Anzahl	87	68	57	39	102	66	52	57	62
private Haushalte	Anzahl	650	400	281	333	396	279	275	309	285
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 011	673	603	528	693	475	485	521	452
* Umbauter Raum	1 000 m³	717	468	395	365	452	324	340	389	329
* Wohnfläche	1 000 m²	132	87	76	68	86	61	64	74	62
Wohnräume	Anzahl	5 701	3 688	3 074	2 817	3 740	2 525	2 641	2 951	2 693
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	167	114	108	87	108	81	86	97	83
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	126	133	111	110	139	120	115	90	81
davon										
öffentl. Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	12	11	8	19	20	7	9	18
Unternehmen	Anzahl	107	115	95	102	114	99	88	80	63
private Haushalte	Anzahl	7	6	5	-	6	1	...	1	...
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	38	14	11	31	7	32	5	4	3
* Umbauter Raum	1 000 m³	767	980	601	743	1 317	1 101	659	673	354
* Nutzfläche	1 000 m²	109	124	98	102	168	163	105	90	58
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	68	76	64	102	103	121	83	69	45
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 183	783	725	611	658	615	544	598	533
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 603	4 336	3 515	3 304	4 085	3 283	3 043	3 354	3 172

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) [1]	t	10 757	10 823	10 507	11 633	10 054	11 044	11 029	11 150	9 772
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 647	2 530	2 658	2 584	2 479	2 811	2 945	2 622	2 156
darunter										
* Kälber [2]	t	17	17	37	11	15	22	38	6	9
* Jungrinder	t	...	...	...	...	...	...	...	6	9
* Schweine	t	8 012	8 211	7 706	9 007	7 525	8 173	7 933	8 487	7 568
* Eiererzeugung [3]	1 000	9 968	10 036	10 507	10 496	10 502	9 676	10 059	9 351	9 165
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
* Betriebe	Anzahl	1 000	1 027	1 025	1 040	1 063	1 061	1 061	...	...
* Beschäftigte [5]	Anzahl	240 629	246 471	248 703	250 508	252 437	255 803	254 441	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 896	31 517	29 115	32 495	32 414	32 694	28 975	...	...
* Entgelte [6]	Mill. EUR	814	850	865	810	800	1 140	866	...	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 774	6 305	5 763	6 121	6 633	6 049	5 533	...	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie [7]	Mill. EUR	3 063	3 322	2 838	3 525	3 633	2 969	2 353	...	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 614	1 840	1 855	1 456	1 872	1 889	1 930	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	111	106	92	96	121	118	87	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	986	1 037	978	1 043	1 007	1 073	1 163	...	...
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 912	2 005	1 792	2 127	2 241	1 842	1 536	...	...
Fahrzeugbau	Mill. EUR	937	1 042	1 028	695	1 061	1 148	1 108	...	...
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 851	3 170	2 814	3 085	3 396	2 997	2 570	...	...
Exportquote [8]	%	49,4	50,3	48,8	50,4	51,2	49,5	46,5	...	...
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	123,9	138,1	129,2	152,5	148,0	91,6	83,5	...	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	118,2	125,2	105,4	140,6	134,4	92,3	79,1	...	...
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	130,2	161,6	173,1	176,6	174,1	78,4	80,2	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	...	...
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	133,2	141,5	126,3	160,5	151,6	99,0	95,9	...	...
Fahrzeugbau	2000=100	133,8	173,6	176,5	188,7	167,9	51,5	70,3	...	...
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe [9]	Anzahl	86	103	103	111	111	110	110	116	116
* Beschäftigte [5] [9]	Anzahl	10 058	9 860	9 847	9 994	9 901	9 993	9 992	10 011	9 985
* Geleistete Arbeitsstunden [9]	1 000 h	1 264	1 241	1 099	1 324	1 247	1 297	1 154	1 281	1 228
* Bruttolohn- und gehaltsumme [9]	Mill. EUR	34	34	31	30	31	50	34	32	32
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung [10]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	757	776	831	890	818	783	798	809	789
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	741	760	813	875	803	770	785	793	774

1) Aus gewerblichen Schlachtungen vonTieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) [1]

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte [2]	Anzahl	36 480	36 559	36 282	35 551	35 532	36 349	35 892	35 212	35 463
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 639	3 702	2 847	3 073	3 238	3 631	2 652	1 868	2 304
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 547	1 523	1 211	1 297	1 416	1 317	993	757	936
* gewerblicher Bau [3]	1 000 h	856	862	650	774	738	991	765	585	719
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 194	1 317	986	1 002	1 084	1 323	894	526	649
darunter Straßenbau	1 000 h	613	652	477	440	503	703	426	209	275
* Entgelte [4]	Mill. EUR	81	82	80	76	71	99	84	69	66
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	349	344	427	247	311	425	420	206	206
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	112	139	87	135	100	113	60	68
* gewerblicher Bau [3]	Mill. EUR	94	91	97	73	72	128	129	68	69
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	139	142	192	87	105	198	177	78	68
darunter Straßenbau	Mill. EUR	67	65	76	34	44	89	78	28	27

Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe [5] [6]

	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Betriebe [7]	Anzahl	304	297	297	293	294	313	310	311	313
* Beschäftigte [2] [7]	Anzahl	11 059	11 384	11 245	11 560	11 468	11 876	11 907	12 029	12 127
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 524	3 674	3 593	3 774	3 745	3 686	3 814	3 856	3 921
* Entgelte [4]	Mill. EUR	75	78	76	78	85	79	81	81	90
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	274	276	255	284	351	230	302	302	409

HANDEL [8]

Großhandel [p 9]

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2005=100	.	.	.	123,8	123,8	124,1	124,9	123,6	123,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	.	.	.	116,0	116,2	117,1	120,3	121,2	121,1
* Umsatz nominal [10]	2005=100	.	.	.	109,5	111,3	113,9	107,2	96,3	96,6
* Umsatz real [10]	2005=100	.	.	.	100,6	102,2	104,8	101,5	91,5	89,8

Einzelhandel [p 11]

* Beschäftigte	2005=100	107,3	113,3	115,9	107,7	106,1	110,0	109,9	109,2	108,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	106,9	112,8	115,8	108,9	106,9	112,1	112,0	111,0	109,8
* Umsatz nominal [10]	2005=100	107,1	115,2	133,0	102,4	100,4	111,4	131,0	102,4	96,1
* Umsatz real [10]	2005=100	107,2	113,5	129,6	97,8	95,2	105,2	124,7	97,2	90,7

Kfz-Handel [p 12]

* Beschäftigte	2005=100	105,9	112,6	113,8	106,4	105,2	109,6	108,3	106,7	105,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,5	126,5	131,1	120,0	120,5	127,9	124,8	121,5	124,9
* Umsatz nominal [10]	2005=100	107,1	99,5	92,1	85,7	87,2	93,9	82,1	75,4	83,8
* Umsatz real [10]	2005=100	105,4	95,3	87,5	79,3	80,5	86,2	75,7	69,4	77,0

GASTGEWERBE [p]

* Beschäftigte	2005=100	105,0	109,4	105,4	97,7	98,2	104,4	102,6	98,3	99,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,9	116,2	111,7	103,4	104,0	111,9	110,3	105,9	106,8
* Umsatz nominal [10]	2005=100	104,1	107,7	104,0	80,5	81,8	93,6	98,9	76,5	81,8
* Umsatz real [10]	2005=100	103,1	104,0	98,7	71,7	72,8	82,0	85,8	66,7	66,9

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 8) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wir ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Einschließlich Tankstellen. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS [1)]

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gästeankünfte	1 000	600	615	390	327	385	467	384	309	353
* darunter von Auslandsgästen	1 000	141	143	97	66	88	91	96	63	82
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 662	1 045	879	989	1 140	1 042	832	931
* darunter von Auslandsgästen	1 000	405	402	245	164	223	230	267	150	222

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2006	2007			2008				2009
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden [2)]	Anzahl	2 056	2 082	1 985	1 998	1 700	2 272	1 850	1 959	1 710
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 347	1 384	1 182	1 232	1 050	1 463	1 141	1 154	946
* Getötete Personen	Anzahl	22	18	18	17	24	22	15	9	22
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	12	10	13	13	16	15	8	3	19
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	-	-	-	3	-	2	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	-	1	1	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	4	6	2	5	2	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 745	1 795	1 555	1 679	1 396	1 978	1 510	1 484	1 257
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	338	245	334	256	344	242	221	196
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	153	159	154	221	158	157	136	113	132
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	83	30	24	23	88	34	21	8
Radfahrer	Anzahl	45	47	19	15	23	32	28	16	17
Fußgänger	Anzahl	37	34	30	55	42	44	27	54	35

Kraftfahrzeuge [3)]

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 333	12 830	11 767	10 988	11 007	10 454	9 521	10 204	13 783
darunter										
Krafträder	Anzahl	797	825	466	493	688	305	351	239	498
* Personenkraftwagen [4)]	Anzahl	12 247	10 673	10 158	9 210	9 060	8 965	8 133	8 933	12 439
* Lastkraftwagen	Anzahl	910	954	833	926	906	908	736	739	560
Zugmaschinen	Anzahl	302	302	244	294	307	194	219	215	233

Personenbeförderung

	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 993	62 850	63 828	56 783	64 485	65 513	63 191	56 089	63 707
Personenkilometer [5)]	Mill.	588	583	584	506	654	585	579	508	636

Binnenschifffahrt

	Einheit	2006	2007			2008				2009
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Güterempfang	1 000 t	1 191	1 142	1 181	1 064	1 219	1 190	1 103	1 002	...
* Güterversand	1 000 t	901	959	997	820	986	993	771	658	...

AUSSENHANDEL [6)]

Ausfuhr (Spezialhandel) [7)]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 026	3 391	3 725	2 771	3 693	3 733	3 209	2 748	2 766
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	198	219	250	197	247	278	229	232	268
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 681	3 012	3 308	2 440	3 289	3 286	2 828	2 404	2 383
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	20	18	18	19	28	19	13	15
* Halbwaren	Mill. EUR	119	130	117	113	150	185	108	92	102
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 544	2 862	3 173	2 309	3 120	3 073	2 701	2 299	2 265
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	817	894	968	658	1 227	864	710	566	647
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 727	1 968	2 205	1 651	1 894	2 209	1 990	1 733	1 618

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL [1)]

	Einheit	2006	2007			2008				2009
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Ausfuhr (Spezialhandel) [2)]										
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 222	2 527	2 644	2 107	2 497	2 689	2 373	1 892	2 072
* darunter in EU-Länder [3)]	Mill. EUR	1 941	2 210	2 305	1 859	2 179	2 341	2 104	1 631	1 845
Belgien	Mill. EUR	160	183	170	186	189	206	172	139	154
Luxemburg	Mill. EUR	47	48	61	37	45	56	49	41	56
Dänemark	Mill. EUR	42	49	54	43	49	52	38	34	38
Finnland	Mill. EUR	23	28	30	25	30	30	28	23	24
Frankreich	Mill. EUR	339	372	383	308	346	403	395	326	336
Griechenland	Mill. EUR	39	41	40	24	33	41	39	30	28
Großbritannien	Mill. EUR	240	245	243	209	229	240	230	156	192
Irland	Mill. EUR	16	15	15	14	13	10	11	14	10
Italien	Mill. EUR	232	268	288	203	265	288	238	169	218
Niederlande	Mill. EUR	159	198	212	189	222	234	198	182	194
Österreich	Mill. EUR	133	145	158	113	132	153	156	112	123
Schweden	Mill. EUR	51	67	73	54	58	75	58	34	43
Spanien	Mill. EUR	183	210	232	174	227	186	178	126	167
Portugal	Mill. EUR	20	22	20	17	24	26	21	18	15
* Afrika	Mill. EUR	72	74	97	59	64	87	81	82	67
* Amerika	Mill. EUR	377	396	493	283	671	494	301	328	300
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	284	295	392	213	551	325	203	233	227
* Asien	Mill. EUR	326	364	456	299	425	420	430	415	295
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	56	71	36	78	65	43	54	43
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	29	30	36	23	35	43	24	31	31
Einfuhr (Generalhandel) [2)]										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 965	2 158	2 151	2 057	2 212	2 250	2 194	1 758	1 818
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	170	188	185	171	165	206	199	205	209
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 626	1 786	1 775	1 715	1 865	1 861	1 825	1 429	1 443
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	80	93	92	100	41	38	197	128	102
* Halbwaren	Mill. EUR	226	237	237	224	274	327	276	191	173
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 320	1 456	1 446	1 391	1 551	1 496	1 352	1 110	1 168
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	347	416	368	395	399	432	333	294	310
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	973	1 040	1 079	996	1 152	1 065	1 019	816	859
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 508	1 652	1 685	1 566	1 648	1 716	1 709	1 303	1 339
* darunter aus EU-Ländern [3)]	Mill. EUR	1 346	1 428	1 482	1 324	1 468	1 488	1 382	1 080	1 112
Belgien	Mill. EUR	243	256	254	245	266	281	230	168	179
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	46	35	31	49	27	29	33
Dänemark	Mill. EUR	29	43	42	46	45	12	55	12	26
Finnland	Mill. EUR	10	12	11	10	10	10	8	8	7
Frankreich	Mill. EUR	234	246	230	236	245	257	233	211	186
Griechenland	Mill. EUR	5	6	4	9	9	4	9	4	5
Großbritannien	Mill. EUR	63	70	61	59	71	82	88	49	69
Irland	Mill. EUR	13	11	6	8	8	6	8	8	7
Italien	Mill. EUR	128	135	137	130	121	133	118	111	120
Niederlande	Mill. EUR	232	238	332	212	292	276	238	205	174
Österreich	Mill. EUR	63	66	59	79	68	68	70	59	78
Schweden	Mill. EUR	50	43	71	40	51	43	31	29	27
Spanien	Mill. EUR	72	81	65	58	77	75	70	54	56
Portugal	Mill. EUR	11	11	11	9	13	14	13	9	11
* Afrika	Mill. EUR	32	32	21	23	38	36	33	23	32
* Amerika	Mill. EUR	204	209	177	208	181	212	190	186	190
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	150	146	115	158	147	128	123	115	112
* Asien	Mill. EUR	216	260	262	254	338	280	254	240	252
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	26	24	28	38	26	27	41	26
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	6	6	5	8	7	4

GEWERBEANZEIGEN [4)]

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 707	3 462	2 608	4 086	3 363	3 189	3 070	3 769	3 291
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 958	2 920	3 291	4 021	2 939	2 942	4 083	3 747	2 932

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Insgesamt	Anzahl	611	615	478	600	541	555	545	551	547
davon										
* Unternehmen	Anzahl	132	115	80	113	90	96	98	82	116
* Verbraucher	Anzahl	336	371	295	355	316	341	353	321	332
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	129	114	91	112	124	102	82	130	90
* sonstige natürliche Personen, [1] Nachlässe	Anzahl	14	15	12	20	11	16	12	18	9
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	131	99	64	145	86	94	62	121	81

HANDWERK [2]

	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
* Beschäftigte [3]	2007=100[4]	91,7	94,2	93,8	95,5	95,0	96,7	96,5	...	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100[5]	101,8	102,3	102,3	105,1	117,1	103,1	127,4	...	...

PREISE

	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	105,4	105,8	105,6	105,7	106,2	106,0	106,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	102,6	102,7	102,7	103,5	103,5	103,6	103,6

VERDIENSTE [6]

	Einheit	2006	2007	2006	2007				2008	
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
* Bruttomonatsverdienste [6] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [7] im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	...	3 303	...	2 942	2 987	2 979	3 017	3 036	3 078
* männlich	EUR	...	3 514	...	3 108	3 167	3 160	3 201	3 213	3 261
* weiblich	EUR	...	2 735	...	2 486	2 504	2 498	2 524	2 564	2 586
* produzierendes Gewerbe	EUR	...	3 517	...	3 074	3 138	3 137	3 179	3 172	3 231
männlich	EUR	...	3 627	...	3 165	3 234	3 238	3 281	3 268	3 336
weiblich	EUR	...	2 910	...	2 564	2 597	2 591	2 617	2 653	2 666
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	...	3 417	...	3 087	3 138	3 195	3 149	3 100	3 150
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	...	3 585	...	3 132	3 184	3 174	3 214	3 224	3 274
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	...	4 686	...	3 913	3 948	4 019	4 085	4 003	4 086
* Baugewerbe	EUR	...	2 823	...	2 520	2 667	2 690	2 744	2 636	2 753
* Dienstleistungsbereich [8]	EUR	...	3 082	...	2 805	2 833	2 817	2 849	2 895	2 918
männlich	EUR	...	3 351	...	3 025	3 071	3 048	3 085	3 133	3 153
weiblich	EUR	...	2 664	...	2 454	2 467	2 460	2 487	2 527	2 552
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR	...	3 127	...	2 788	2 857	2 861	2 854	2 909	2 924
* Gastgewerbe	EUR	...	2 029	...	2 005	1 939	1 930	1 987	1 989	1 978
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR	...	2 695	...	2 491	2 501	2 478	2 548	2 551	2 554
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	...	4 256	...	3 614	3 573	3 607	3 644	3 672	3 729
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	...	2 858	...	2 643	2 655	2 610	2 631	2 737	2 778
* Erziehung und Unterricht	EUR	...	3 166	...	2 939	2 939	2 939	2 939	2 994	3 011
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	...	3 248	...	2 961	3 015	3 031	3 071	3 042	3 089
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	...	3 072	...	2 924	2 932	2 895	2 923	2 980	3 008

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT [1]	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 762	119 209	118 796	120 405	119 738	120 076	120 250	113 898	111 890
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 617	12 896	12 528	13 577	12 969	13 710	13 324	12 544	12 903
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 451	10 417	10 105	10 841	11 113	11 348	11 639	10 954	10 305
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 694	95 897	96 163	95 987	95 656	95 018	95 287	90 400	88 682
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 464	111 411	111 587	112 103	110 629	110 247	110 068	104 599	103 408
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 528	98 448	98 388	99 491	98 235	98 193	98 580	96 410	94 962
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 936	12 963	13 199	12 612	12 394	12 054	11 488	8 189	8 446
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 298	7 799	7 209	8 302	9 109	9 829	10 182	9 299	8 482
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	97 350	100 212	99 893	100 378	102 981	103 616	102 920	98 243	100 456
Sichteinlagen	Mill. EUR	28 338	29 349	29 609	29 861	30 171	29 936	29 385	29 108	29 365
Termineinlagen	Mill. EUR	32 833	35 704	35 041	35 582	37 936	39 228	39 516	35 806	37 754
Sparbriefe	Mill. EUR	5 702	7 374	7 086	7 639	8 192	8 531	8 839	9 253	9 263
Spareinlagen	Mill. EUR	30 477	27 787	28 157	27 296	26 682	25 921	25 180	24 076	24 074
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	93 977	96 908	96 440	97 325	99 273	99 741	100 077	95 507	98 117
davon von										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	91 680	94 374	93 879	94 929	96 736	97 369	97 519	93 190	95 805
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 297	2 535	2 561	2 396	2 537	2 372	2 558	2 317	2 312
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 373	3 304	3 453	3 053	3 708	3 875	2 843	2 736	2 339

STEUERN	Einheit	2007	2008				2009		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	2 475	3 207	2 696	3 729	2 561	3 103	2 496
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	789	1 024	830	1 622	753	1 001	822
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	528	917	459	825	550	926	475
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	-	435	-	-	-	455	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	66	10	107	481	15	27	132
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	54	10	22	80	65	5	10
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge [2]	Mill. EUR	38	47	113	63	14	20	116	66	22
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge [3]	Mill. EUR	15	18	0	41	-	-	0	52	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	27	25	228	217	7	- 24	184
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	-	49	-	-	-	- 17	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	1 686	2 183	1 867	2 107	1 808	2 103	1 674
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	398	521	329	443	382	583	305
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 287	1 662	1 538	1 664	1 427	1 519	1 369
Zölle	Mill. EUR	156	161	130	187	167	159	143	176	161
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	56	65	90	162	56	56	93
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	6	12	20	68	8	5	27
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	37	25	60	84	37	24	55

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung.

noch STEUERN	Einheit	2007	2008					2009		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	122	86	92	82	147	74	96
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	- 0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	19	18	13	12	11	15	53	13	17
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	24	20	19	17	17	16	17
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	41	40	66	33	41	33	58	28	41
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	15	17	14	12	16	15	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	0	4
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	2	3	2	2

	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	509	516	579	483	503	530	537	520	505
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	5	6	3	4	4	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	103	104	112	116	96	95	111	120	96
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	392	399	450	352	397	423	410	385	399
sonstige Gemeindesteuern [1]	Mill. EUR	10	9	12	9	7	8	11	9	7

Steuerverteilung

	Einheit	2007	2008					2009		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	716	753	768	722	886	669	780	831	1 024
Gewerbesteuer (netto) [2]	Mill. EUR	311	320	379	261	290	381	339	319	264
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	257	281	229	295	441	163	283	338	592
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	30	34	32	35	50	17	31	39	62
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	733	765	736	785	724	1 006	709	775	615
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	122	86	92	82	147	74	95
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	331	372	342	386	317	610	326	369	309
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	235	225	339	145	252	234	340	150
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	39	54	28	4	46	204	6	12	56
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	21	27	26	3	6	37	31	0	1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge [3]	Mill. EUR	17	21	50	28	6	9	51	29	9
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	35	13	12	114	108	4	- 12	92
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	286	280	268	307	315	260	239	324	211
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	199	191	250	215	172	177	270	141
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	75	81	76	57	100	88	63	54	70
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	1	2	0	12	- 1	2	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	1	0	6	- 0	1	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	10	11	2	3	0	29	- 1	4	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	1	1	0	6	- 0	1	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 485	1 578	1 277	1 640	1 445	1 987	1 390	1 564	1 332
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	56	65	90	162	56	56	93
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	386	427	343	438	371	711	327	424	364
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 016	1 068	877	1 135	984	1 102	1 008	1 082	875
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	1	2	0	12	- 1	2	0

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag.

April

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Gerichtliche Ehelösungen im Jahr 2007
Bestellnr.: A2023 200700

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2008/2009 – Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger
Bestellnr.: B1013 200800

Studienseminare 2009
Bestellnr.: B3023 200921

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2008
Bestellnr.: C3053 200844

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2008
Bestellnr.: C3073 200821

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Februar 2009
Bestellnr.: D1023 200902

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Januar 2009 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200901

Ausbaugewerbe im 4. Quartal 2008 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200844

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2008
Bestellnr.: E4013 200800

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2009
Bestellnr.: F2033 200902

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe 2007
Bestellnr.: G1013 200700

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr 2008
Bestellnr.: G4013 200800

Verkehr

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 4. Vierteljahr 2008
Bestellnr.: H1073 200844

Binnenschifffahrt 2008
Bestellnr.: H2013 200800

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im März 2009
Bestellnr.: M1013 200903

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2009
Bestellnr.: M1043 200941

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe April 2009
Bestellnr.: Z2201 200904

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Anlagevermögen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 4 – Berechnungsstand: August 2008
Bestellnr.: P1245E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2008 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5
Bestellnr.: P1255 200800

E-Mail-Versand: Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – Krankenhausverzeichnis – Stand: 31.12.2007
Bestellnr.: A4015E 200900

Kindertagesbetreuung regional 2008 – Ein Vergleich aller 429 Kreise in Deutschland
Bestellnr.: K5015 200800

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Wanderagentur InMotion, Cochem mit Reichsburg

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet:
http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.